

**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**
University of Applied Sciences

**Bericht des Rektors
für das Studienjahr
2007/2008**

dem Hochschulrat und dem Senat
am 15.10.2008 vorgelegt

Hochschule für öffentliche Verwaltung
und Finanzen Ludwigsburg

Reuteallee 36
71634 Ludwigsburg

Tel.: 07141 140 521
Fax: 07141 140 544

Internet: www.hs-ludwigsburg.de
E-Mail: maier@vw.hs-ludwigsburg.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1. Bericht des Rektorats	7
1.1. Hochschulpolitik	7
1.1.1. Landeshochschulgesetz und sonstige Rechtsgrundlagen	7
1.1.2. Solidarpakt	7
1.1.3. Landeskonzept „Neue Steuerungsinstrumente“	7
1.1.4. Landesprogramm „Hochschule 2012“	8
1.1.5. Dienstrechtsreform	9
1.2. Entwicklung der Hochschule	10
1.2.1. Rektorat	10
1.2.2. Aus der Arbeit des Hochschulrats	10
1.2.3. Aus der Arbeit des Senats	11
1.2.4. Hochschulname, Hochschulstruktur	12
1.2.5. Ergänzung des Leitbildes - Ecofit	13
1.2.6. Gebäudebetrieb und räumliche Situation	13
1.2.7. Personalstruktur	14
1.2.8. Einführung der W-Besoldung	14
1.2.9. Akkreditierung der Bachelorstudiengänge	15
1.2.10. Struktur- und Entwicklungsplanung	15
1.2.10. Rechnungshof	17
1.3. Qualitätssicherung	19
1.3.1. Qualitätsmanagement	19
1.3.2. Lehrevaluation	20
1.4. Öffentlichkeitsarbeit	22
1.4.1. Publikationen	22
1.4.2. Pressearbeit	22
1.4.3. Werbung für einzelne Studiengänge	23
1.4.4. Kindern den Studienalltag begreifbar machen (KinderUniversität)	24
1.4.5. Hochschulradio	24
1.4.6. Interne Öffentlichkeitsarbeit	24
1.4.7. Personelle Situation	24
1.5. Verein der Freunde	24
1.5.1. Zahl der Mitglieder	24
1.5.2. Finanzielle Zuwendungen an die Hochschule	25
1.5.3. Auszeichnung der Preisträger	25
1.5.4. Sonstige Aktivitäten	25
1.6. Hochschuleinrichtungen	26
1.6.1. Informationszentrum	26
1.6.2. Rechenzentrum	26
1.6.3. Bibliothek	27
1.7. Neuentwicklungen in Studium und Lehre	30
1.7.1. Zulassungsverfahren im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst	30
1.7.2. Masterstudiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement – EU“	31
1.7.3. Master-Studiengang „Public Management“	35
1.7.4. Kontaktstudiengang für Führungskräfte der Justiz	36
1.7.5. Kontaktstudiengang „Neues kommunales Haushalts- und Rechnungswesen“	36
1.7.6. Kontaktstudiengang „Kommunaler Bilanzbuchhalter“	37
1.7.7. Joint Master mit den Hochschulen Gabrovo, Gent und Budapest	37
1.8. Prüfungsamt	37
1.8.1. Aufgaben des Prüfungsamtes	37
1.8.2. Hochschulweite Prüfungsergebnisse ab 1990	40
1.8.3. Ergebnisse der Zwischen- und Staatsprüfungen 2002 – 2008 (Fakultät I)	41
1.8.4. Zwischen- und Staatsprüfungen Steuerverwaltung (Fakultät II)	43
2. Berichte aus den Fakultäten	47

2.1. Fakultät I – Management und Recht	47
2.1.1. Struktur, Organisation, Studiengänge	47
2.1.2. Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst (Innenverwaltung)	48
2.1.3. Studiengang Allgemeine Finanzverwaltung	49
2.1.4. Studiengang Rentenversicherung	49
2.2. Fakultät II	50
2.2.1. Studiengang Steuerverwaltung - Diplomstudiengänge - Bachelorstudiengang	50
2.2.2. Bachelorstudiengang	50
2.2.3. Lehrversorgung	50
2.2.4. Export von Lehrleistungen und Internationalität	51
2.2.5. Verzahnung von Theorie und Praxis	52
2.2.6. Qualität der Lehre	52
2.2.7. Prüfungsergebnisse, Übernahmesituation für Studierende	52
2.2.8. Rückblick und Ausblick	53
3. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten	53
3.1. Statistik Studienjahr 2007/2008	53
3.2. Eigene Aktivitäten	55
3.3. Kommissionsarbeit	57
4. Akademisches Auslandsamt	58
4.1. Partnerschaften mit Hochschulen und Institutionen im Ausland	58
4.2. International Forum for Public Administration and Management (IFPAM)	59
4.2.1. Fünfzehnte Sommerakademie in Gent/Belgien	59
4.2.2. Sechzehnte Sommerakademie in Legnica/Polen	59
4.3. Aktivitäten im Rahmen der bilateralen Kooperationen	59
4.3.1. Seminare für Studierende	59
4.3.2. Praktika für Studierende	60
4.3.3. Veranstaltungen für Professoren	60
4.4. Besuche an der Hochschule Ludwigsburg	63
4.5. Sitzungen des Senatsausschusses	63
4.6. Sonstige Veranstaltungen	63
4.7. DAAD	64
4.8. Erasmus	64
4.9. Walter-Hallstein-Programm im Baden Württemberg STIPENDIUM	64
5. Forschung, Entwicklung, Fortbildung und wissenschaftliche Konferenzen	65
5.1. LARS-Projekt Online Dokumente BGB	65
5.2. LARS- Projekt zur Entwicklung von Schlüsselqualifikationen	65
5.3. Notwendige Kompetenzen und Fachkenntnisse von Führungskräften im gehobenen und höheren Dienst	66
5.4. One Stop Europe 2008 – E-Government und die EU-Dienstleistungsrichtlinie	66
5.5. Die Zukunft der Kommunen in Europa	67
5.6. Forschungsstelle für Personal- und Arbeitsrecht	68
5.7. BWL/Management-Weiterqualifizierung von Führungskräften der Justiz- und der Justizvollzugsverwaltung	70
5.8. EU-Dienstleistungsrichtlinie	70
5.9. Gender-Mainstreaming - Chancengleichheit der Studierenden	72
5.10. Dritter Europäischer Hochschultag	72

6. Bericht der Didaktikbeauftragten	73
6.1. Hochschuldidaktische Grundlagenkurse für Lehrbeauftragte	73
6.2. Themenveranstaltungen für Professoren, Professorinnen und Lehrbeauftragte	73
6.3. Teilnahme ans auswärtigen Veranstaltungen	73
6.4. e-Learning	73
7. Ethikbeauftragter	74
8. Ringvorlesungen	75
9. Funktionen des Hochschulsports	76
10. Jahresbericht LIP – Projekte 2007/2008	77
11. Personelle Veränderungen	78
11.1. Neue Professorinnen und Professoren	78
11.2. Ruhestand	79
11.3. Ausgeschiedene Verwaltungsmitarbeiter	79
11.4. Neu eingestellte Verwaltungsmitarbeiter	79
11.5. Dienstjubiläum	79
11.6. Ehrungen	79
12. Statistiken	80
12.1. Entwicklung der Studierendenzahlen	80
12.2. Entwicklung der Zahl der Lehrbeauftragten	84
13. Anlagen	85
13.1. Professoren	85
13.2. Honorarprofessoren	88
13.3. Professoren im Ruhestand	89
13.4. Mitglieder des Hochschulrats	90
13.5. Mitglieder des Senats	91
13. Schluss und Dank	93

Vorwort

Mit dem Rechenschaftsbericht für den Zeitraum des Studienjahrs 2007/08 berichtet der Rektor, wie die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg im Berichtszeitraum vom 1. September 2007 bis 31. August 2008 ihre Aufgaben erfüllt hat. Nach § 16 Abs. 6 des Landeshochschulgesetzes (LHG) legt der Rektor dem Hochschulrat Rechenschaft über die Erfüllung der Aufgaben der Hochschule ab. Dem Senat erstattet er Bericht. Zu den Aufgaben zählen nach § 2 LHG die anwendungsbezogene Lehre und Weiterbildung, Forschung und Entwicklung, soziale Förderung und Beratung der Studierenden sowie ihre Unterstützung beim Übergang in das Berufsleben, die Förderung der Verbindung zu den Absolventen, internationale Hochschulzusammenarbeit sowie das Zusammenwirken mit anderen Hochschulen, Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Der Rechenschaftsbericht enthält außer dem Bericht des Rektors auch die Berichte der Prorektoren, des Kanzlers, der Dekane, der Gleichstellungsbeauftragten, der Leiter der zentralen Einrichtungen und der sonstigen Beauftragten über die Arbeit in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen.

Der Bericht ist in einer Zeit erstellt, in der sich der Hochschulbereich weiterhin im Umbruch befindet. Die erneute Novellierung des Landeshochschulgesetzes gestaltet die Hochschullandschaft und deren zukünftige Finanzierung in Baden Württemberg um. Die duale Hochschule, die nunmehr ebenfalls Bachelor- und Masterstudiengänge anbietet, tritt verstärkt in Konkurrenz zu den Fachhochschulen. Der Wettbewerb um gut qualifizierte Studierende erfordert – auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – von allen Hochschulen große Anstrengungen. Dies gilt auch für die Hochschule Ludwigsburg, zumal sie nach Aussage der Fachministerien aufgrund des gestiegenen Bedarfs und der Altersabgänge in der Verwaltung ab dem Jahr 2009 mehr Studierende aufnehmen soll als in den vergangenen Jahren.

Die Föderalismusreform in Deutschland wirkt sich auch auf die Hochschulen aus. Die Rahmengesetzgebung des Bundes ist aufgehoben und der Hochschulbereich in die alleinige Verantwortung der Länder gestellt. Die Dienstrechtsreform verändert die beamtenrechtliche Situation in Bezug auf Laufbahnvoraussetzungen und Aufstieg. Die Hochschulen für den öffentlichen Dienst beteiligen sich mit eigenen Vorschlägen an der Diskussion.

Der Bolognaprozess schafft einen gemeinsamen europäischen Hochschulraum und verursacht tief greifende Veränderungen in Studium, Lehre und Qualitätssicherung. Ein Meilenstein in unserer Hochschule ist die Umstellung vom einstufigen Diplom auf das zweistufige Bachelor-/Mastersystem, die das Studienjahr 2007/08 geprägt hat. Die in Zusammenarbeit mit der Fachpraxis neu entwickelten Bachelorstudiengänge wurden implementiert und im zurückliegenden Studienjahr durch die Zentrale Evaluationsagentur erfolgreich akkreditiert. Die Umsetzung der Studienreform unter ständiger Einbindung der Vertreter der Fachpraxis in Staat und Kommunen ist an der Hochschule Ludwigsburg in vollem Gange.

Die Vorgängerhochschulen der Hochschule Ludwigsburg wurden Anfang bis Mitte der 70er Jahre gegründet. Die Hochschule ist heute in einem Generationenwechsel im Lehrkörper begriffen. Dies bringt große Herausforderungen für die Wahrung der Kontinuität und zugleich erhebliche Chancen für die Anpassung der fachlich-personellen Ausrichtung an veränderte Bedürfnisse mit sich.

Weitere herausragende Vorhaben, die im Struktur- und Entwicklungsplan für die Studienjahre 2008 bis 2011 dargestellt und in Angriff genommen sind, sind die Implementierung neuer Bachelor- und Masterstudiengänge, die Kooperation mit anderen Hochschulen im nationalen und internationalen Kontext, der Ausbau der Weiterbildungsangebote, die Ver-

stärkung der Forschung und Entwicklung sowie die Einrichtung eines umfassenden Qualitätsmanagements an der Hochschule.

Der vorliegende Rektorbericht stellt die Entwicklungen in der gesamten Hochschule dar, die auf der engagierten Mitwirkung aller Hochschulangehörigen beruhen. Es ist hier der Ort, allen zu danken, die zur Aufgabenerfüllung beitragen und die Hochschule voranbringen. Die Anforderungen an Lehrende, Studierende und Mitarbeitende nehmen stetig zu. Manchmal sind die verschiedenen Aufgaben nur noch mit äußerster Anstrengung zu schaffen. Es kommt mitunter zu Überforderungen.

Eine Konstante im Wandel ist das unablässige Ringen der Professorinnen und Professoren um eine qualitativ hochwertige Ausbildung der Studierenden sowie um Fortschritte in der Forschung und Weiterbildung. Die Lehrbeauftragten bringen ein hohes Maß an Idealismus und ihre fundierte berufliche Erfahrung ein, die für unsere praxisorientierte Hochschulausbildung unerlässlich ist.

Mein herzlicher Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die ihre Aufgaben in der Hochschulverwaltung, in den Abteilungen, Sekretariaten, Dekanaten und Zentralen Einrichtungen trotz enormer Belastung und häufigem Zeitdruck hervorragend erfüllen.

Ich bedanke mich bei allen, die bereit sind, Verantwortung in der Hochschulselbstverwaltung zu übernehmen. Dies gilt auch für die Studierenden im AStA, StuRa und AESPA sowie in den Hochschulgremien. Ihre Dialogbereitschaft und ihr Engagement tragen mit dazu bei, dass die Studienbedingungen passgenau gestaltet und fortentwickelt werden können.

Ganz herzlich bedanken möchte ich mich auch bei meinen Kollegen im Rektorat und bei den Rektoratssekretärinnen. Auch die Dekanate und Fakultäten haben die vielen und noch wachsenden Aufgaben angepackt und sehr konstruktiv mit dem Rektorat zusammengearbeitet. Die großen Umstrukturierungen und die Umstellung auf die Bachelorstudiengänge haben allen Fakultätsmitgliedern viel zusätzliches Engagement abverlangt. Die vielen Sitzungen und Besprechungen sowie die zahlreichen Veranstaltungen und Kontakte der Hochschule fordern einen hohen Einsatz.

Es ist diese Einsatzbereitschaft ihrer Mitglieder, welche die Grundlage für den guten Ruf der Hochschule für Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg bildet. Ich wünsche uns allen auch in Zukunft die Kraft und die Entschlossenheit, unsere Hochschule weiter voran zu bringen.

Schließlich danke ich auch den Vertretern der Ministerien, der Verwaltungen und Kommunen und der Ausbildungsbehörden. Die gute Zusammenarbeit mit ihnen in der Gestaltung und Durchführung unserer Studiengänge prägt unser Profil als wissenschaftliches Kompetenzzentrum für den gesamten öffentlichen Sektor entscheidend mit.

Ludwigsburg, im Oktober 2008

Walter Maier

1. Bericht des Rektorats

Prof. Walter Maier

1.1. Hochschulpolitik

1.1.1. Landeshochschulgesetz und sonstige Rechtsgrundlagen

Die Landesgesetzgebung bringt eine erneute Novellierung des Landeshochschulgesetzes auf den Weg. Während im Jahr 2007 der Schwerpunkt im „Ersten Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform (EHFRUG)“ auf der neuen Ordnung der Personalkategorien lag, geht es im zweiten Gesetz (ZHFRUG) in erster Linie um die Einführung der dualen Hochschule. Zielsetzung ist es, die Berufsakademien strukturell als Hochschule neu zu etablieren, um den Absolventen die bundesweite Anerkennung ihrer Abschlüsse zu sichern. Das Land will gleichzeitig durch die Anerkennung der Studienanfängerzahlen der Berufsakademien die Bundesmittel aus dem Hochschulpakt 2020 sichern.

Die Hochschule Ludwigsburg hat im Anhörungsverfahren zu dem Gesetzentwurf vorgetragen, dass die Fachhochschulen des öffentlichen Dienstes im Gesetz weiterhin zusammen mit den Fachhochschulen des Landes, denen sie zugehören, und nicht am Ende der entsprechenden Vorschrift nach den Berufsakademien genannt werden.

1.1.2. Solidarpakt

Der Solidarpakt mit dem Land Baden-Württemberg soll den Hochschulen finanzielle Planungssicherheit geben. Der Gesamthaushalt für Bildung und Forschung in Höhe von 2,2 Milliarden € pro Jahr ist bis 31.12.2014 festgeschrieben. Weitere Kürzungen und Haushaltssperren sind nicht vorgesehen. Haushaltsreste werden übertragen und berücksichtigt. Zur Finanzierung einer leistungsorientierten Mittelverteilung und für die Dotierung von Zielvereinbarungen wird ein Innovations- und Qualitätsfonds eingerichtet, der 2009 mit 10 Millionen €, 2010 mit 20 Millionen € und ab 2011 mit jährlich 30 Millionen € dotiert ist. Der Fonds wird je zur Hälfte vom Land und von den Hochschulen finanziert. Die Hochschulen verpflichten sich zur Teilnahme an einem Finanzierungssystem, das aus einer kosten- und leistungsorientierten Mittelvergabe sowie aus den Mitteln des Qualitätsfonds besteht.

Die Verwaltungshochschulen nehmen zwar an der leistungsorientierten Mittelverteilung und an dem Fonds bisher noch nicht teil und können aufgrund von § 3 Abs.1 LHGebG auch noch keine Studiengebühren erheben. Mit der Unterschrift des Rektors unter den Solidarpakt sind jedoch die übrigen Teile, insbesondere die Umstellung auf das gestufte Studiensystem und das Ausbauprogramm „Hochschule 2012“, für die HVF Ludwigsburg verbindlich geworden.

1.1.3. Landeskonzert „Neue Steuerungsinstrumente“

Der Aufbau des externen Berichtswesens nach dem LHG gestaltet sich weiterhin schwierig. Die DV-gestützte Umsetzung mit dem Berichtsmodul Super X als Hochschul-Datawarehouse und als hochschulartenübergreifendes Datawarehouse befindet sich noch im landesweiten Aufbau. Die Datenvalidierung an den Hochschulen ist noch nicht ausgereift. Die Kosten- und Leistungsrechnung beruht im Wesentlichen auf den Daten der Kameralistik. Eine Plankostenrechnung als hochschulinternes Steuerungsinstrument steht noch nicht zur Verfügung. Wie die Ergebnisse in ein Hochschulfinanzierungs- und Steuerungssystem des Landes einfließen sollen, ist noch nicht endgültig geklärt. Der Datenexport in ein hochschulübergreifendes System setzt personalvertretungsrechtliche Dienstvereinbarungen und Datenschutzkonzepte voraus. Der Hauptpersonalrat hat sich für un-

zuständig erklärt und überlässt die Problemlösung den örtlichen Personalräten und ihren Dienststellen.

Hinzu kam in der Vergangenheit ein ständiger personeller Wechsel im Controlling-Service-Center (CSC) und bei den Hochschul-Controllern selbst. Die dritte Neubesetzung der Controllerstelle mit Wirkung ab 1.12.2007 erfolgte gemeinsam durch die PH Ludwigsburg und die HVF Ludwigsburg.

Von entscheidender Bedeutung für die Verwaltung der HVF war bisher die Unterstützung durch die Koordinierungsstelle für DV in Konstanz, durch die der Hochschule sämtliche DV-Programme der HIS über Datenfernleitung zur Verfügung gestellt werden. Zum 1.7.2008 wurde die KOS und das CSC aufgelöst und die Arbeit in einer fusionierten Einrichtung zusammen mit der Planungsgruppe der Pädagogischen Hochschulen in Reutlingen aufgenommen. Dieser Vorgang hat weitere Personalfluktuationen ausgelöst. Die Rektorenkonferenz hat der Verlagerung mit der Maßgabe zugestimmt, dass den Mitarbeitern eine sinnvolle Perspektive für die nächsten zehn Jahre eröffnet wird.

1.1.4. Landesprogramm „Hochschule 2012“

Das Land Baden-Württemberg will die Hochschulen im Zeitraum von 2007 bis 2012 erheblich ausbauen. Die Studienanfängerplätze an den 75 Hochschulen des Landes sollen um bis zu 16.000 Studienplätze aufgestockt werden. Von den Kosten von insgesamt 300 Millionen € pro Jahr will das Land nur die Hälfte übernehmen. Die andere Hälfte soll durch die Hochschulen selbst, durch die Wirtschaft, durch privates Sponsoring sowie durch einen vom Bund aufgelegten „Hochschulpakt 2020“ finanziert werden. In Abschnitt III. des Solidarpakts sind den Hochschulen im Rahmen des in drei Stufen (2007, 2009, 2011) angelegten Landesprojekts vom Land insgesamt 150 Mio. € in Aussicht gestellt. Pro Studienanfängerplatz sollen 8.500 € sowie zusätzliche Bundesmittel im Rahmen des Hochschulpaktes 2020 bereitgestellt werden. Die 16.000 Studienanfängerplätze im Bachelorbereich sollen in drei Tranchen geschaffen werden:

- 3000 bis 4000 in 2007/08,
- 5000 bis 6000 in 2009/10,
- 6000 bis 8000 in 2011/2012.

Insgesamt sollen 8000 Plätze an Universitäten, 4500 an Fachhochschulen und 2500 an Berufsakademien in geschaffen werden. In der ersten Tranche wurden schwerpunktmäßig die Fachhochschulen und Berufsakademien ausgebaut.

Die Hochschule Ludwigsburg präsentierte in Abstimmung mit dem Hochschulrat und dem Senat ihre Ausbaupläne für die erste Stufe 2007/2008 in der Regionalkonferenz und reichte die Pläne beim Wissenschaftsministerium ein. Die Hochschule Ludwigsburg kam jedoch nicht zum Zug, weil dem Antrag der Hochschule auf Öffnung der Errichtungsverordnung für weitere Studiengänge noch nicht stattgegeben war. Inzwischen ist zwar durch die institutionelle Öffnung der Hochschule für weitere Studiengänge in der Errichtungsverordnung der Weg für die Antragstellung eröffnet. Da die Öffnung jedoch sehr spät kam, kommt die Antragstellung erst für die dritte Stufe des Projekts in Betracht.

Für die HVF ist die Beteiligung mit neuen, ihrem Profil entsprechenden Studiengängen von zentraler Bedeutung für ihre zukünftige Entwicklung. Durch die komplexer werdenden Berufsanforderungen entstehen neue Tätigkeitsfelder, die am besten in interdisziplinär angelegten Studiengängen erfüllt werden. Die an der HVF Ludwigsburg vermittelten Kompetenzen in den Bereichen Recht, Verwaltung, Management und Wirtschaft können zusammen mit Kompetenzen, die an anderen Hochschulen vermittelt werden - z.B. in den Bereichen Informatik, Technik, Sozialwesen, Kultur, Medien und Pädagogik - zu neuen Studienangeboten in Kooperation mit fachlich unterschiedlichen Hochschulen führen. Die

HVF Ludwigsburg nahm mit Hochschulen im regionalen Umfeld Kontakt auf und erzielte Bereitschaft zur Kooperation in den folgenden Fällen:

	Studiengang	Kooperationspartner
1	Bachelor Verwaltungsinformatik	FH Heilbronn
2	Bachelor Umwelttechnik/-recht	HfT Stuttgart
3	Bachelor Gesundheitsmanagement	eFH Reutlingen/Ludwigsburg
4	Bachelor Kultur-/Medienbildung	PH Ludwigsburg
5	Bachelor Erwachsenenbildung	PH Ludwigsburg

Die neuen Studiengänge sollen die juristischen, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Kompetenzen unserer Hochschule mit den technischen, sozialen und pädagogischen Kompetenzen der genannten Hochschulen zu den neuen Studiengängen kombinieren. Die Wettbewerbslage verschlechtert sich durch Zeitablauf, da andere Hochschulen des Landes mit erheblichem Aufwand zunehmend für sie völlig neue Studiengänge im öffentlichen Sektor anbieten.

Die Hochschule Ludwigsburg steht einer Intensivierung der Kooperation mit anderen Hochschulen offen gegenüber. Besonderes Interesse gilt der Stärkung der Kooperation mit den umliegenden Hochschulen in Ludwigsburg und in der Region Stuttgart als Maßnahme gezielter Strukturpolitik.

1.1.5. Dienstrechtsreform

Die Rektorenkonferenz der Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst setzte eine bundesweit zusammengesetzte Arbeitsgruppe zur Dienstrechtsreform unter dem Vorsitz von Rektor Prof. Maier ein. Die Arbeitsgruppe erarbeitete die Grundlage für Empfehlungen an die Entscheidungsträger im Bund und in den Ländern im Hinblick auf die Neugestaltung des Dienstrechts. Die Rektorenkonferenz verabschiedete eine Resolution, in der sie alle Bestrebungen zur Verschlinkung und Modernisierung des Dienstrechts und zur Anpassung an die gegenwärtigen Entwicklungen im Hochschulbereich (Bologna-Prozess) unterstützt. Sie sieht in diesem Prozess allerdings die zwingende Notwendigkeit, dass auch zukünftig trotz Übertragung gesetzgeberischer Kompetenzen auf die Länder bundesweit einheitliche Zugangsvoraussetzungen als Qualitätsstandards für die unterschiedlichen Laufbahnen gewährleistet bleiben müssen.

Die **gegenseitige bundesweite Anerkennung der Laufbahnbefähigungen und der Hochschulabschlüsse** zwischen den Ländern und zwischen dem Bund und den Ländern ist auch zukünftig unabdingbar notwendig. Die gegenseitige Anerkennung muss in die jeweiligen rechtlichen Bestimmungen aufgenommen werden. Sie dient der Sicherung und Förderung der Mobilität und Flexibilität des Personals im öffentlichen Dienst, aus Sicht der Hochschulen vor allem auch der Sicherung der Qualität der Abschlüsse und der Sicherung der Auswahlmöglichkeiten der Studierenden zwischen den Hochschulen.

Zugangsvoraussetzung zu den Laufbahnen des gehobenen und höheren Dienstes oder vergleichbarer Laufbahnen soll mindestens ein akkreditierten Bachelor- oder Masterabschluss (oder ein gleichwertiger Hochschulabschluss) und ein in das Studium integrierter oder nachgeschalteter Vorbereitungsdienst sein. Auf den Vorbereitungsdienst kann verzichtet werden, wenn das Hochschulstudium die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden sowie die berufspraktischen Fähigkeiten und Kenntnisse vermittelt, die zur Erfüllung der Aufgaben in der Laufbahn erforderlich sind.

Die **Einbindung der abnehmenden Dienstherrn in die Gestaltung von Studium und Ausbildung** ist unverzichtbar. Die Stärke der Hochschulen für den öffentlichen Dienst liegt in der Berufsfähigkeit ihrer Absolventinnen und Absolventen. Die Berufsfähigkeit wird insbesondere auch durch die berufspraktischen Studienzeiten gewährleistet, die integraler

Bestandteil des Gesamtstudiums sind. Die enge Verzahnung von fachtheoretischem und fachpraktischem Studium stellt sicher, dass die Kompetenzen, Inhalte und Veränderungen in und aus der Praxis unmittelbar erkannt und einbezogen werden können.

Der bisherige **Aufstieg in den gehobenen Dienst** über ein Studium an den Hochschulen für den öffentlichen Dienst ist als Regelaufstieg unbedingt beizubehalten. Dadurch wird die erforderliche Qualität der Laufbahnbefähigung gewährleistet und sichergestellt, dass die für die Aufgaben der nächsthöheren Laufbahn erforderlichen Standards einheitlich vermittelt werden. Für die jeweiligen Dienstherrn eröffnet dies Maßnahmen der Personalentwicklung für besonders geeignete und qualifizierte Beschäftigte.

Darüber hinaus sollte auch der **Aufstieg in den höheren Dienst** grundsätzlich nicht prüfungsfrei oder rein verwendungsbezogen erfolgen. Angesichts der hohen und stetig steigenden Anforderungen an Verwendungen im höheren Dienst empfiehlt es sich dringend, analog zum Regelaufstieg im gehobenen Dienst die Qualifizierungsmöglichkeiten eines einschlägigen weiterbildenden Masterstudiengangs als Aufstiegsvoraussetzung zu nutzen, zumal diese Studiengänge berufsbegleitend absolviert werden können.

1.2. Entwicklung der Hochschule

1.2.1. Rektorat

Das Rektorat der Hochschule Ludwigsburg besteht aus vier Personen.

- Rektor ist Prof. Walter Maier, der seit der Hochschulfusion im Jahr 1999 Prorektor der HVF gewesen war und vor der Fusion die Hochschule für Finanzen geleitet hatte. Die sechsjährige Amtszeit dauert von 01.12.2005 – 30.11.2011.
- Kanzler Walter Veigel, das zweite hauptamtliche Mitglied, ist für die Wirtschafts- und Personalverwaltung verantwortlich (Amtszeit von 28.04.2006– 27.04.2012).
- Prorektor Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Hopp ist für den Studien- und Prüfungsbetrieb, das Qualitätsmanagement, für den Masterstudiengang Europäisches Management, für das Walter-Hallstein-Programm und für Forschung und Entwicklung zuständig (Wiederwahl am 08.10.2008).
- Zum Aufgabengebiet von Prorektor Prof. Wolfgang Rieth. gehören die Organisationsentwicklung, die informationstechnischen Einrichtungen mit dem Vorsitz im Lenkungsausschuss des Informationszentrums, das Controlling, das Zulassungsverfahren und die Leitung des Akademischen Auslandsamts (Wiederwahl am 08.10.2008).

1.2.2. Aus der Arbeit des Hochschulrats

Der Hochschulrat besteht aus neun Mitgliedern, davon fünf externe und vier hochschulinterne Mitglieder; den Vorsitz führt ein externer Vorsitzender. Der Hochschulrat trat im Berichtszeitraum vier Mal zusammen. Die Diskussionen im Hochschulrat verliefen sehr konstruktiv und mit großem Engagement für die Hochschule Ludwigsburg. Die Beschlüsse waren fast immer einstimmig.

21. Sitzung am 1.10.2007

- Bericht des Rektors zum Wirtschaftsquartal 2007/II
- Personalplanung wissenschaftliches Personal
- Mittelschöpfungsverbot
- Nachwahl eines Hochschulrats
- Hochschule 2012

22. Sitzung am 17.12.2007

- Wahl des stv. Hochschulratsvorsitzenden
- Stellungnahme zu den Beschlüssen des Finanzausschusses
- Rechenschaftsbericht des Rektors für die Studienjahre 2005/06 und 2006/07
- Bericht des Rektors zum Wirtschaftsquartal 2007/III
- Masterstudiengang Public Management
- Planung Bachelorstudiengänge

23. Sitzung am 03.03.2008

- Mittelschöpfungsverbot
- Bericht des Rektors zum Wirtschaftsjahr 2007
- Beschlussfassung zum Entwurf des Haushaltsvoranschlags
- Beschlussfassung zu Funktionsbeschreibungen von Professoren

24. Sitzung am 16.6.2008

- Änderung der Grundordnung
- Wahl zum Hochschulrat - Besetzung des Auswahlausschusses
- Bericht des Rektors zum Wirtschaftshalbjahr 2008/I
- Fortschreibung des Struktur- und Entwicklungsplans

1.2.3. Aus der Arbeit des Senats

Der Senat trat im Berichtszeitraum acht Mal zusammen. Die wichtigsten Beschlüsse betrafen die folgenden Themen:

44. Sitzung am 11.09.2007

- Bachelorordnung Steuerverwaltung
- Satzung über Bekanntmachungen
- Öffentlichkeitsarbeit der Hochschule und der Studiengänge

45. Sitzung am 10.10.2007

- Entwurf der Studien- und Prüfungsordnung Bachelor Gehobener Verwaltungsdienst
- Auswahlausschuss zum Hochschulrat

46. Sitzung am 14.11.2007

- Berufungsverfahren
- Satzungsentwurf Bachelorstudiengang Allgemeine Finanzverwaltung
- Satzungsentwurf Bachelorstudiengang Rentenversicherung
- Wahlen zum Hochschulrat

47. Sitzung am 19.12.2007

- Rechenschaftsbericht des Rektors
- Studien- und Prüfungsordnung Bachelor Gehobener Verwaltungsdienst
- Wahl zum Nutzausschuss des Informationszentrums
- Ergänzung des Leitbildes um den Bereich Umweltverantwortung

48. Sitzung am 27.02.2008

- Stellungnahme zu Funktionsbeschreibungen von Professoren
- Stellungnahme zum Entwurf des Haushaltsvoranschlags
- Wahl zum Senatsausschuss Auswärtige Beziehungen
- Wahl der Gleichstellungsbeauftragten
- Wahl der Vertreter zum Studentenwerk

49. Sitzung am 30.04.2008

- Berufungsverfahren
- Satzung über das Auswahlverfahren für den gehobenen Verwaltungsdienst
- Satzung über den Kontaktstudiengang NHKR
- Fortschreibung des Struktur- und Entwicklungsplans 2007 - 2011
- Studien- und Prüfungsordnung Bachelor Gehobener Verwaltungsdienst
- Landeslehrpreis
- Parkplatz- und Mensasituation

50. Sitzung am 11.06.2008

- Wahl zum Hochschulrat, Auswahlgremium
- Fortschreibung Struktur- und Entwicklungsplan 2007 - 2011, Beschlussfassung
- Kontaktstudiengang zur Fortbildung Kommunale Bilanzbuchhalter
- Berichte der Senatsbeauftragten

51. Sitzung am 25.06.2008

- Änderung der Grundordnung, Beratung und Beschlussfassung in öffentlicher Sitzung
- Berichte der Senatsbeauftragten
- Nachwahl zum Hochschulrat
- Satzung zur Änderung der Studien- und Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement

1.2.4. Hochschulname, Hochschulstruktur

Im Berichtszeitraum wurde der Name unserer Hochschule in „Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg“ geändert. Dies geht auf die Änderung der Errichtungsverordnung durch die Landesregierung vom 17.03.2008 (GBl. S. 102) zurück. Mit der Anpassung der Grundordnung vom 08.07.2008 haben Hochschulrat und Senat die satzungsmäßigen Folgerungen für die Hochschule gezogen. Im Landeshochschulgesetz war zuvor bei den anderen Hochschulen der Begriff „Fachhochschule“ durch „Hochschule“ ersetzt worden.

Bekanntlich enthält unser Leitbild unter dem Titel „Neue Studiengänge“ das Ziel: „Die Hochschule entwickelt zeitnah neue Studien- und Weiterbildungsangebote für den öffentlichen Sektor.“ Aufgrund des Landtagsbeschlusses, „die Errichtungsverordnung so zu ändern, dass neue Studiengänge bedarfsorientiert zugelassen werden, die auch externen Bewerbern offen stehen,“ wurde § 2 Abs. 6 ErrVO entsprechend neu gefasst. Mit der Zulassung neuer Studiengänge für den öffentlichen Dienst erfüllt sich das seit langem verfolgte Anliegen der Hochschule, selbstständig oder in Kooperation mit anderen Hochschulen weitere Bachelor- und Masterstudiengänge einzurichten. Vorrangig wird zurzeit in einer Lenkungsgruppe zusammen mit der FH Kehl der berufsbegleitende Masterstudiengang Public Management entwickelt

Die Hochschule besteht derzeit aus zwei Fakultäten mit folgenden Studiengängen:

- **Fakultät I Management und Recht**, der die Studiengänge Gehobener Verwaltungsdienst, Rentenversicherung, Allgemeine Finanzverwaltung und Archivare zugeordnet sind,
- **Fakultät II Steuer und Wirtschaftsrecht**, welcher der Studiengang Steuerverwaltung zugeordnet ist.

Weitere Studiengänge:

- Der Studiengang Europäisches Verwaltungsmanagement ist beiden Fakultäten gemeinsam zugeordnet.
- Außerdem wird der Magisterstudiengang Kulturmanagement durchgeführt. Er ist jedoch ein Studiengang der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg. Bei ihr liegt auch das Satzungsrecht. Die HVF ist Kooperationspartner.
- Die Hochschule bietet seit 2002 in Zusammenarbeit mit dem Justizministerium einen Kontaktstudiengang zur Weiterbildung der Führungskräfte der Justiz im Bereich der Neuen Steuerungsinstrumente und seit dem Jahr 2008 die Kontaktstudiengänge Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen (NKHR) und Kommunale Bilanzbuchhalter an.
- Seit dem Mitte 2008 wird der Kontaktstudiengang „Neues kommunales Haushalts- und Rechnungswesen“ durchgeführt.
- Seit Oktober 2008 wird der Kontaktstudiengang „Kommunaler Bilanzbuchhalter“ in Kooperation mit der VWA angeboten.

1.2.5. Ergänzung des Leitbildes - Ecofit

Umweltschutz lohnt sich nicht nur aus moralischen, sondern auch aus betriebswirtschaftlichen Gründen. Diese Erkenntnis hat unsere Hochschule im Rahmen des Förderprogramms Ecofit umgesetzt und sich als ECOfit-Betrieb zusammen mit fünf Unternehmen und der Stadt Kornwestheim erfolgreich zertifizieren lassen. Im Rahmen des Projekts wurden reihum in acht Workshops externe Experten zugezogen und Maßnahmenprogramme erstellt. Ein Projektteam an der Hochschule unter der Leitung von Prof. Schad setzte die empfohlenen Maßnahmen um. Weitere Mitglieder waren Kanzler Veigel, Hausmeister Lang und Umweltreferenten des Studentenrats. In der Urkunde wird bescheinigt, dass „die Hochschule eine Schwachstellenanalyse durchgeführt, die Einhaltung der Vorschriften überprüft, ein Umweltprogramm erstellt und die organisatorischen Grundlagen für eine kontinuierliche Verbesserung gelegt hat. Die Hochschule zeichnet sich damit durch ein besonderes Engagement im betrieblichen Umweltschutz aus.“ Mit dem Bestehen des Umweltchecks sind bei weitem noch nicht alle Möglichkeiten des Umweltschutzes ausgeschöpft. Es besteht die Absicht, das Umweltprogramm an das QM-Programm der Hochschule anbinden. Das Leitbild der Hochschule wurde durch Beschluss des Senats wie folgt ergänzt:

„Die Mitglieder der Hochschule sind dem Gedanken der Nachhaltigkeit verpflichtet. Sie nehmen ihre Verantwortung für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen wahr, indem sie die Möglichkeiten zur Energieeinsparung, zum schonenden Umgang mit Umweltgütern sowie zur Abfallreduzierung aktiv nutzen und weiterentwickeln.“

1.2.6. Gebäudebetrieb und räumliche Situation

Die Hochschule ist in folgenden Gebäuden der Reuteallee 36 untergebracht:

- Gebäude 4 (ein Stockwerk für Rektorat, Hochschulverwaltung, Fakultätssekretariate, ein Stockwerk für Vorlesungen),
- Gebäude 5 (ein Stockwerk für EDV-Werkstatt und EDV-Vorlesungsräume),
- Gebäude 6 (5 Stockwerke für Vorlesungsräume und Dozentenräume, die Bibliothek und ein Lagergeschoss).

Im Zusammenhang mit EDV-Verkabelungsarbeiten wurden die Gebäude der HVF grundlegend renoviert und die Raumnutzungsmöglichkeiten entsprechend den Bedürfnissen der Hochschule verbessert. Die auf 16 Bauabschnitte ausgelegten Baumaßnahmen wurden im Jahr 2007 im Wesentlichen abgeschlossen. Die Renovierung der Cafeteria im Bauteil 6 steht noch aus.

Das Barackengebäude „Villa“ mit vier Vorlesungsräumen und einigen Dozentenzimmern musste zum Ende des Sommersemesters 2008 wegen des sehr schlechten baulichen Zustandes aufgegeben werden und steht seither leer. Mittel zur Sanierung stehen nach Aussage der Hochbauverwaltung nicht zur Verfügung.

Im Sommer 2008 wurde durch Zusammenfassung von zwei Lehrsälen ein EDV-Hörsaal mit 64 Arbeitsplätzen geschaffen, um die Zulassungstests Computer-gestützt durchführen zu können. Dadurch wird die Auswertung der Tests erleichtert und beschleunigt.

1.2.7. Personalstruktur

Struktur des Lehrkörpers

Die Verteilung der Professoren auf die Fakultäten sieht folgendermaßen aus (Stand 01.09.2008):

- Fakultät I: 36,5 Professorenstellen (nach Vollzug von 3 k.w.-Stellen zum 1.1.2008); von den verbleibenden 36 Professorenstellen sind zwei gesperrt
- Fakultät II: 36,5 Professorenstellen (davon 7 gesperrt).

Die Verminderung von Professorenstellen in der Fakultät I ist in der Vergangenheit auf den Vollzug der k.w.-Vermerke zum Abbau der Überkapazitäten im Studiengang für den gehobenen Verwaltungsdienst zurückzuführen. Bei den Professorenstellen waren noch 3 k.w.-Vermerke vorhanden, die haushaltsmäßig zum 1.1.2008 vollzogen wurden. Seit dem Jahr 2000 mussten damit insgesamt 18 k.w.-Stellen bei den Professoren erfüllt werden. Zum 01.09.2008 konnten erstmals im Studiengang für den gehobenen Verwaltungsdienst wieder zwei Professorenstellen besetzt werden.

Die Sperrung von insgesamt neun Professorenstellen geht auf den Beschluss des Landtags aus dem Jahr 2007 zum Rechnungshofbericht zurück (unten 1.2.10). Hochschulrat und Senat setzten sich beim aufsichtsführenden Ministerium erfolgreich dafür ein, im Hinblick auf die zu erwartende Erhöhung der Zulassungszahlen in den Studiengängen Innen- und Steuerverwaltung bei den vom Finanzausschuss des Landtags beschlossenen Stelleinsparungen auf die Ausbringung von kw-Vermerken zu verzichten und statt dessen die 9 Professorenstellen nur zu sperren. Bei einer Erhöhung der Zulassungszahlen können diese Stellen wieder reaktiviert werden.

Struktur des Verwaltungspersonals

Beim sonstigen Personal mussten seit der Hochschulfusion im Jahr 1999 acht k.w.-Stellen bei den Mitarbeitern erfüllt werden, die damals ausgebracht wurden. Davon ist noch ein k.w.-Vermerk vorhanden, der spätestens zum 31.12.2009 zu vollziehen ist. Außerdem sind seit dem Jahr 2007 1,5 Stellen der Hochschulverwaltung gesperrt.

1.2.8. Einführung der W-Besoldung

Das Rektorat erließ durch Beschluss die Ordnung über die Vergabe von Leistungsbezügen und Zulagen gemäß § 9 der Leistungsbezügeverordnung. Danach sind grundsätzlich Leistungsbezüge möglich aufgrund besonderer Leistungen in der Forschung, in der Lehre, der Weiterbildung und bei der Nachwuchsförderung, die erheblich über dem Durchschnitt liegen und in der Regel über mehrere Jahre erbracht worden sind.

Leistungsbezüge zu den relativ niedrigen Grundgehältern der W-Besoldung können nur gezahlt werden, wenn die Hochschule einen entsprechenden Vergaberahmen hat. Der Vergaberahmen richtet sich nach dem Besoldungsdurchschnitt (§ 34 BBesG). Dieser wird zwar für jede Universität im Lande einzeln ermittelt, aber für die baden-württembergischen Fachhochschulen insgesamt nach einem landesweiten Durchschnitt festgesetzt. Wegen dieser Deckelung ist an der HVF Ludwigsburg derzeit noch kein Vergaberahmen vorhan-

den. Aufgrund der Alterstruktur des Lehrkörpers, der bis auf wenige Ausnahmen aus Gründen der Besitzstandswahrung weiter nach der Besoldungsgruppe C besoldet wird, übersteigen die gezahlten Gehälter immer noch den Besoldungsdurchschnitt. Deshalb können an die Professoren der W-Besoldung immer noch keine Zulagen gezahlt werden. Diese Situation wird sich ändern, wenn weitere freie Stellen besetzt werden können. Die vertretbare Bezahlung der Professorinnen und Professoren in der W-Besoldung hängt wesentlich davon ab, dass ältere Professorinnen und Professoren in den Ruhestand gehen und die Stellen nicht mehr durch k.w.-Stellen wegfallen.

1.2.9. Akkreditierung der Bachelorstudiengänge

Die Umstellung der Diplomstudiengänge auf den Bachelor ist erfolgreich verlaufen. Alle Studiengänge an der Hochschule sind durch Bescheide der Zentralen Evaluationsagentur Hannover (ZevA) akkreditiert. Damit haben die mehr als dreijährigen Vorarbeiten für die aufwendigen Zertifizierungsverfahren den gewünschten Abschluss gefunden. Die vier **Bachelorstudiengänge Innenverwaltung, Rentenversicherung und Allgemeine Finanzverwaltung** wurden in einem Cluster-Verfahren für die maximale Zeit von fünf Jahren bis zum 31.08.2013 akkreditiert (Bachelor of Arts, B.A.). Der **Studiengang Steuerverwaltung** wurde in einem eigenen Verfahren ebenfalls für fünf Jahre akkreditiert (Bachelor of Laws/Tax, LL.B.). Dies ist bemerkenswert, da die Fakultät II es als die erste Ausbildungsstätte für die Steuerausbildung im Bundesgebiet geschafft hat, die bundeseinheitlichen Vorgaben der StBAPO mit den Bacheloranforderungen zu verbinden.

Die verstärkte Kompetenz- und Praxisorientierung des Studiums, die Modularisierung der Curricula, die Festlegung der studentischen Arbeitsbelastung, die Benotung und das Leistungspunkte- und Prüfungssystem bringen erhebliche Veränderungen mit sich. Den Studien- und Prüfungsablauf zuverlässig zu gewährleisten, ist eine große Herausforderung. Es wird jetzt darauf ankommen, die Vorgaben der Studienreform didaktisch und administrativ zusammen mit der Fachpraxis umzusetzen.

Die Studiengänge Gehobener Verwaltungsdienst und Steuerverwaltung haben im Wintersemester 2007/08 mit dem Bachelorstudium begonnen. Die Studiengänge Allgemeine Finanzverwaltung und Rentenversicherung sind zum Beginn des Studienjahres 2008/09 ebenfalls reformiert. Die verstärkte Kompetenzorientierung des Studiums, die Modularisierung der Curricula, die Festlegung der studentischen Arbeitsbelastung, die Benotung und das Leistungspunkte- und Prüfungssystem bringen erhebliche Veränderungen mit sich. Den Studierenden wird mehr Eigenverantwortung für die Gestaltung ihres Studiums übertragen.

Parallel zu den Bachelorstudiengängen läuft das Diplomstudium, das zum letzten Mal im September begonnen wurde, bis zum Jahr 2010 dauert und in gewohnt guter Qualität geboten werden muss. In den Sommersemestern 2008, 2009 und 2010 sind im Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst (statt bisher zwei) infolge der Umstellung drei Studienjahrgänge gleichzeitig an der Hochschule. Dies führt zu einer steigenden Belastung des Lehrkörpers und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulverwaltung.

1.2.10. Struktur- und Entwicklungsplanung

Der Struktur- und Entwicklungsplan für die Studienjahre 2007 bis 2011 wurde vom Senat einstimmig verabschiedet und vom Hochschulrat durch Beschlussfassung einstimmig angenommen. Herausragende Vorhaben sind neben der Bachelor-Umstellung der Diplomstudiengänge die Einrichtung neuer Bachelor- und Masterstudiengänge, die Kooperation mit anderen Hochschulen im nationalen und internationalen Kontext, der Ausbau der Weiterbildungsangebote, die Verstärkung der Forschung und Entwicklung sowie die Einrichtung eines umfassenden Qualitätsmanagements an der Hochschule. Ziel ist die Eingliederung als Hochschule in den allgemeinen Hochschulbereich mit einem eigenständigen Pro-

fil als Dienstleistungsunternehmen für den öffentlichen Sektor mit hohem wissenschaftlichem Standard.

In einem Gespräch im MWK am 12.6.2008 wurde in Aussicht gestellt, dass der vorgelegte Plan und insbesondere die beantragten Funktionsbeschreibungen für die neu zu besetzenden Professorenstellen genehmigt werden. Die Funktionsbeschreibungen sind inzwischen genehmigt. Die vorgeschlagenen neuen Studiengänge müssen dagegen zu gegebener Zeit einzeln vorgelegt werden.

Im Jahr 2008 wurde ein beratender Ausschuss zur Fortschreibung der Strukturplanung 2008-2011 eingesetzt. Dem Ausschuss gehörten neben dem Rektorat die Dekane, die Studiengangleiter, die Abteilungsleiter, ein Senatsvertreter, die Gleichstellungsbeauftragte und ein Vertreter des AStA an. Durch Beschlüsse des Hochschulrats und des Senats wurden die Entwicklungsziele der Hochschule Ludwigsburg als Kompetenzzentrum für den öffentlichen Sektor in den folgenden Bereichen präzisiert:

- Studium, Ausbildung
- Weiterbildung
- anwendungsorientierte Forschung
- Wissenstransfer in die Fachpraxis
- internationale Vernetzung, Europakompetenz

Neben der Weiterentwicklung bisheriger Studiengangstrukturen und Forschungsschwerpunkte stehen folgende Strategien im Vordergrund:

(1) Ausbaupläne

Die Hochschule Ludwigsburg sieht sich als eine Hochschule im ‚Ausbau‘. Demzufolge wird versucht, neue Zielgruppen für Bachelor- und Master-Studiengänge anzusprechen. Weitere grundständige Studiengänge werden angestrebt

- als komplementäre Ergänzung zu den Beamtenstudiengängen,
- als kooperative verwaltungsnahe Studiengänge. Dadurch entstehen neue Querschnittsqualifikationen in Kooperation mit anderen Hochschulen im Umfeld.

Außerdem ist die Einrichtung weiterer Masterstudiengänge als zweite Stufe zu den bereits vom Diplom auf den Bachelor umgewandelten Studiengängen geplant

- Master of Public Management,
- Master of Taxation.

(2) Querschnittsstrategie

Als Querschnittsstrategie für alle Studiengänge

- a) soll durch geeignete Maßnahmen bewirkt werden, dass sich die Zahl der Absolventinnen und Absolventen erhöht. Dies ist nur möglich, wenn der Hochschule durch Förderprogramme zusätzliche Stellen und Mittel zugeführt werden (Finanzausgleich, Projekt „Hochschule 2012“, Studiengebühren).
- b) Insbesondere wird angestrebt, den Anteil von Absolventinnen und Absolventen in den rechts-, verwaltungs-, wirtschafts- und managementorientierten Studienrichtungen zu erhöhen, indem interdisziplinäre Studienangebote neu- oder weiterentwickelt werden, die gesellschaftswissenschaftliche und naturwissenschaftlich-technische Perspektiven verbinden.
- c) Es soll durch geeignete Maßnahmen die Europäisierung, Internationalisierung und Interkulturalität verstärkt werden.

(3) Profilbildung

Die Profilierung der HVF Ludwigsburg soll weiterentwickelt und geschärft werden, und zwar über den Kernbereich Ausbildung und Studium hinaus insbesondere in den Schwerpunkten

- Weiterbildung
- anwendungsorientierte Forschung und Wissenstransfer in die Fachpraxis
- Internationale Vernetzung, Europakompetenz.

(4) Weiterbildung

Die Weiterbildung soll durch weitere Maßnahmen intensiviert werden. Kontaktstudiengänge, Teilzeit-Studienangebote, E-Learning, Weiterbildungsangebote und Kooperationen in regionalen und internationalen Netzwerken sollen die Öffnung der Hochschule Ludwigsburg unterstützen.

(5) Anwendungsorientierte Forschung und Wissenstransfer

Die HVF Ludwigsburg unterstützt und fördert die anwendungsorientierte Forschung durch die Bereitstellung der notwendigen Infrastruktur und durch Lehrdeputatsreduktionen der Professorinnen und Professoren. Dazu gehören auch der Ausbau von Kooperationsbeziehungen zu anderen Forschungseinrichtungen und die Stärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit innerhalb der Hochschule.

Die Profilbildung in Forschung und Entwicklung erfolgt entsprechend der Studienangebote und der o. g. interdisziplinären Schwerpunkte sowie entlang der Querschnittsstrategien. Sie finden inhaltlich ihre Verankerung in den jeweiligen Masterstudiengängen.

Sozial- sowie geschlechtsdifferenzierende Forschung entsprechend dem Konzept des Gender-Mainstreaming wird gefördert.

1.2.10 Rechnungshof

Der Landesrechnungshof prüfte im Jahr 2006 die Organisation und das Personal der Hochschulen in Ludwigsburg und in Kehl (vgl. dazu den letzten Rektorbericht).

Der Landtag fasste hierzu auf Vorschlag des Finanzausschusses die folgenden Beschlüsse:

1. die vom Rechnungshof bei gegebener Aufgabenstellung aufgezeigten Einsparpotenziale an den Hochschulen Ludwigsburg und Kehl unter Berücksichtigung reformbedingter Änderungen zur Hälfte zu realisieren,
2. die Vorschläge des Rechnungshofs zur Reform des Laufbahnrechts sowie der Ausbildung des gehobenen Verwaltungsdienstes im Rahmen der Dienstrechtsreform zu prüfen,
3. ergebnisoffen zu prüfen, ob die Hochschulen Ludwigsburg und Kehl in die zweite Stufe des Ausbauprogramms „Hochschule 2012“ aufgenommen werden können,
4. die Errichtungsverordnung der Hochschulen für öffentliche Verwaltung so zu ändern, dass neue Studiengänge bedarfsorientiert zugelassen werden, die auch externen Bewerbern offen stehen,
5. dem Landtag bis zum 30. Juni 2009 über das Veranlasste zu berichten,
6. die Struktur der Studiengänge, insbesondere die Externalisierung und die Integration der Studiengänge, und die Hochschulstruktur zu prüfen und auf der Grundlage der Evaluierung eines vollständig abgeschlossenen Ausbildungszyklus der zum 1.9.2007 eingeleiteten Studienreform sowie der Empfehlungen des Rechnungshofs dem Landtag zum 1.9.2011 Vorschläge für eine mögliche Reform vorzulegen,

Diese Beschlüsse führten im Berichtszeitraum zu folgenden Konsequenzen:

a) Stellenbesetzungen

Die aufgrund der Sparvorschläge des Rechnungshofs zum Wegfall vorgesehenen neun Professorenstellen und 1,5 Verwaltungsstellen werden aufgrund einer Übereinkunft mit dem MWK lediglich gesperrt und können reaktiviert werden, wenn steigende Studierendenzahlen zusätzliches Personal erfordern. Die Hochschule hat die Sparbeschlüsse mit Ablauf des Jahres 2008 erfüllt und kann deshalb im Jahr 2008 einige und im Jahr 2009 alle frei werdenden Professorenstellen wieder besetzen.

In der Fakultät I sind soeben drei Berufungsverfahren und in der Fakultät II ein Berufungsverfahren abgeschlossen worden. Vom MWK sind für die Fakultät I für die Besetzung im Zeitraum bis 2011 fünf Funktionsbeschreibungen genehmigt worden, nämlich Psychologie/Verwaltungsmanagement, 2 Stellen Staats- und Verwaltungsrecht, Wirtschaftswissenschaften, Informationsmanagement.

In der Fakultät II konnte eine Professorenstelle zum 01.09.2008 besetzt werden. Es laufen derzeit weitere fünf Berufungsverfahren, die zu Stellenbesetzungen zum 01.03.2009 führen sollen. Weitere vier Professorenstellen werden mit dem Ziel der Besetzung zum 1.9.2009 ausgeschrieben.

b) Änderung der Errichtungsverordnung

Die entsprechend geänderte Errichtungsverordnung (§ 2 Abs. 6 ErrVO) erfüllt mit der Zulassung neuer Studiengänge für den öffentlichen Dienst das seit langem verfolgte Anliegen der Hochschule. Bisher durfte die Hochschule neben den grundständigen Beamtenstudiengängen den Masterstudiengang European Public Management durchführen. Nun ist der im Struktur- und Entwicklungsplan 2007 – 2011 vorgezeichnete Weg eröffnet, selbstständig oder in Kooperation mit anderen Hochschulen weitere Bachelor- und Masterstudiengänge einzurichten. Vorrangig wird zurzeit in einer Lenkungsgruppe zusammen mit der FH Kehl der berufsbegleitende Masterstudiengang Public Management entwickelt

c) Aufnahme in das Landesprojekt „Hochschule 2012 – 2. Stufe“

Nach der Mitteilung des MWK sind die Landesmittel zur Finanzierung weiterer Studiengänge bereits weitgehend verplant. Im Hochschulrat wurde vorgeschlagen, auf eine Antragstellung in der 2. Stufe zu verzichten und die Berücksichtigung in der 3. Stufe mit Nachdruck zu betreiben. Die Teilnahme an dem Ausbauprogramm ist für die Hochschule von besonderer Bedeutung, weil für die Einrichtung neuer Studiengänge – mit Ausnahme des Masterstudiengangs Public Management, bei dem über Finanzausgleichsmittel verhandelt wird – keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

d) Evaluation

Zur Organisation der Evaluierung der Hochschulstruktur und der Bachelorstudiengänge an den Hochschulen Ludwigsburg und Kehl bis zum September 2011 fanden am 9.6.2008 und am 31.7.2008 Besprechungen im Innenministerium statt, das die Federführung übernommen hat. Derzeit werden Angebote von Evaluierungsagenturen eingeholt. Der Entwurf eines Frageleitfadens für die Selbstevaluation liegt bereits vor, die der Fremdevaluation vorausgehen wird. Der Leitfaden umfasst folgende Themen:

- Evaluation der durchgeführten Bachelorstudiengänge (Ziele, Konzepte, Strukturen, Umsetzung, Qualitätssicherung)
- Evaluation der Hochschulstruktur (Profil, Entwicklung, Ressourcenausstattung, Organisation, Leistungsprogramm und Ergebnisse, Qualitätsmanagement)

Darüber hinaus sind Erhebungen bei den Studierenden sowie bei den Abnehmern und die Ausarbeitung einer Expertise zur Externalisierung und zur Integration der Studiengänge vorgesehen.

1.3. Qualitätssicherung

1.3.1. Qualitätsmanagement

Unter Qualitätsmanagement sind die aufeinander abgestimmten Tätigkeiten zum Leiten und Lenken der Hochschule bezüglich Qualität zu verstehen. Das Leiten und Lenken umfasst das Festlegen der Qualitätspolitik und der Qualitätsziele, die Qualitätsplanung, die Qualitätssicherung und die Qualitätsverbesserung. Hierzu ist die Einrichtung eines Regelkreises zur Umsetzung der Hochschulziele bezüglich der Qualität und deren kontinuierlichen Verbesserung notwendig, der alle Bereiche der Hochschule erfasst.

Der Aufbau eines umfassenden Gesamtkonzepts der hochschulweiten Qualitätsentwicklung und -sicherung wurde im Jahr 2008 fortgeführt. Die Hochschule verfolgt mit der Implementierung des QM-Systems die folgenden Ziele:

- Nachhaltige Umsetzung der Hochschulstrategien durch das QM-System als integriertem Bestandteil des Hochschulmanagementsystems,
- Schaffung einer hochschulweiten prozessorientierten Organisationsstruktur, mit der die Kernprozesse optimal unterstützt werden,
- verbesserte Berücksichtigung der Anforderungen der Studierenden, Lehrenden und Mitarbeiter sowie der Fachpraxis,
- Integration sämtlicher Hochschulprozesse und damit Vermeidung paralleler Datenhaltungen und Bearbeitungen,
- Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Hochschule durch:
 - Höhere Qualitätssicherheit und Transparenz der Hochschulprozesse,
 - Schnelle Verfügbarkeit von Informationen und Dokumenten,
 - Verbesserte schnittstellenübergreifende Abläufe, z.B. zwischen Fakultäten, Studienbüro und Prüfungsamt,
 - Leichtere Einarbeitung von Hochschulpersonal und von Funktionsträgern in der Hochschulselbstverwaltung,
 - Aufbereitung und bessere Vernetzung des vorhandenen Wissens,
 - Verbesserte Kommunikation,
 - Erhöhung der Motivation der Mitarbeiter,
 - Kontinuierlicher Prozess des institutionellen und individuellen Lernens, Weiterentwicklung der lernenden Organisation.

Die Hochschule hat bislang die folgenden Schritte unternommen, um ihre Qualität zu erhalten und systematisch weiterzuentwickeln:

- Es wurden Qualitätskreise eingerichtet, in denen sich die Mitglieder einer Funktionseinheit aus der Hochschulverwaltung bzw. aus den Fakultäten regelmäßig mit dem Ziel treffen, auf lokaler Ebene und an den Schnittstellen zu anderen Gruppen Verbesserungschancen zu identifizieren und umzusetzen.
- Durch den Senat der Hochschule wurde als Lenkungsgruppe ein Senatsausschuss Qualitätsmanagement eingesetzt, der aus je einem Mitglied der verschiedenen Qualitätskreise besteht. Der Ausschuss hat die Aufgabe, Kernaktivitäten zu vereinbaren, deren Stand zu überprüfen und übergreifende Fragen zu bearbeiten, in denen die einzelnen Qualitätskreise nicht allein weiterkommen.

- In Workshops der Hochschulleitung, der Dekanate und der Abteilungsleiter der Hochschulverwaltung wurden Grundsätze zur Qualitätsentwicklung erarbeitet. Ein Workshop hierzu wurde durch Dr. Roloff von der Fa. Cobus, die Hochschulen berät, moderiert und aufbereitet.
- Es wurde eine Befragung der Studierenden in den Studiengängen Innenverwaltung, Steuerverwaltung, Rentenversicherung und Allgemeine Finanzverwaltung vorgenommen. Der Fachbereich Steuer- und Wirtschaftsrecht befragte darüber hinaus auch die Professorinnen und Professoren. Die Ergebnisse wurden in den erweiterten Fachbereichsräten besprochen und notwendige Verbesserungen eingeleitet.
- Im Ausbildungszweig Steuerverwaltung fand eine umfassende zweiteilige Evaluation des Steuerstudiums statt, die überprüfen sollte, wie sich die Reform des Steuerbeamtenausbildungsgesetzes (StBAG) auswirkte. An der Befragung, die positive Ergebnisse erbrachte, nahmen 96% aller Studierenden teil.
- Die Erhebung und die grafische Abbildung der Prozessabläufe der Hochschulverwaltung wurden im Jahr 2008 vorangetrieben, insbesondere im Bereich Studienzulassung und Studienplanung. Verwendet wird die Software IGrafx.
- Das Rektorat arbeitet außerdem in einem länderübergreifenden Verbund von Universitäten und Fachhochschulen mit, in dem QM-Projekte vorgestellt und Erfahrungen ausgetauscht werden. Geschäftsführer ist die Fachhochschule Fulda (vgl. zum „Fuldaer Modell“ Janssen/Sass QiW 2008, 8). Die Mitglieder betreiben eine gemeinsame Projektdatenbank; Host ist die Universität Ulm.

Folgende weiteren Maßnahmen sind im QM-Bereich geplant:

- Die Mitarbeitergespräche im Verwaltungsbereich der Hochschule beginnen im Oktober 2008 und werden bis zum Jahresende 2008 abgeschlossen sein.
- Zielvereinbarungen mit den Abteilungen der Hochschulverwaltung und mit den Fakultäten schließen sich an.
- Für den Aufbau des hochschulinternen QM-Systems wird zusätzlicher externer Sachverstand herangezogen. Gespräche über Beratungsangebote finden mit dem Lehrstuhl für Qualitätsmanagement an der Universität Münster sowie für den Bereich der Prüfungsverwaltung mit der HIS Hannover statt mit dem Ziel, Erkenntnisse für die Verbesserung der Prozesssteuerung zu gewinnen.
- Zum 01.12.2008 soll auf einer mittelfinanzierten Stelle ein Qualitätsbeauftragter der Hochschule für eine Projektdauer von zwei Jahren eingestellt werden.

1.3.2. Lehrevaluation

Frau Prof. Dr. Kathrin Hänel

Im Studienjahr 2007/8 stand der Ausbau der Lehrevaluation im Zentrum der Aktivitäten zur Evaluation von Studium und Lehre an der HVF. Hierzu wurde für den Master-Studiengang Europäisches Verwaltungsmanagement ein Evaluationsbeauftragter gewählt, so dass diese Funktion nun in allen Fakultäten und in den fünf Studiengängen durch jeweils einen Kollegen besetzt ist.

Neben der Fortführung der Evaluation der Lehre der hauptamtlichen DozentInnen wurde in diesem Studienjahr die Lehrevaluation der nebenamtlich tätigen DozentInnen neu aufgenommen. Im Einzelnen fand die Evaluation der Lehre wie folgt statt – immer mit Ausnahme von mitarbeitsintensiven Veranstaltungen:

- Innenverwaltung: Lehre aller nebenamtlichen DozentInnen in allen Fächern; auf eigenen Wunsch - Lehre von zwei hauptamtlichen DozentInnen; immer jeweils im Grund- und Hauptstudium.
- Allgemeine Finanzverwaltung: Lehre aller haupt- und nebenamtlich tätigen DozentInnen in allen Fächern des Grund- und Hauptstudiums.
- Rentenversicherung: Es fand keine Evaluation statt.
- Steuerverwaltung: Lehre aller hauptamtlich tätigen DozentInnen pro Fach in einer AG im Grundstudium I und II sowie die Lehre der nebenamtlich tätigen DozentInnen (für diesen Teil der Evaluation wird derzeit noch am Abschlussbericht gearbeitet).
- Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement: Lehre aller haupt- und nebenamtlichen DozentInnen in allen Fächern im ersten Semester in Ludwigsburg.

Vorgegangen wurde nach dem im vergangenen Studienjahr erfolgreich erprobten und im Rektorbericht 2006/7 beschriebenen Ablauf. Dabei kamen wieder die Fragebögen nach Rindermann (1999) bzw. eine gekürzte Version hiervon zum Einsatz. Im Anschluss an die Befragungen fanden in der Regel mit den Studierenden Auswertungsgespräche statt. Ihre Unterlassung wurde ggf. von den Studierenden bemängelt. Bis auf ganz vereinzelte und begründete Ausnahmen beteiligten sich alle haupt- und nebenamtliche Kollegen an der Evaluation. Zusammen mit ihren individuellen Ergebnisberichten erhielten allen Lehrenden erstmals einen elektronischen Zugang zu zuvor überarbeiteten Beratungstexten (ebenfalls nach Rindermann, 1999), die sich auf Möglichkeiten der Verbesserung der Lehrtätigkeit beziehen. Das Angebot für individuelle Beratungsgespräche bestand weiter. Eine Metaevaluation, mit der die Zufriedenheit mit der Evaluation sowohl bei den Studierenden als auch den Lehrenden ermittelt werden sollte, wurde in der Innenverwaltung sowie der Allgemeinen Finanzverwaltung durchgeführt. An der Metaevaluation nahmen nur die Hälfte bzw. zwei Drittel der KollegInnen teil.

Im Ergebnis der Lehrevaluation zeigte sich, wie auch im Jahr zuvor, dass die Studierenden überwiegend die Qualität der Lehre sowie das DozentInnenengagement und das Lernklima sehr positiv einschätzten. Das gilt sowohl für die hauptamtlichen wie auch für die nebenamtlichen KollegInnen. Kritische Anmerkungen der Studierenden beziehen sich in der Mehrzahl auf den zu verbessernden Medieneinsatz einiger Lehrender. Der Tatsache, dass Evaluation stattfindet, stehen die meisten DozentInnen und Studierenden positiv gegenüber. Allerdings zeigt sich wie im Jahr zuvor eine Diskrepanz zwischen den Einschätzungen der Lehrenden und denen der Studierenden: Letztere befürchten, dass die Ergebnisse der Evaluation von den Lehrenden nicht ernst genommen werden und die Evaluation letztlich ohne Konsequenzen bleiben wird. Die Lehrenden hingegen sehen sich überwiegend in ihrer Lehrtätigkeit bestätigt, geben aber auch an, dass sie die kritische Hinweise, die sie im Rahmen der Evaluation erhalten haben, als wichtige Anregungen zur Verbesserung ihrer Lehrtätigkeit aufnehmen wollen. Diese Ergebnisse betonen die Notwendigkeit, den Dialog zwischen den Beteiligten auch über pädagogische und didaktische Fragen in Zukunft noch weiter auszubauen.

Für das kommende Studienjahr angedacht sind in Zusammenarbeit mit der Senatsbeauftragten für Didaktik Frau Prof. Dr. Kohler-Gehrig u. a. didaktische Angebote für die Lehrenden zum Medieneinsatz sowie zum Teamlernen im Rahmen von Lehrveranstaltungen. Außerdem muss abgeklärt werden, ob die Durchschnittsprofile über die Evaluationsergebnisse im eigenen Studiengang den DozentInnen mitgeteilt werden sollten.

Neben der Lehrevaluation fand in der Innenverwaltung sowie in der Steuerverwaltung eine Befragung der Studienanfänger statt. Dieser Fragebogen wurde im Sommer 2008 grund-

sätzlich überarbeitet und erweitert, so dass er im kommenden Studienjahr in der neuen Form zum Einsatz kommen wird.

Entsprechend des umfassenden Evaluationskonzeptes der HVF (vgl. Rektor-Bericht 2006/7), das den schrittweisen Ausbau der Evaluation an der Hochschule vorsieht, wurde neben der Studienanfängerbefragung die Umsetzung von zwei weiteren Evaluationsbausteinen im kommenden Jahr vorbereitet. Hierzu wurde ein Fragebogen zur Arbeitssituation und zu Zielen der HVF für die DozentInnen sowie Fragebögen für eine AbsolventInnen- und Vorgesetztenbefragung entwickelt, die im kommenden Studienjahr Anwendung finden werden.

1.4. Öffentlichkeitsarbeit

1.4.1. Publikationen

Prof. Eberhard Ziegler

Für die Außendarstellung der Hochschule ist die Hochschulzeitschrift DIALOG von zentraler Bedeutung, die unter der Redaktion von Prof. Ziegler zweimal jährlich in einer Auflage von 3500 Exemplaren erscheint.

Nachdem in der Vergangenheit in einem kontinuierlichen Veränderungsprozess die Zeitschrift in ihrem Layout und ihrer inhaltlichen Ausrichtung weiterentwickelt wurde (vgl. die Rektorberichte der letzten Jahre), konnte im Berichtszeitraum auf diese Entwicklung aufgebaut werden.

So wurden in der Artikelserie „Karrieren“, in der jeweils drei Absolventen der Studiengänge unserer Hochschule, die seit ein, fünf bzw. zehn Jahren in der Praxis tätig sind, ihre berufliche Entwicklung nach dem Studium schildern, nunmehr alle Studiengänge der Hochschule einschließlich des Masterstudiengangs vorgestellt.

In der Rubrik „Studierende interviewen“ wurden mit dem Präsidenten des Gemeindetags, Roger Kehle, und mit Oberbürgermeisterin Ursula Keck prominente Gesprächspartner von Studierenden interviewt.

Darüber hinaus wurden im gesamten Berichtszeitraum in den Rubriken „Titel“, „Forum“, „Praxis“ und „Hochschule“ bedeutsame Beiträge von Professoren, Lehrbeauftragten, aber auch von Studierenden veröffentlicht, die auf eine erfreuliche Resonanz in der Leserschaft stießen. Über die Veranstaltungen der Hochschule, des Vereins der Freunde der Hochschule und des Ludwigsburger Instituts für innovative Projekte (LIP) wurde ebenfalls umfassend berichtet.

Die wachsende Anerkennung des Dialogs lässt sich insbesondere an der zunehmenden Zahl positiver Rückmeldungen und Veröffentlichungswünsche ablesen. So schrieb z.B. Bürgermeister Warthon (Benningen) an die Redaktion: „Mit großem Interesse verfolge ich immer verschiedene Abhandlungen, die in der Zeitschrift „Dialog“ veröffentlicht werden. Im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit als Dozent für kommunales Wirtschaftsrecht an der Hochschule würde ich Ihnen gerne anbieten, einen Fachbericht über den kommunalen Finanzausgleich zu veröffentlichen...“.

1.4.2. Pressearbeit

Florian Kunz

Die Hochschule hat ihre Pressearbeit erfolgreich fortgesetzt. Im Schnitt wurde alle zwei Wochen eine Presseerklärung herausgegeben. Zu den großen Veranstaltungen im Berichtszeitraum (Dritter Europäischer Hochschultag im Dezember 2007, OneStopEurope-

Konferenz im April 2008) wurden Journalisten an die Hochschule geladen, und es fanden Hintergrundgespräche mit Pressevertretern vor Ort statt.

Für den Aufbau eines Presse-Netzwerkes wurde Anfang des Jahres mithilfe einer PR-Agentur eine Kartei mit Kontaktadressen zu über 150 regionalen und überregionalen Zeitungen, Zeitschriften und Fachpublikationen erstellt. Sie wird kontinuierlich ergänzt und erweitert und hat sich besonders bei der publizistischen Verwertung von Veranstaltungen sehr gut bewährt.

Darüber hinaus wird über die Hochschule regelmäßig in der Verwaltungszeitung Baden-Württemberg berichtet, dem Organ des Verbands der Verwaltungsbeamten. Gute Verbindungen bestehen auch zum Staatsanzeiger, der immer wieder über Themen und Veranstaltungen aus der Hochschule berichtet.

1.4.3. Werbung für einzelne Studiengänge

Prof. Eberhard Ziegler
Florian Kunz

An den jährlich stattfindenden Studientagen der Hochschule konnten regelmäßig ca. 150 Schülerinnen und Schüler begrüßt werden. „Neugierige Blicke schweifen am Mittwochmorgen im B-Foyer der Fachhochschule Ludwigsburg umher: Interessierte Schüler aus ganz Baden-Württemberg nutzten den Studientag am 21. November 2007, um die Hochschule mit ihren verschiedenen Studiengängen näher unter die Lupe zu nehmen“, berichtete z.B. die Verwaltungszeitung Baden-Württemberg.

Die von Prof. Ziegler mit Studierenden organisierte Veranstaltung beginnt mit einer persönlichen Begrüßung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, wozu Brezeln und Getränke gereicht werden. Gerade durch diese persönliche Ausrichtung, die die gesamte Veranstaltung prägt, vermag sich unsere Hochschule der großen Konkurrenz von Massenhochschulen wie z.B. den Universitäten Stuttgart und Tübingen, an denen am gleichen Tag der Studientag angeboten wird, zu erwehren. In einer anschließenden Talk-Runde – moderiert von SWR-Redakteur Knut Bauer – werden alle Studiengänge der Hochschule durch Studierende vorgestellt. Danach erfolgt eine Aufteilung in Kleingruppen zur Präsentation der einzelnen Studiengänge und zur Teilnahme an einer Original-Vorlesung. Ebenfalls in Kleingruppen erfolgt durch Studierende unserer Hochschule eine Führung durch die hochschulinternen Einrichtungen wie Rechenzentrum, Bibliothek, Studierendensekretariat etc. Um einen ersten Eindruck vom studentischen Leben zu ermöglichen steht auch eine Besichtigung des Studentendorfes und den unterschiedlichen Unterbringungsmöglichkeiten in den Wohnheimen auf dem Programm.

Die Ausbildungsbroschüre „Public Management“ musste infolge der Einführung des Bachelor-Studiengangs – im Zusammenwirken mit der Hochschule Kehl – weitgehend überarbeitet und aktualisiert werden. Die Druckkosten wurden dankenswerterweise wie im vergangenen Jahr vom Innenministerium übernommen.

Die Hochschule beteiligte sich zusammen mit den Stuttgarter Finanzämtern und der Deutschen Rentenversicherung erneut an der Ausbildungsmesse „horizon“ im Haus der Wirtschaft. Der gemeinsame Auftritt hat sich für beide Seiten als vorteilhaft erwiesen und soll im kommenden Jahr wieder stattfinden. Eine steigende Nachfrage der angebotenen Studiengänge konnte auch durch die rege Ausleihe unseres Messestandes an umliegende Gemeinden für Städte- und Wirtschaftsmessen festgestellt werden.

Um die Kooperation von Ausbildungsbehörden und Hochschule auch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit voranzubringen, wurden Verhandlungen über gemeinsam zu nutzende Werbemittel wie Inserate, Flyer, Broschüren und Einleger aufgenommen.

Für die Bewerbung des Masterstudiengangs wurden Kontakte zu deutschsprachigen Auslandszeitungen geknüpft. Ein Bericht über Aufbau und Ablauf des Studiengangs wurde von Zeitungen in Rumänien, Bulgarien, Russland und Kasachstan veröffentlicht.

1.4.4. Kindern den Studienalltag begreifbar machen (KinderUniversität)

Nach zwei erfolgreichen Semestern Kinderuniversität musste die Hochschule in diesem Jahr aus Kapazitätsgründen leider aussetzen. Für 2009 ist eine Veranstaltung von Prof. Loos über die Geschichte des Geldes geplant.

1.4.5. Hochschulradio

Im Berichtszeitraum ruhte die Mitarbeit am HochschulRadio Stuttgart, bedingt durch die personelle Veränderung in der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit. Die technische Situation ist nach wie vor unbefriedigend, da das HochschulRadio im Raum Ludwigsburg aus geographischen Gründen nicht über Antenne, sondern nur im Internet zu empfangen ist. Die Hochschule bemüht sich gemeinsam mit der Pädagogischen Hochschule und der Evangelischen Fachhochschule um eine entsprechende Ausdehnung der Sendefrequenz.

1.4.6. Interne Öffentlichkeitsarbeit

Florian Kunz

Die Presse-Infowände in den Bauteilen 4 und 6 wurden täglich aktualisiert und zum Teil von Professoren und Studierenden ergänzt. Von den über die Aktivitäten der Hochschule und ihrer Angehörigen veröffentlichten Artikeln wurde ein Pressespiegel erstellt und den Mitgliedern der Hochschulleitung ausgehändigt.

Im Zuge der geänderten Errichtungsverordnung hat die Hochschule ihr Logo dem neuen Namen angepasst und grafisch überarbeitet. Für die flächendeckende Einführung auf Schreibvorlagen und Beschilderungen etc. wurde ein Projektplan entwickelt, der seit Juli umgesetzt wird.

Um die Neugestaltung des Internetauftritts vorzubereiten, wurden mehrere Workshops durchgeführt und ein Projektteam aus Öffentlichkeitsarbeit und Bibliothek gebildet. Dieses hat im Verlauf mehrerer Monate die Webseite der Hochschule einer umfassenden Revision unterzogen. Noch fehlende Abteilungen erhielten eigene Seiteneinträge, die bestehenden Einträge wurden überarbeitet und stilistisch vereinheitlicht.

1.4.7 Personelle Situation

Die personelle Ausstattung des Bereichs Öffentlichkeitsarbeit ist nach wie vor unbefriedigend. Es fehlt an dauerhafter Verwaltungskapazität, die für die kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit die Verantwortung übernimmt. Seit dem 01.12.2007 ist eine Verwaltungskraft auf Mittelbasis im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig, die auch noch andere Projekte betreut. Solange keine Stelle bewilligt ist, kann diese Kraft lediglich in aus Haushaltsmitteln finanzierten Projekten beschäftigt werden.

1.5. Verein der Freunde

Kanzler Walter Veigel

1.5.1 Zahl der Mitglieder

Im Berichtszeitraum war ein geringer Mitgliederschwund zu verzeichnen. Am 31.12.2007 hatte der Verein 1 254 Mitglieder.

1.5.2 Finanzielle Zuwendungen an die Hochschule

Der Verein hat die Fachhochschule durch die Gewährung von Zuschüssen finanziell für Folgendes unterstützt:

- studentische Exkursionen im In- und Ausland
- Seminare und Workshops
- Zuschüsse für Aktivitäten des AStA und des Studentenrats
- Übernahme von Versicherungsprämien für Veranstaltungen der Studierenden
- Abos für Fachzeitschriften und Tageszeitungen
- Auszeichnung der Preisträger
- Herausgabe der Hochschulbroschüre
- Druckkostenzuschuss für den „Dialog“
- Zuschüsse zur Durchführung der Diplomierungsfeiern

Dafür wurden folgende Mittel aufgebracht:

- im Jahr 2007 14 825 €
- im Jahr 2008 ca. 17 000 €

1.5.3 Auszeichnung der Preisträger

Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, die besten Absolventen der einzelnen Studiengänge wie folgt bei der jährlichen Diplomierungsfeier mit einer Urkunde und durch Preise auszuzeichnen:

- Bester Absolvent V-Zweig
- Bester Absolvent W-Zweig
- Bester Absolvent Rentenversicherung
- Bester Absolvent Allgemeine Finanzverwaltung
- Bester Absolvent Steuerverwaltung
- Zweitbester Absolvent Steuerverwaltung

Neben den vom Vereinsvorsitzenden eingeworbenen wertvollen Sach- und Geldspenden von der kommunalen Seite und der Württembergischen Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie erhielten die Preisträger vom Verein jeweils eine Geldspende. Erstmals wurde in der Diplomierungsfeier am 26.09.2008 im Forum Ludwigsburg vom Oberbürgermeister Spec Geldpreise der Stadt Ludwigsburg für die beiden besten Diplomarbeiten und vom Hauptgeschäftsführer des Städtetags Herrn OB a.D. Gläser ein Geldpreis an den Jahrgangsbesten des Studiengangs Innenverwaltung verliehen.

1.5.4 Sonstige Aktivitäten

Der Fachwissenschaftliche Tag fand bei den Vereinsmitgliedern, aber auch bei sonstigen Interessierten, wieder regen Zuspruch. Es wurde das Thema „Herausforderung Demografischer Wandel“ behandelt.

Studienreise

In der Zeit vom 19. bis 23.5.2008 führte der Verein für seine Mitglieder unter der Leitung seines Geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes, Prof. Peter Raviol, eine Studienreise nach Oberitalien durch. Höhepunkte der Studienreise waren:

- Empfang bei der Stadtverwaltung Genua mit einem Vortrag zum Thema „Wirtschaftliche Unternehmen der Stadt Genua am Beispiel der Palazzo Ducale AG“
- Stadtrundgang und Möglichkeit zur Hafentrundfahrt
- Besuch des Europaberatungsbüros der Stadt Genua

- AIPA Antenna Milan – European Training Centre for Social Affairs and Public Health Care (CEFASS) mit einem Vortrag zum Thema „Geliebtes Chaos Italien“ Politik, Wirtschaft und Kultur des Nachbarn im Süden.
- Stadtrundfahrt in Mailand
- Schifffahrt auf dem Comer See
- Besichtigung von Bellagio und/oder Menaggio
- Besuch der deutsch/italienischen Begegnungsstätte Villa Vigoni mit einem Vortrag zum Thema: „Das öffentliche Finanzwesen in Italien: Staatshaushaltsplan, Steuereinnahmen, Finanzverfassung“ Dr. E. W. Tamarindo, Universität Genua, IREF-Berater

1.6. Hochschuleinrichtungen

1.6.1. Informationszentrum

Im Jahr 2005 bildete die Hochschule ein Informationszentrum (IZ) als zentrale Betriebseinrichtung im Sinne von § 28 Abs. 2 Landeshochschulgesetz. Aufgaben und Organisation des IZ regelt auf der Grundlage von § 13 der Grundordnung der Hochschule die Verwaltungsordnung für das IZ. Im IZ arbeiten die Einrichtungen der Hochschule zusammen, die mit deren Versorgung mit Literatur und neuen Medien sowie mit der Durchführung von Kommunikations- und Informationsverarbeitung befasst sind. Das IZ der Hochschule Ludwigsburg besteht aus den Abteilungen Bibliothek und Rechenzentrum. Jede Abteilung hat eigene Kernkompetenzen, die vom Lenkungsrat des IZ festgelegt werden. Die beiden Leiter der Abteilungen bilden gemeinsam mit einem Mitglied des Rektorats den Lenkungsrat des IZ. Dieser leitet das IZ als Kollegialorgan. Den Vorsitz hat das Mitglied des Rektorats. Der Lenkungsrat wird vom Nutzerausschuss beraten (beratender Senatsausschuss).

Aufgabe des IZ ist die Versorgung der Hochschule mit Literatur und anderen Medien, die Koordinierung, Planung, Verwaltung und der Betrieb von Diensten und Systemen im Rahmen der Kommunikations- und Informationstechnik. Weitere Ziele sind die Zusammenarbeit mit externen Einrichtungen und Personen, die Koordination der interdisziplinären Zusammenarbeit und die Unterstützung anwendungsbezogener Forschungs- und Entwicklungsprojekte.

1.6.2. Rechenzentrum

Prorektor Prof. Wolfgang Rieth

Im Rechenzentrum kam es 2008 erneut zu einem personellen Wechsel: Der seitherige Abteilungsleiter wechselte zur Universität Stuttgart. Die Stelle wird vorerst nicht wieder besetzt und kommissarisch vom zuständigen Prorektor wahrgenommen.

Die Hochschule verfügt aktuell über eine gute bis sehr gute Ausstattung im Bereich der DV-Infrastruktur sowohl für Studierende und Lehrende als auch für die Hochschulverwaltung, die jedoch in Teilen in die Jahre gekommen ist. Während die PC-Arbeitsplätze mit relativ neuen Geräten bestückt sind, sind viele Arbeitsplatzdrucker mittlerweile 9 Jahre alt und müssen ausgetauscht werden. Ebenfalls grundlegend zu erneuern ist die Serverlandschaft der Hochschule. Hier ist vorgesehen, auch auf externe Dienstleister zurückzugreifen. Zu diesem Zweck hat die Hochschule in 2008 einen externen Sachverständigen als Berater hinzugezogen.

Auch die Angebote im Softwarebereich sind relativ umfassend. Hier sind neben der selbstverständlichen Office-Palette insbesondere die Anbindungen an die wesentlichsten Recherche- und Wissensdatenbanken zu nennen, aber auch Angebote für Praktika in wichtiger Anwendungssoftware. Kooperationen mit privaten und öffentlichen Stellen haben sich bewährt. In enger Zusammenarbeit mit der DATEV wird u.a. ein Übungsfinanzamt

und eine Übungssteuerkanzlei für die Steuerverwaltung betrieben. Praktika in der aktuellen Finanzverwaltungssoftware für die Innenverwaltung finden in enger und sehr bewährter Kooperation mit dem Regionalen Rechenzentrum in Stuttgart und der Datenzentrale statt.

Eigene Entwicklungen im Rahmen anwendungsbezogener Forschung, teilweise aus Mitteln des LARS-Projektes finanziert, unterstützen die interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Lehre in der Hochschule. Dazu gehört das Projekt Online-Dokumente BGB und das Projekt Recht im Internet von Frau Prof. Dr. Kohler-Gehrig, Web-gestützte Wissenstools wie die Linkbibliothek und die Dokumentendatenbank, sowie ein auf die speziellen Bedürfnisse der Hochschule zugeschnittenes Online-Anmelde- und Verwaltungssystem für sämtliche mitarbeitsintensiven Veranstaltungen, welches aus einem eigenen studentischen Projekt entstanden ist.

Zur Qualitätssicherung betreibt und administriert das Rechenzentrum mit dem EvaSys-Server das hochschulinterne Evaluationssystem.

Die Hochschule ermöglicht für Studierende und Lehrende den Fernzugriff auf das persönliche Laufwerk und den persönlichen DV-Arbeitsplatz und hat Web-basierte Werkzeuge für den Bereich der Lehrorganisation entwickelt bzw. bereitgestellt. In der Testphase sind verschiedene Plattformen zur Implementierung von e-Learning-Angeboten, wobei die Hochschule dem Ilias-Verbund angeschlossen ist und dieses Tool letztlich als einheitliches e-Learning-Angebot für die Hochschule ausbauen möchte

Im Bereich der Hochschulverwaltung finden neben Office-Standard-Anwendungen ganz überwiegend HIS-Programme Anwendung. Für den Bereich der Innenverwaltung wurde jüngst mit HIS-ZUL ein weiteres Produkt dieser Familie eingeführt. Die Module HIS-Bau und HIS SuperX befinden sich im Aufbau. Die Mitarbeiter werden durch ein Schulungsprogramm regelmäßig auf dem aktuellen Stand gehalten.

In 2008 hat die Hochschule den elektronischen Hochschul- bzw. Studierendenausweis mit erheblichen Investitionskosten eingeführt. Die Prüfungsprogramme (HIS-POS) werden in Zusammenarbeit mit der HIS Studiengang für Studiengang auf die neuen Bachelor-Studiengänge umgestellt. Die PHP-MySQL-Tools für die Veranstaltungsadministration und den Zulassungstest wurden und werden grundlegend überarbeitet. Die Veranstaltungsanmeldungen werden an die Bachelor-Strukturen angepasst. Der Zulassungstest wurde komplett auf eine Online-Version umgestellt. Geplant ist derzeit der Ausbau der Online-Selbstbedienungsfunktionen auf HIS-Basis.

1.6.3. Bibliothek

Dipl.Bibl. Michael Söffge

Die positive Bilanz der HVF-Bibliothek setzt sich erfreulicherweise auch im neuen Jahresbericht fort.

a) Medienbestand

Der Bibliothek standen und stehen in den Haushaltsjahren 2007 und 2008 an Haushaltsmitteln 205.700 € und 239.000 € zur Verfügung. Aus diesen Mitteln wurden im Berichtszeitraum insgesamt 3911 Bände, Periodika und Fortsetzungsabos bezahlt. Das hohe Niveau des Medienbestandes konnte in allen relevanten Bestandsgruppen gehalten werden.

b) Bestandsaufbau

Durch die gute Mittelvergabe verfügt die Bibliothek in allen Bestandsgruppen über neueste Auflagen. Lehrbücher und Fallsammlungen konnten zudem gestaffelt angeschafft werden. Bei der Anfertigung der Diplomarbeiten wurden Literaturempfehlungen berücksichtigt und

beschafft. Das Zeitschriftenangebot konnte gehalten und darüber hinaus erweitert werden. Einzelne Bestandsgruppen konnten inhaltlich aktualisiert und umstrukturiert werden, um eine übersichtlichere Recherche zu ermöglichen.

Mit der Einführung des Hochschulschriftenservers OPUS und umfangreicher Werbung bei den Studierenden erreichte die Bibliothek 2008 bei 75 Studierenden ein Einverständnis zur Veröffentlichung ihrer Arbeit. (Ein Großteil der restlichen Arbeiten ist mit einem Sperrvermerk versehen und von einer VÖ ausgeschlossen.) Im Jahr 2007 waren es nur 17 Freigaben.

c) Ausleihe

Im Rahmen eines momentan durchgeführten Sonderprojektes ist eine vollständige Erfassung sämtlicher Medien in das Bibliothekssystem LIBERO bis Sommer 2009 vorgesehen. Durch immer größere Treffermengen bei Recherchen ist die Anzahl der Medienausleihen in den vergangenen Jahren expansionsartig angestiegen. Im Berichtszeitraum belief sich die Jahresausleihe (inkl. Verlängerungen und Fernleihe) auf 102.107.

Seit SS 2007 können erstmals auch alle PH-Studierenden an der HVF-Bibliothek ausleihen. Dieser Service wird jedoch kaum genutzt.

d) Fernleihe

Die im Oktober 2006 eingeführte Fernleihe konnte sofort beeindruckende Zahlen aufweisen. Über die nehmende Fernleihe wurden im Berichtszeitraum 517 Medien bestellt. In der gebende Fernleihe wurden bis August 2008 992 Anfragen positiv erfüllt. Damit hat die HVF-Bibliothek ihren festen Platz als wichtiger Literaturversorger im Großraum Stuttgart und Umgebung. Die dabei anfallenden Portokosten sind durch die FL-Gebühr und den Finanzausgleich der teilnehmenden Bibliotheken für die HVF gering.

e) Mahnwesen

Im Berichtszeitraum wurden in 1399 Mahnungen insgesamt 2952 Medien angemahnt. Die Mahneinnahmen beliefen sich auf 3304,55 € (inkl. Fernleihgebühren). Dies entspricht in etwa den Vorjahreswerten.

f) EDV-System und Datenbanken

Die Einführung der Chipkarte von Intercard zum SS 2008 war für die Bibliothek leider nur teilweise ein Erfolg. Die Nutzung als Bibliotheksausweis konnte in Zusammenarbeit mit dem RZ problemlos realisiert werden. Die geplante Schnittstelle zwischen Intercard und LIBERO, um alle anfallenden Bibliotheksgebühren künftig elektronisch über ein Kassensystem abzuwickeln, konnte von Lib-IT nicht realisiert werden.

Das breite Spektrum an vorhandenen Datenbanken wie z.B. Juris oder Beck-Online konnte trotz massiver Preisanstiege gehalten werden.

Durch die Verlagerung der Bachelorthesis in die Praxisphase wird ein Heim-Zugang für Studierende auf die Datenbanken der HVF mittels VPN oder CITRIX mit dem Rechenzentrum zeitnah realisiert.

g) Bibliothekseinführungen und Veranstaltungen

Im Berichtszeitraum wurden für die Studierenden 6 Pflicht-Einführungen als Großveranstaltungen in die allgemeine Bibliotheksbenutzung durchgeführt. Des Weiteren fanden 8 Schulungen zur Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten und zur Einführung in die Datenbanken der HVF statt, um die Diplomanden möglichst optimal auf die Diplomarbeit vorzubereiten.

Die jährlich im Oktober stattfindende Fachbuchpräsentation mit fünf der wichtigsten Verlage für Recht, Steuer und Wirtschaft aus Stuttgart und Umgebung erfreute sich wie jedes Jahr größter Beliebtheit.

h) Personal

Aus gesundheitlichen Gründen war eine achtzigprozentige Stelle im technischen Bereich von März bis August 2008 nicht besetzt. Die Mehrbelastung musste weitgehend vom bibliothekarischen Fachpersonal aufgefangen werden. Ab September 2008 ist die Stelle voraussichtlich wieder besetzt.

i) Öffnungszeiten

Auf Wunsch von Studierenden und Dozenten wurden die Öffnungszeiten der Bibliothek von September 2007 bis März 2008 an vier Wochentagen um jeweils drei Stunden erweitert. Durch den Einsatz von studentischen Hilfskräften war die Bibliothek daher an drei Wochentagen bis 20.00 Uhr geöffnet. Dieser Service wurde sehr gut angenommen.

Aufgrund der großen Resonanz wurde die Erweiterung ab April 2008 mit jeweils 2 Stunden Erweiterung fortgeführt. Die Statistik zeigt jedoch, dass außerhalb der Anfertigungsphase von wissenschaftlichen Arbeiten kaum ein Studierender die Bibliothek in den Abendstunden nutzt. Dagegen wird die Öffnung ab 7.30 Uhr weiterhin bestens genutzt, um vor Unterrichtsbeginn Bücher abzugeben oder zu entleihen.

1.7. Neuentwicklungen in Studium und Lehre

1.7.1. Zulassungsverfahren im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst

Prorektor Prof. Wolfgang Rieth

Die HVF Ludwigsburg und die FH Kehl übernahmen im Sommer 2006 von den vier Regierungspräsidien das Zulassungsverfahren und die Personalverwaltung im Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst. Die Reduzierung von vier auf zwei verwaltende Stellen spart Kosten und stellt die Hochschulverwaltungen vor neue Herausforderungen, die sie sehr gut meistern. Das Zulassungsverfahren, das im Herbst 2008 schon für den dritten Studienjahrgang durchgeführt wird, hat die Stellung der Hochschulen Ludwigsburg und Kehl im Ausbildungssystem gestärkt. Das Verfahren stellt sicher, dass die vorhandenen Ausbildungskapazitäten ausgeschöpft werden, und führt durch die Auswahltests an der Hochschule und durch die Auswahlgespräche in den Praxisstellen dazu, dass nur gut qualifizierte Studierende zugelassen werden. Die Attraktivität des Studiums zeigt sich in der steigenden Bewerberzahl für die 500 Studienplätze (2007: 2.518, 2008: 2.850).

Jahr (Ausbildungsbeginn)	Bewerberzahl im Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst
1996	2.679
1997	2.267
1998	1.996
1999	1.694
2000	1.947
2001	2.068
2002	1 910
2003	2 359
2004	2 811
2005	2 894
2006	2 908
2007	2 518
2008	2 850

Der Ablauf des Zulassungsverfahrens gestaltet sich wie folgt:

- Festlegung der Zulassungszahl durch das Innenministerium
- Bewerbung bei der jeweiligen Hochschule bis zum 01.10.
- Eignungstests bei der Hochschule im November
- Vorläufige Zulassung aufgrund eines Rankings aus Schulnote und Testergebnis
- Bewerbung und Vorstellungsgespräch bei der Ausbildungsstelle
- Abschließender Bescheid über die endgültige Zulassung durch die Hochschule.

Das Zulassungsverfahren wird seitens der beiden Hochschulen einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess unterzogen. Regelmäßige Evaluationen und Workshops führen zur Verkürzung der Dauer des Verfahrens und zur Qualitätsverbesserung. So wurde in 2008 erstmals der Zulassungstest auf ein webbasiertes Verfahren umgestellt und der Bewerbungsschluss um 2 Wochen vorverlegt.

Die erfolgreiche Durchführung des Zulassungsverfahrens im Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst führte zu dem Vorschlag der HVF Ludwigsburg an die Fachressorts und an die Ausbildungsbehörden, der Hochschule auch das Zulassungsverfahren der anderen Studiengänge zu übertragen.

1.7.2. Masterstudiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement – EU“

Studiendekan Prof. Dieter Kies, Diplomverwaltungswirtin Stephanie Forscht

Der mittlerweile mit dem 8. Studierendenjahrgang an den Hochschulen Ludwigsburg und Kehl durchgeführte Masterstudiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement – EU“ ist ein interdisziplinärer Vollzeitaufbaustudiengang, dessen Ziel es in erster Linie ist, den Studierenden ein vertieftes Verständnis der Verwaltungs-, Rechts- und Sozialstrukturen einschließlich ihrer Verfahren sowie der Politik, Wirtschaft und Kultur der Mitgliedstaaten der EU und der europäischen Institutionen zu vermitteln. Dabei sind die im halbjährigen Auslandspraktikum gewonnenen Erfahrungen in den Bereichen Organisation, Sprachkompetenz und interkulturelle Kommunikation von besonderer Bedeutung. Ein Charakteristikum des Masterstudienganges stellt die Zusammensetzung der Studierenden dar, da hier Absolventen der beiden Verwaltungshochschulen Ludwigsburg und Kehl gemeinsam mit Absolventen aus Universitäten und anderen Hochschulen aus dem In- und Ausland das Studium durchführen.

Re-Akkreditierung

Im Berichtszeitraum stand die inzwischen fast abgeschlossene Re-Akkreditierung im Mittelpunkt des Geschehens. Mehrfache Sitzungen und Telefonkonferenzen mit den für die Hochschule Kehl an diesem Projekt mitarbeitenden Kollegen Studiendekan Prof. Dr. Fieguth und seiner Mitarbeiterin Frau Jenne prägten hier die Arbeit. In diesem Zusammenhang mussten zunächst die Modulbeschreibungen überarbeitet und teilweise neu formuliert werden. Das neue Modulhandbuch ist jetzt aufgrund der „modernen Optik“ überschaubarer und übersichtlicher. Auch wurde die bisherige Umrechnung der 45-minütigen Vorlesungsstunden in 60-Minuten-Einheiten aufgegeben. Eine wahre Herkulesarbeit war der eigentliche Akkreditierungsantrag. Dieser beschreibt auf 66 Seiten zunächst allgemein die am Studiengang beteiligten Hochschulen Kehl und Ludwigsburg, im Anschluss werden die auf den Studiengang bezogenen Kriterien zur Re-Akkreditierung ausführlich dargestellt. Nach Erläuterung der rechtlichen Grundlagen und des Prüfungssystems stehen die Qualitätssicherung sowie die wesentlichen Änderungen im Studiengang seit der Akkreditierung in 2004 im Mittelpunkt. Mit besonderem Stolz konnte über die Exkursionen sowie die Beteiligung der Studierenden an europapolitischen Veranstaltungen berichtet werden. Auch die erstellte Übersicht zum Verbleib der bisherigen Absolventen ließ das Profil des Studienganges deutlich hervortreten.

Im Anhang zum Re-Akkreditierungsantrag wurde eine Vielzahl von Anlagen zur Dokumentation zusammengestellt. Neben dem Personalhandbuch, sämtlichen Rechtsgrundlagen, Gremienbeschlüssen und Protokollen wurden die Prüfungsurkunden und ausgewählte Abschlussarbeiten erfolgreicher Absolventen aufgenommen. Besonderen Fleiß erforderten insgesamt dreizehn Tabellen zu Personal- und Finanzausstattung und zu den bisher erreichten Abschlüssen der Absolventen. Neuland musste mit der Erstellung einer Lehrverflechtungsmatrix betreten werden. Für diesen außergewöhnlichen Arbeitseinsatz, der mit großem Engagement zum Teil bis in die späten Abendstunden von unseren Mitarbeiterinnen geleistet wurde, an dieser Stelle ein besonders großes DANKE.

Am 9. Juli 2008 fand an der HS Kehl die Vor-Ort-Begehung durch die Gutachter der ZEVA statt. In mehreren Gesprächsrunden wurden die Fragen der Peergroup rund um unseren Studiengang beantwortet. Von der Hochschule Ludwigsburg beteiligten sich die folgenden Personen an den Gesprächen: Rektor Prof. Walter Maier, Prof. Dr. Helmut Hopp, Prof. Thomas Schad, Prof. Dieter Kies, Prof. Dr. Kathrin Hänel, Prof. Dr. Dorit Loos, Prof. Dr. Volkmar Kese und Prof. Manfred Matjeka. Zunächst standen die beiden Hochschulleitungen Rede und Antwort, wobei sich die Peergroup für die Entwicklungsplanung der Hochschule, die Stellung des Masterstudienganges im Kontext der Hochschule, dessen Profil und Entwicklungsperspektiven, die Personalplanung, Kooperationen, Ausstattung und vor

allem die Qualitätssicherung interessierte. Danach kamen aktuelle sowie ehemalige Studierende des Masterstudienganges zu Wort. Die Peergroup hatte Fragen zu folgenden Themen: Studienprogramm und Studieninhalte, Studienorganisation und -verlauf, Workload, Prüfungen, Beratung und Betreuung der Studierenden, Arbeitsbedingungen, Praktika und Exkursionen sowie – auch hier – die Qualitätssicherung. In der letzten Gesprächsrunde mit den Programmverantwortlichen widmete man sich den Ausbildungszielen, dem Arbeitsmarkt und dem Berufserfolg der Absolventen, dem Curriculum und dem Studienverlauf, Lehrinhalten und Lehrmethoden, der Beratung und Betreuung der Studierenden, der Prüfungsorganisation sowie den Prüfungsergebnissen (Themen, Niveau und Standards). Besonders interessierte sich die Peergroup für das Marketingkonzept des Studienganges und dessen Auswirkung auf Bewerberzahlen, Studienanfänger und -abbrecher, Absolventenzahlen sowie die Qualitätssicherung und das Qualitätsmanagement. In einem Abschlussgespräch legten die Gutachter den Programmverantwortlichen und den Hochschulleitungen bereits ihren Gesamteindruck dar. Es wurde erkennbar, dass die Re-Akkreditierung wohl erfolgreich abgeschlossen werden kann. Eine kurze Information zur Terminplanung und zum weiteren Procedere schloss das Treffen ab.

Bereits Ende Juli erhielten die Hochschulen den Bewertungsbericht der Peergroup, der äußerst positiv ausgefallen ist. Die hierin aufgeworfenen Fragen und Anregungen konnten seitens unserer Hochschule mit einer Stellungnahme beantwortet werden. Unmittelbare Auswirkungen ergeben sich zunächst für das 4. Semester: hier wird die Präsentation des Praktikumsberichts künftig zeitlich und organisatorisch vom Masterkolloquium getrennt und das Modulhandbuch entsprechend geändert werden. In Arbeit sind hinsichtlich des Praktikums auch der Aufbau einer Datenbank sowie die Erstellung einer Rahmenvereinbarung mit den Praktikumsstellen. Ferner werden wir künftig darauf zu achten haben, dass die Lehrevaluation bereits während des laufenden Semesters erfolgt. In diesem Zusammenhang sollte die Erhebung zum einen so rechtzeitig vor Semesterschluss erfolgen, dass die Ergebnisse noch aussagekräftig sind. Sie sollte zum anderen früh genug durchgeführt werden, so dass die Ergebnisse noch im laufenden Semester bzw. in der betreffenden Veranstaltung besprochen werden können. Dies würde es ggf. auch ermöglichen, positiven Einfluss auf die noch laufende Veranstaltung auszuüben. Letztlich wird es künftig auch darum gehen, den Anteil englischsprachiger Lehrveranstaltungen zu erhöhen. Diesbezüglich bitte ich jeden am Studiengang Mitwirkenden zu prüfen, ob er nicht zumindest einen Teil seiner Lehrveranstaltungen in englischer Sprache abhalten kann.

Studienjahrgang 2005

Der erstmals viersemestrige Studienjahrgang 2005, der sich als besonders aktiver Kurs bewiesen hatte, konnte am 26. September 2007 – erstmals im würdigen Rahmen der Villa Reitzenstein – die Masterfeier durchführen. Der Hausherr, Herr Staats- und Europaminister Willi Stächele ließ es sich bei dieser Gelegenheit natürlich nicht nehmen, den Festvortrag zu halten und den neuen „Masters of Arts“ ihre Urkunde zu überreichen. Bei dieser Masterurkunde handelte es sich erstmals um ein in deutscher und englischer Sprache ausgestelltes Zeugnis (sog. Transcript of records), welches – internationalen Standards entsprechend – um ein Diploma Supplement ergänzt wurde.

Unter den Studierenden des Jahrganges 2005 war nur ein ausländischer Studierender, der einmal mehr von der Corvinus-Universität Budapest kam. Die Zahl der Studierenden, die zuvor ein Studium an der Hochschule Ludwigsburg absolviert hatten, betrug sechs, von der HS Kehl waren zwei Studierende im Jahrgang vertreten. Im Verlauf des ersten Semesters schieden jedoch drei Studierende aus, da sie sich im Nachhinein für ein anderes Studium entschieden.

Studienjahrgang 2006

In dem mit der Rekordzahl von 18 Studierenden im Oktober 2006 gestartete Studienjahrgang 2006 befanden sich zwei ausländische Studierende: Erstmals nahm am Masterstudiengang eine Studierende aus St. Petersburg / Russland teil; die zweite Ausländerin im Jahrgang kam von der Corvinus-Universität Budapest. Sechs Studierende hatten zuvor an der HS Ludwigsburg, drei an der HS Kehl studiert; fünf Studierende hatten ein Universitätsstudium absolviert.

Wie die Vorjahrgänge auch war der Jahrgang 2006 sehr kreativ beim Finden von interessanten Praktikastellen: neben der Vertretung des Landes Baden-Württemberg und anderen Einrichtungen in Brüssel absolvierten die Studierenden ihre Praktika in Sibiu / Rumänien, in Bozen/Italien, in Lodz/Polen, in Nancy/Frankreich, in Canterbury/Neuseeland, in Ghana und sogar bei der UNO in New York/USA.

Drei Studierende mussten während des Praktikums ihr Studium aus persönlichen Gründen (Schwangerschaften, Krankheit) unterbrechen, ein Studierender war bereits im Verlauf des ersten Semesters ausgeschieden.

Das wahlweise an den HS Ludwigsburg und Kehl angebotene 4. Semester wurde von 10 Studierenden an der HS Ludwigsburg durchgeführt. Erstmals wurde hierbei – bereits einen Wunsch der Gutachterkommission bei der Re-Akkreditierung vorwegnehmend – die Präsentation der Praktikumsberichte zeitlich und organisatorisch getrennt vom Masterkolloquium durchgeführt.

Die Abschlussfeier des Studienjahrgangs 2006 fand am 24. September 2008 in der Karlskaserne in Ludwigsburg statt. Die Veranstaltung wurde mit einem Grußwort des Gastgebers, Herrn Oberbürgermeister Werner Spec, eröffnet. Nach den Grußworten der Rektoren der beiden den Masterstudiengang tragenden Hochschulen konnte Frau Ekaterina Mingaleeva als Vertreterin der Studierenden in einer teils ernstem, teils humorvollen Ansprache die Aufmerksamkeit der zahlreichen Gäste gewinnen. Nach weiteren Grußworten der beiden Studiendekane stand die Festrede des Ministers für Europa- und Bundesangelegenheiten im Staatsministerium, Herrn Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, MdL, im Mittelpunkt. Zahlreiche Berührungspunkte zwischen Masterstudierenden und Staatsministerium, insbesondere bei den Praktika, zeigten die besondere Bedeutung des Studienganges für das Land Baden-Württemberg auf. Auch die Übergabe der Zeugnisse an die frischgebackenen Masters ließ sich der Minister natürlich nicht nehmen. Umrahmt wurde die Veranstaltung durch die musikalischen Leistungen des Ludwigsburger Hochschul-Duos Annika Leonberger und Hansjörg Neumann.

Studienjahrgang 2007

Am 2. Oktober 2007 begann der siebte Jahrgang das Masterstudium an der HS Ludwigsburg. Mit der neuen Rekordzahl von 22 Studierenden wurde die im Akkreditierungsbescheid der ZEvA ausgesprochene Empfehlung, das Kontingent von 25 Studienplätzen auszuschöpfen, fast erfüllt. Die Eröffnungsfeier wurde eingeleitet durch eine Rede von Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp. Nach der Begrüßung durch Studiendekan Prof. Dieter Kies und Grußworten von Frau Andrea Tchitchi, M.A. und Nicola Bodner, M.A. für die ehemaligen Masterabsolventen stellten die im Studiengang eingesetzten Professoren und Lehrbeauftragten ihre Fächer vor. Als neue Kollegin wurde Frau Dr. Perron begrüßt, die im Modul Politik und Geschichte mitwirkt. Nach der Mittagspause stellte der für den Masterstudiengang zuständige Studiendekan der HS Kehl, Prof. Dr. Gert Fieguth, das Programm des zweiten Semesters vor, ehe die in Ludwigsburg angebotenen drei Wahlpflichtfächer durch deren Anbieter den Studierenden präsentiert wurden. Eine Feier mit alten und neuen Masters und den Dozenten schlossen den Tag ab.

Die Studierenden im Jahrgang 2007 setzten sich wie folgt zusammen: drei Studierende aus Ungarn, zwei Studierende aus Russland, zwei Studierende aus Bulgarien, eine Studierende aus der Ukraine, eine Studierende aus Lettland, eine Studierende aus Albanien sowie 12 Studierende aus Deutschland. Bereits in den ersten Tagen schieden drei Studierende aus, da sie sich für ein anderes Studium bzw. eine Arbeitsstelle entschieden. 12 Studierende hatten zuvor ein Studium an einer Universität absolviert.

Erster Höhepunkt im 1. Semester außerhalb der Hochschule war eine eineinhalbtägige Exkursion zum Europäischen Gerichtshof in Luxemburg. Neben der Teilnahme an einer mündlichen Verhandlung des Gerichts blieben ein Vortrag des Mitarbeiters der Generalanwältin Prof. Dr. Kokott, Herrn Thomas Henze, in bleibender Erinnerung. Eine weitere Exkursion führte im Februar nach Budapest, wo die Studierenden des Jahrgangs 2007 durch eine Informationsveranstaltung an der Corvinus-Universität auf den Studiengang aufmerksam machten.

Da bei den Abschlussklausuren des ersten Semesters des Jahrganges 2007-2009 eine ungewohnt große Zahl nicht bestanden wurden, wurde von den Studiengangleitungen in Kehl und Ludwigsburg beschlossen, diese Prüfungen zeitnah – noch während des 2. Semesters in Kehl – zu wiederholen. Um die bei den Prüfungen festgestellten Schwächen der Masterstudierenden zu beseitigen, werden im Juni und Juli spezielle „Stützkurse“ durchgeführt, in welchen in einem Repetitorium das Wissen des ersten Semesters wiederholt und vertieft sowie auf zu wiederholenden Klausuren vorbereitet wird. Fast alle Wiederholungsprüfungen wurden bestanden, eine Studierende musste allerdings nach wiederholtem Nichtbestehen aus dem Masterstudiengang ausscheiden.

Derzeit absolvieren die Studierenden des Jahrgangs 2007 ihre Praktika in Brüssel und an anderen Orten in Europa.

Studienjahrgang 2008

An drei Tagen im Juli und August 2008 fand das diesjährige „Eignungsfeststellungsverfahren“ statt. Von den insgesamt 45 Bewerber/n/-innen wurden 40 zu diesen Terminen eingeladen. Nachdem sich die Bewerber/n/-innen vorgestellt und ihre Motivation für den Studiengang dargelegt hatten, wurden in verschiedenen Gesprächsrunden mit Prorektor Prof. Dr. Hopp, Prof. Dr. Fieguth, Frau Prof. in Dr. Hänel und mir nach persönlichen Stärken und Schwächen gefragt, nach den Vorstellungen zum Studienablauf – insbesondere zu dessen Workload und den Unterschieden zum bisherigen Studium – zu dessen Finanzierung. Aufschlussreich waren auch die in englischer Sprache geführten Runden, in denen es z.B. um die Europakennnisse der Bewerber ging oder um die Ergebnisse einer Gruppenarbeit zu präsentieren. Um die von der Peergroup gewünschte Erhöhung der Studierendenzahl – bekanntlich haben wir ja eine Obergrenze von 25 Studierenden – zu erreichen und aus der Erfahrung, dass vor Studienbeginn noch einige Absagen zugelassener Studierender eingehen, wurden für den Masterjahrgang 2008-2010 im Ergebnis 32 Bewerber/-innen zugelassen. Hierbei sind nach einhelliger Einschätzung der Zulassungskommission eine ganze Reihe hervorragender Studierender dabei, auf deren Teilnahme am Masterstudiengang ich mich schon jetzt freue. Von den 32 zugelassenen Studierenden sind 20 weiblich – 12 männlich, 8 mit ausländischer und 24 mit deutscher Staatsangehörigkeit. Das Gros der ausländischen Studierenden begann Mitte September in einem Propädeutikum damit, die deutschen Sprachkenntnisse, insbesondere in der „Verwaltungssprache“, zu verbessern. Auffallend im neuen Vorlesungsplan ist, dass diesmal – auf entsprechenden Wunsch der Studierenden in der Sitzung der Studienkommission – „geblockt“ wurde: Die Lehrveranstaltungen in Modul 1 „Europarecht“ werden ihren Schwerpunkt zu Beginn des Semesters haben, auch die Klausur in Modul 1 soll zeitlich auf einen früheren Termin verlagert werden. Die Exkursion nach Luxemburg (21. – 23. Oktober 2008), die erstmals gemeinsam mit den Studierenden des Masterstudiengangs European

Studies (MEUS) der Universität Tübingen durchgeführt wird, wirft bereits ihre Schatten voraus. Auf dem Arbeitsprogramm in Luxemburg stehen Termine beim Europäischen Gerichtshof, der Europäischen Investitionsbank und dem Europäischen Rechnungshof.

Das am 1. Oktober beginnende Studium wird nach dem Stand vom 30.09.2008 von 22 Studierenden aufgenommen werden. Hierunter werden wiederum zwei ungarische sowie zwei russische Studierende sein, erstmals sind Studierende aus Bosnien, aus Litauen und aus Rumänien mit dabei. Einen universitären Abschluss haben neun Studierende, vier Studierende haben zuvor ein Studium an den Hochschulen Ludwigsburg bzw. Kehl absolviert.

Marketing

Zur Steigerung der Studierendenzahl haben verstärkte Anstrengungen im Werbebereich beigetragen. Zu nennen sind hier zum einen besondere Informationsveranstaltungen an den den Masterstudiengang tragenden Hochschulen. Da ein beträchtlicher Teil unserer Bewerber in den letzten Jahren von anderen Hochschulen sowie aus den Staaten Osteuropas kamen, wurde die Werbung „vor Ort“ verstärkt. In deutschsprachigen Zeitungen in Osteuropa z.B. in Rumänien in der „Siebenbürgischen Zeitung“, in Bulgarien im „Wirtschaftsblatt“ sowie in der in Zentralasien erscheinenden „Deutsch-Russischen Wochenzeitung“ wurden jeweils Artikel über den Masterstudiengang veröffentlicht. Bereits im Dezember 2007 war der Kollege Prof. Dr. Kese in Rumänien und hat dort an der Babes-Bolyai-Universität u.a. Bewerbergespräche mit positivem Ausgang geführt. Durch die Studierenden des Jahrgangs 2007-2009 konnte an der Corvinus-Universität in Budapest der Studiengang vorgestellt werden. Durch Prof. Raviol und Prof. Kies wurden im Anschluss an diese Veranstaltung erste Bewerbergespräche geführt. Weitere Informationsveranstaltungen an der Hogeschool Leeuwarden/Holland, an der Hochschule der sächsischen Verwaltung in Meißen, an der Hochschule Nürtingen/Geislingen und anlässlich des Besuchs einer Studierendengruppe der Universität Saratow sollen dazu beitragen, die Qualität und die Quantität der Bewerber/-innen für den Masterstudiengang zu steigern.

Als Marketingmaßnahme war der Masterstudiengang durch Studiendekan Prof. Dieter Kies an den „Deutsch – Ungarischen Hochschultagen“ vom 26. bis 27. September 2008 in Budapest beteiligt. An zwei Tagen wurde hier in Form einer Informationsmesse und in Vortragsveranstaltungen – veranstaltet vom DAAD – über das deutsche Hochschulsystem, die Studien- und Forschungsmöglichkeiten an deutschen Hochschulen und die deutschsprachigen Studiengänge in Ungarn informiert. Unterstützt wurde der Studiendekan bei dieser Veranstaltung von den beiden ungarischen Masterstudierenden Anita Keresztes JG 06 und Csilla Csapo JG 07.

1.7.3. Master-Studiengang „Public Management“

Die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg hat mit dem Entwicklungsprozess eines neuen berufsbegleitenden Masterstudiengangs Master of Arts (M. A.) – Public Management begonnen. Hintergrund für die Notwendigkeit dieses Masterstudiengangs ist vor allem, dass die mit Führungsaufgaben betrauten Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung aufgrund des Funktionswandels nicht nur die herkömmlichen öffentlichen Aufgaben erfüllen müssen, sondern vermehrt Managementaufgaben zu übernehmen haben (Planung, Organisation, Budgetierung). Die Anforderungen an Führungs- und Führungsnachwuchskräfte in den Bereichen Bildung, Haushalts- und Finanzpolitik, Politische Ökonomie, Integrationspolitik und Wissensmanagement u.a.m. steigen und erfordern deshalb interdisziplinäre Handlungsstrategien.

Die Studieninhalte sollen insbesondere auch zur Vorbereitung auf die Übernahme von Führungspositionen geeignet sein, z. B. Teamleiter, Projektleiter, Referatsleiter, Amtslei-

ter, Bürgermeister, Geschäftsführer u. a. m. Folgende Umsetzungsschritte sind zügig eingeleitet worden:

- Konstituierende Sitzungen der Lenkungsgruppen in Ludwigsburg und Kehl, einschließlich einer Gesamtlenkungsgruppe
- Entwicklung von Micro- und Meso-Zeitplänen für die zeitnahe Durchführung der nächsten Planungsschritte
- Treffen der Lenkungsgruppe Ludwigsburg mit den Input-gebenden Fachkollegen des Hauses zur Entwicklung der fachlichen Modulgruppen und ihren inhaltlichen Teilmodule
- Zusammenführung der curricularen Entwicklungspapiere von Ludwigsburg und Kehl zur Vorlage für das Gespräch mit den Spitzenverbänden
- Entwicklung eines Organisationsplanes für einen Workshop „Curricularer Input“ im Oktober 2008 und zügiger Beginn seiner Umsetzung. Da die gesamte Konzeption des Studiengangs möglichst exakt die Bedürfnisse der kommunalen und staatlichen Praxis hinsichtlich ihrer zukünftigen Führungspersönlichkeiten abbilden soll, hat die Hochschule eingeladen zur Durchführung eines eintägigen Workshops mit Parlamentariern, Ministerialvertretern, Bürgermeistern, Landräten, Vertretern der Kommunalen Spitzen, und zahlreichen weiteren Experten mit dem Ziel, die fachlichen Inhalte dieses Weiterbildungsangebotes von Vertretern der Praxis mitgestalten zu lassen.

1.7.4. Kontaktstudiengang für Führungskräfte der Justiz

Seit 2002 bietet die Hochschule für Verwaltung und Finanzen in Kooperation mit dem Justizministerium unter Federführung von Prorektor Prof. Dr. Hopp einen Kontaktstudiengang für Führungskräfte der Justiz- und der Justizvollzugsverwaltung an. Dabei werden vor allem Inhalte der Öffentlichen Betriebswirtschaftslehre und des Public Management vermittelt. Seit 2006 wird die Weiterqualifizierung im Rahmen eines Blended-Learning-Konzeptes durchgeführt. Dies bedeutet, dass der Studiengang im Wechsel Präsenz- und E-Learning-Phasen umfasst. Durch kürzere Präsenzzeiten an der Hochschule können die Teilnehmer die Weiterbildung besser mit ihren jeweiligen verantwortungsvollen Positionen in der Justizverwaltung vereinbaren.

Am 3. Dezember 2007 begann die Weiterbildung mit der ersten viertägigen Präsenzphase. Weitere Vorlesungen finden im März, im Juli und im Oktober 2008 statt. Dazwischen liegen drei E-Learning-Phasen, die von den Teilnehmer/innen am Arbeitsplatz und damit im angeleiteten Selbststudium absolviert werden müssen. Im Bildungsportal des Justizministeriums stehen den Justizbeamten dafür elektronische Skripten sowie begleitende Diskussions- und Chatforen zur Verfügung, über die auch während der E-Learning-Phasen ein enger Kontakt zu den Dozenten besteht. Den Abschluss der Weiterbildung bilden Kolloquien, in denen die Teilnehmer nachweisen müssen, dass sie das Gelernte in die Praxis umsetzen können.

1.7.5. Kontaktstudiengang „Neues kommunales Haushalts- und Rechnungswesen“

Nachdem das Anhörungsverfahren zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts eingeleitet wurde, bietet die Hochschule Ludwigsburg einen Studienlehrgang zum Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen unter der Leitung von Prof. Ade, Prorektor Prof. Rieth und Prof. Steck an. Mit großem Erfolg startete die von der Hochschule angebotene Anpassungsfortbildung für Mitarbeiter aus den kommunalen Finanzabteilungen zum neuen kommunalen Haushaltsrecht. Aufgrund der übergroßen Nachfrage musste der erste Kurs im Sommersemester doppelt durchgeführt werden. Ein weiterer Kurs im Wintersemester ist ausgebucht, ebenso der erste Kurs im Sommersemester 2009. Die Evaluation der insgesamt an 6 Freitag-Nachmittagen stattfindenden Veranstaltung ergab eine sehr positive

Resonanz für die Hochschule, die mit solchen Fortbildungsmaßnahmen am Puls der Zeit liegt.

1.7.6. Kontaktstudiengang „Kommunaler Bilanzbuchhalter“

Mit 17 Teilnehmern ebenfalls fast ausgebucht ist der im Oktober 2008 startende Kontaktstudiengang „Kommunaler Bilanzbuchhalter“, der gemeinsam mit der VWA Stuttgart durchgeführt wird. In Räumen der Hochschule, von qualifizierten Dozenten der Hochschule durchgeführt und mit einem Hochschulzertifikat abschließend werden insbesondere Mitarbeiter/innen aus den kommunalen Finanzverwaltungen auf die Herausforderungen des neuen kommunalen Haushaltsrechts vorbereitet. Insgesamt 240 Präsenzstunden und 180 Selbstlernerheiten sind von den Teilnehmer/innen zu absolvieren und mit Modulprüfungen abzuschließen. Die Kurse finden jeweils Donnerstag bis Samstag ganztags an der Hochschule in Ludwigsburg statt. Die Teilnehmer erhalten zum Abschluss ein Hochschulzertifikat.

Der Kontaktstudiengang sieht ein Studierendenmodell vor: Studierende mit Vertiefungsbereich Finanzen haben die Möglichkeit, ihre Modulprüfungen auf den Kontaktstudiengang anrechnen zu lassen und so ebenfalls das Abschlusszertifikat zu erhalten.

1.7.7. Joint Master mit den Hochschulen Gabrovo, Gent und Budapest

Im September 2007 kamen die Hochschulen Gabrovo (Bulgarien), Gent (Belgien), Budapest (Ungarn) und Ludwigsburg überein, für 2008 einen Antrag auf Förderung im Lifelong-Learning-Programm der EU (Curricularentwicklung) einzureichen. In weniger als einem halben Jahr gelang es in aufwändiger multinationaler Teamarbeit gemeinsam den über 100-seitigen Antrag zu erarbeiten und fristgerecht einzureichen. Ziel war es, das Curriculum für einen sogenannten Joint-Master-Studiengang (Master in Public Administration and Management in Europe) gemeinsam zu entwickeln. Der Studiengang sollte semesterweise wechselnd an den vier Partnerhochschulen in englischer Sprache stattfinden und mit einem gemeinsamen Abschluss enden.

Im Juli 2008 erreichte uns die Nachricht, dass der Antrag in der Konkurrenz mit zahlreichen anderen Anträgen aus ganz Europa nur denkbar knapp gescheitert war, verbunden mit Hinweisen, wie der Antrag zu verbessern wäre. Die beteiligten Hochschulen haben mittlerweile vereinbart, den Antrag zu überarbeiten und in 2009 erneut einzureichen.

1.8. Prüfungsamt

OAR Claus Wendolsky

1.8.1. Aufgaben des Prüfungsamtes

Das Prüfungsamt ist für sämtliche Prüfungen und sonstige Leistungsnachweise an der Hochschule zuständig. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfüllen in diesem Zusammenhang zunächst die für Prüfungsämter der Hochschulen obligatorischen Aufgaben:

- Auswertung der Noten und Errechnung der Prüfungsergebnisse,
- Erstellung der Prüfungszeugnisse, der Diplomurkunden und der sonstigen Bescheinigungen,
- Beschaffung und Aktualisierung der für die Prüfungen notwendigen Informationen,
- Regelung der Prüfungszulassungen, -rücktritte und -verlängerungen,
- Beratung der Prüfungsausschüsse bei Problemstellungen und damit Gewährleistung der Einheitlichkeit der Auslegung von Gesetzen und Prüfungsordnungen,
- Erarbeitung neuer Studien- und Prüfungsordnungen bzw. Anpassung an neue bzw. veränderte gesetzliche Vorschriften (einschließlich Stellungnahmen),

- Durchführung des Widerspruchs- und Klageverfahrens in Prüfungsangelegenheiten.

Das Prüfungsamt ist zudem für die gesamte Organisation und operative Durchführung der Prüfungen zuständig. Insofern werden auch die nachstehenden Aufgaben fast ausschließlich durch das Personal des Prüfungsamtes erledigt:

- Terminplanung und Prüfungskoordination,
- Bestellung der Klausursteller, Korrektoren und Gutachter für Diplomarbeiten in Kooperation mit den jeweiligen Fachbereichen,
- Berechnung der Vergütungen für die Aufgabensteller, die Korrektoren, die Gutachter und das Aufsichtspersonal,
- Raumplanung und Bereitstellung der Prüfungsräume,
- Gewinnung und Einweisung des Aufsichtspersonals in Kooperation mit den staatlichen und kommunalen Behörden(450 bis 500 Aufsichtspersonen pro Jahr),
- Terminüberwachung des Eingangs der Klausuraufgaben,
- Drucklegung, Sortierung, Verpackung und Versand der Klausuren und Diplomarbeiten,
- Erstellen der durch die jeweiligen Prüfungsordnungen vorgeschriebenen Leistungsbeurteilungen,
- Ausgabe der Diplomarbeitsthemen sowie Entgegennahme der Diplomarbeiten und Gutachten,
- Organisation und Überwachung aller schriftlichen und mündlichen Prüfungsveranstaltungen,
- Registrierung des fristgerechten Eingangs der korrigierten Klausuren und Diplomarbeiten,
- Organisation der Registratur der Klausuren und die Einsichtnahmen durch die Prüflinge.

Inzwischen haben in allen Studiengängen die ersten Bachelor-Jahrgänge begonnen. Im Oktober 2007 ging der erste BA-Jahrgang des Studiengangs Steuerverwaltung an den Start. Im März 2008 folgte der Studiengang Public Management/Gehobener Verwaltungsdienst. Die Studiengänge Allgemeine Finanzverwaltung und Rentenversicherung haben ihre ersten BA-Jahrgänge im September bzw. Oktober 2008 begonnen. In den Bachelor-Studiengängen sind studienbegleitende und modulabschließende Prüfungen die Regel. Modulprüfungen erfolgen dem gemäß in bzw. nach jedem Semester, so dass insgesamt mehr Einzelprüfungsleistungen zu organisieren sind als nach dem alten System. Bis zum Jahre 2010 werden Prüfungen in den Diplom-Studiengängen noch parallel zu den Prüfungen in den Bachelor-Studiengängen durchzuführen sein.

In der folgenden Zusammenstellung ist die Gesamtzahl der schriftlichen Klausuren dokumentiert, die in den abgelaufenen Studienjahren vom Prüfungsamt gewährleistet werden mussten:

**Zahl der schriftlichen Aufsichts-, Prüfungs- und Diplomarbeiten
im Studienjahr 2007 / 2008 (*in Klammern Zweitkorrekturen)**

	Prüfungskandidaten		Schriftliche Arbeiten pro Prüfling	Schriftliche Arbeiten insgesamt
Steuer- verwaltung	- Aufsichtsarbeit G I	213	5	1065
	- Zwischenprüfung	213	5	1065 (*1650)
	- Aufsichtsarbeit G II	201	6	1206
	- Abschlussarbeit G III	201	6	1206
	- Aufsichtsarbeit HS	240	6	1440
	- Testklausuren	ca.600	2	1200
	- Hausarbeiten	240	1	240
	- Staatsprüfung	240	6	1440 (*1440)
Innen- verwaltung	- Zwischenprüfung	185	9	1665 (*1665)
	- PU Klausuren W-Zweig	60	9	540
	- Staatsprüfung (V + W)	146	10	1460 (*1460)
	- Diplomar- arbeiten	146	1	164 (*164)
	- Modulprü- fungen BA	200	2	400
Renten- versicherung	- Zwischenprüfung	38	9	342 (*342)
	- Staatsprüfung	36	9	324 (*324)
	- Diplomarbeiten	36	1	36 (*36)
Allgemeine Finanzverw.	- Zwischenprüfung	37	6	222 (*222)
	- Staatsprüfung	33	7	231 (*231)
	- Diplomarbeiten	33	1	33 (*33)
MPA	- Klausuren 1. Semester	21	5	105 (*105)
	- Masterthesen	11	1	11 (*11)
Archivare	- Abschlussklausuren	10	2	20
Zusammen				22.087
In dieser Zusammenstellung sind die Nachterminklausuren der Zwischen- und Staatsprüfungsklausuren sowie die Nachklausuren der Abschlussklausuren des G III (Steuerverwaltung) nicht enthalten				

Die Aufgabenbewältigung im Prüfungsamt unterliegt einem ständigen Wandel. Seit dem Jahr 2003 verwendet das Prüfungsamt ein einheitliches, in den einzelnen Studiengängen variabel einsetzbares Prüfungsprogramm HIS-POS. Das Programm weist Schnittstellen zur Studierendenverwaltung HIS-SOS und zum Haushaltswesen und zur Kosten-/Leistungsrechnung auf. Da diese Software eigentlich für die Bedürfnisse an externen Hochschulen gedacht ist, ist es teilweise schwierig gewesen, die Programme an die speziellen Anforderungen der internen Studiengänge sowie der einzelnen Fakultäten bzw. Prüfungsordnungen anzupassen. Es bedarf einer ständigen Kontrolle und Anpassung. Diese Anpassungs- und Programmierarbeiten werden in enger Kooperation mit den EDV-Mitarbeitern der Verwaltung und der HIS GmbH erarbeitet. Im Jahre 2008 haben die Planungen für die Einführung von HIS-POS im Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement und in den neuen Bachelor-Studiengängen begonnen.

1.8.2. Hochschulweite Prüfungsergebnisse ab 1990

Jahr	Zwischenprüfungen					Staatsprüfungen				
	Prüf-linge gesamt	Männl.	Weibl.	Nicht bestan- den	in %	Prüf-linge gesamt	Männl.	Weibl.	nicht bestan- den	in %
1990	456	144	312	29	6,4	464	169	295	5	1,1
1991	558	168	390	49	8,8	429	132	297	2	0,5
1992	566	179	387	14	2,5	511	148	363	6	1,2
1993	571	191	380	27	4,7	554	177	377	10	1,8
1994	628	244	384	28	4,5	552	186	366	9	1,6
1995	601	229	372	24	4,0	602	232	370	20	3,3
1996	912	359	553	57	6,3	661	253	408	28	4,2
1997	408	144	264	43	10,5	605	235	370	28	4,6
1998	419	134	285	25	6,0	338	142	196	7	2,1
1999	505	209	296	38	7,5	529	205	324	26	4,9
2000	514	193	321	13	2,5	594	232	362	39	6,5
2001	441	143	298	26	5,9	496	197	299	28	5,6
2002	528	161	367	35	6,6	518	197	321	21	4,1
2003	589	190	399	75	12,7	428	140	288	18	4,2
2004	558	180	362	23	4,1	497	156	341	42	8,4
2005	518	172	346	37	7,1	533	168	365	43	8,1
2006	448	172	276	18	4,0	553	179	374	57	10,3
2007	434	148	286	6	1,4	553	175	358	48	11,1
2008	472	134	338	24	5,0	458	156	302	45	9,8

Ab dem Kalenderjahr 1999 sind auch die Ergebnisse der jetzigen Fakultät II (Steuerverwaltung, vormals Hochschule für Finanzen) enthalten.

1.8.3. Ergebnisse der Zwischen- und Staatsprüfungen 2002 – 2008 (Fakultät I)

Zwischenprüfung Innenverwaltung

	Prüfungs- teilnehmer	Weibl.	Männl.	Note gesamt	Note weibl.	Note männl.	Zahl Durch- faller	Durch- faller v.H.
2002	195	154	41	6,54	6,48	6,72	17	8,72
2003	234	160	74	6,12	6,02	6,37	49	20,94
2004	202	138	51	7,35	---	---	13	6,44
2005	186	125	61	6,90	---	---	30	16,1
2006	162	100	62	6,16	---	---	14	8,60
2007	160	108	52	7,16	---	---	5	3,13
2008	183	137	46	7,55	-	-	10	5,46

Zwischenprüfung Rentenversicherung

	Prüfungs- teilnehmer	Weibl.	Männl.	Note gesamt	Note Weibl.	Note männl.	Zahl Durch- faller	Durch- faller v.H.
2002	60	46	14	6,26	6,08	6,84	9	15,00
2003	63	41	22	6,69	6,40	6,72	6	9,52
2004	61	42	16	6,67	---	---	2	3,28
2005	46	37	9	7,53	---	---	3	6,52
2006	38	33	5	7,35	---	---	0	0
2007	36	25	11	7,62	---	---	0	0
2008	38	30	8	7,24	-	-	0	0

Zwischenprüfung Allgemeine Finanzverwaltung

	Prüfungs- teilnehmer	Weibl.	Männl.	Note gesamt	Note Weibl.	Note männl.	Zahl Durch- faller	Durch- faller v.H.
2002	40	29	11	7,62	7,51	7,89	1	2,50
2003	36	26	10	7,54	8,15	5,95	4	11,11
2004	43	26	17	8,50	8,99	7,77	1	2,33
2005	33	15	18	8,88	10,13	7,85	0	---
2006	34	23	11	9,11	---	---	1	2,94
2007	34	22	12	9,17	---	---	0	0
2008	38	22	16	10,11	-	-	0	0

Staatsprüfung Innenverwaltung V-Zweig

	Prüfungs- teilnehmer	weiblich	männlich	Note ge- samt	Note weiblich	Note männlich	Durch- faller	Durch- faller v.H.
2002	128	92	36	8,08	8,25	7,66	3	2,34
2003	93	70	23	8,68	8,79	8,34	3	3,23
2004	108	83	25	8,09	8,11	8,04	2	1,85
2005	136	102	34	8,19	---	---	4	2,94
2006	128	100	28	8,76	---	---	2	1,56
2007	113	81	32	8,84	---	---	2	1,77
2008	89	61	28	8,78	-	-	3	3,37

Staatsprüfung Innenverwaltung W-Zweig

	Prüfungs- teilnehmer	weiblich	männlich	Note ge- samt	Note weiblich	Note männlich	Durch- faller	Durch- faller v.H.
2002	76	39	37	8,45	8,09	8,83	2	2,63
2003	57	39	18	9,11	9,02	9,31	1	1,75
2004	71	57	14	8,90	8,72	9,62	1	1,41
2005	73	41	32	8,75	---	---	2	2,74
2006	66	42	24	9,20	---	---	1	1,52
2007	66	43	23	8,73	---	---	2	3,03
2008	60	35	25	9,38	-	-	0	0

Staatsprüfung Rentenversicherung

	Prüfungs- teilnehmer	weiblich	männlich	Note ge- samt	Note weiblich	Note männlich	Durch- faller	Durch- faller v.H.
2002	44	28	16	8,53	8,78	8,10	1	2,27
2003	47	30	17	7,96	7,64	8,51	0	0,00
2004	51	39	12	8,24	8,04	8,91	1	1,96
2005	57	40	17	8,41	---	---	1	1,75
2006	58	42	16	8,51	---	---	3	5,17
2007	48	39	9	9,43	---	---	1	2,08
2008	36	32	4	9,36	-	-	0	0

Staatsprüfung Allgemeine Finanzverwaltung

	Prüfungs- teilnehmer	weiblich	männlich	Note ge- samt	Note weiblich	Note männlich	Durch- faller	Durch- faller v.H.
2002	32	20	12	9,69	9,85	9,43	0	0,00
2003	34	26	8	9,71	9,99	8,79	0	0,00
2004	39	28	11	9,44	9,53	9,19	0	0,00
2005	34	26	8	9,06	11,02	9,69	1	2,94
2006	41	25	16	10,07	---	---	0	---
2007	33	16	17	10,36	---	---	0	0
2008	33	23	10	11,27	-	-	0	0

1.8.4. Zwischen- und Staatsprüfungen Steuerverwaltung (Fakultät II)

Zwischenprüfungen Steuerverwaltung

Zwischenprüfung 2002		
		in v.H.
Teilnehmer	233	100
Sehr gut	8	3,4
Gut	53	22,7
Befriedigend	91	39,1
Ausreichend	73	31,3
Nicht bestanden	8	3,4

Zwischenprüfung 2003		
		in v.H.
Teilnehmer	272	100
Sehr gut	14	5,1
Gut	61	22,4
Befriedigend	92	33,8
Ausreichend	82	30,1
Nicht bestanden	23	8,4

Zwischenprüfung 2004		
		in v.H.
Teilnehmer	275	100
Sehr gut	8	2,9
Gut	67	24,3
Befriedigend	112	40,7
Ausreichend	58	21,1
Nicht bestanden	30	10,9

Zwischenprüfung 2005		
		in v.H.
Teilnehmer	268	100
Sehr gut	7	2,78
Gut	67	26,59
Befriedigend	126	50,00
Ausreichend	52	20,63
Nicht bestanden	16	5,9

Zwischenprüfung 2006		
		in v.H.
Teilnehmer	216	100
Sehr gut	6	2,84
Gut	69	32,70
Befriedigend	97	45,97
Ausreichend	39	18,48
Nicht bestanden	5	5,80

Zwischenprüfung 2007		
		in v.H.
Teilnehmer	204	100
Sehr gut	9	4,43
Gut	65	32,02
Befriedigend	107	52,71
Ausreichend	22	10,84
Nicht bestanden	1	1,93

	Zwischenprüfung 2008	
		in v.H.
Teilnehmer	213	-
Sehr gut	5	2,51
Gut	45	22,61
Befriedigend	85	42,71
Ausreichend	64	32,16
Nicht bestanden	14	6,57

Staatsprüfungen Steuerverwaltung

Laufbahnprüfung 2002		
		in v.H.
Teilnehmer	238	100
Sehr gut	10	4,2
Gut	66	27,7
Befriedigend	100	42,0
Ausreichend	47	19,7
Nicht bestanden	15	6,3

Laufbahnprüfung 2003		
		in v.H.
Teilnehmer	197	100
Sehr gut	5	2,5
Gut	57	28,9
Befriedigend	97	49,2
Ausreichend	24	12,2
Nicht bestanden	14	7,1

Laufbahnprüfung 2004		
		in v.H.
Teilnehmer	228	100
Sehr gut	7	3,1
Gut	56	24,8
Befriedigend	93	41,3
Ausreichend	31	13,7
Nicht bestanden	38	16,6

Laufbahnprüfung 2005		
		in v.H.
Teilnehmer	234	100
Sehr gut	5	2,5
Gut	48	24,2
Befriedigend	119	60,1
Ausreichend	26	13,1
Nicht bestanden	35	15,0

Laufbahnprüfung 2006		
		in v.H.
Teilnehmer	260	100
Sehr gut	9	4,3
Gut	47	22,4
Befriedigend	110	52,6
Ausreichend	43	20,5
Nicht bestanden	51	19,6

Laufbahnprüfung 2007		
		in v.H.
Teilnehmer	273	100
Sehr gut	3	1,3
Gut	54	23,4
Befriedigend	135	58,7
Ausreichend	38	16,5
Nicht bestanden	43	15,7

	Laufbahnprüfung 2008	
		in v.H.
Teilnehmer	240	100
Sehr gut	3	1,52
Gut	42	21,21
Befriedigend	117	59,09
Ausreichend	36	18,18
Nicht bestanden	42	17,5

2. Berichte aus den Fakultäten

2.1. Fakultät I – Management und Recht

Dekan Prof. Thomas Schad

Studiendekane Prof. Wolfgang Altpeter, Prof. Günther Becker, Prof. Dr. Helmut Erwe

2.1.1. Struktur, Organisation, Studiengänge

Im Bereich der grundständigen Studiengänge betreut die Fakultät I die Diplom- und Bachelorstudiengänge „Gehobener Verwaltungsdienst – Public Management“, „Allgemeine Finanzverwaltung – Public Financial Management“ und „Rentenversicherung – Public Management“. Alle drei Studiengänge wurden 2008 von der Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA) erfolgreich akkreditiert. Der Berichtszeitraum war vom Übergang der bisherigen Diplom- zu den neuen Bachelorstudiengängen geprägt, der die Fakultät wegen eines im SS 2008 im Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst zu bewältigenden Doppeljahrgangs – 200 Studierende zusätzlich - vor gewaltige Herausforderungen gestellt hat. Die Fakultät liefert ferner die rechts-, verwaltungs- und wirtschaftswissenschaftlichen Studienanteile für den Diplomstudiengang Archivwesen der Archivschule Marburg sowie für den neu entwickelten Bachelorstudiengang Bildungsmanagement der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg.

Auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Weiterbildung bietet die Fakultät gemeinsam mit der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl und der Fakultät II seit 2002 mit großem Erfolg den viersemestrigen internationalen Masterstudiengang „Europäisches Verwaltungsmanagement“ an. Das Reakkreditierungsverfahren wurde zwischenzeitlich bei der ZEvA eingeleitet, ist aber noch nicht abgeschlossen. Seit Mitte der 90er Jahre ist die Fakultät Kooperationspartnerin der PH Ludwigsburg bei deren Magisterstudiengang „Kulturmanagement“. Aufgrund starker Nachfrage führte die Fakultät im Berichtszeitraum erstmalig den Kontaktstudiengang „Neues Kommunales Haushalts- und Rechnungswesen“ durch. Für einen weiteren Kontaktstudiengang „Kommunale Bilanzbuchhaltung“ sowie einen berufsbegleitenden Master of Public Management (MPM) wurde die Planungsphase eingeleitet.

In der Fakultät I lehren 34 Professorinnen und Professoren in den Fächern Rechtswissenschaft, Verwaltungsmanagement, Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, Soziologie, Psychologie und Informatik. Eine halbe Professorenstelle ist wegen Teilzeitbeschäftigung einer Kollegin derzeit unbesetzt, 2 Stellen sind im Haushalt gesperrt. Im Berichtszeitraum traten mit den Professoren Dr. Müller-Hedrich (Betriebswirtschaftslehre), Dr. Kirchhoff (Verwaltungsmanagement), Mußmann (Verwaltungsrecht / Staatsrecht) und Hieber (Volks- und Betriebswirtschaftslehre) vier Kollegen in den Ruhestand. Rektor und Dekan haben den Kollegen für ihren hervorragenden Einsatz in Lehre und Forschung der von ihnen vertretenen Fachgebiete und in den von ihnen bekleideten Funktionen in der Hochschulselbstverwaltung gedankt. Prof. Dr. Müller-Hedrich, Prof. Dr. Kirchhoff und Prof. Mußmann waren u.a. jeweils eine Wahlperiode Leiter ihrer Fachbereiche. Im Berichtszeitraum konnten ferner 3 Berufungsverfahren erfolgreich abgeschlossen werden. So konnten für die Lehre in den Fächern Kommunales Wirtschaftsrecht, Betriebs- und Volkswirtschaftslehre sowie Verwaltungsmanagement erstmals seit 10 Jahren wieder Professuren neu besetzt werden. Zu Beginn des WS 2008/09 nehmen die Professoren Buttler (KWR) und Dr. Sievering (VWL/BWL), zu Beginn des SS 2009 nimmt Frau Prof. Dr. Schneider (Verwaltungsmanagement) ihren Dienst auf.

Etwa 40 % der Lehrveranstaltungen werden von Lehrbeauftragten insbesondere aus der Landes- und Kommunalverwaltung, den Verwaltungs- und Zivilgerichten sowie aus Anwaltskanzleien und Wirtschaftsunternehmen abgehalten. Die Forschungstätigkeit der Fakultät liegt auf den Schwerpunkten öffentliches Recht und Privatrecht, Verwaltungsmanagement sowie Kommunalwirtschaft und Europäische Integration. Im Jahr 2007 wurde eine Forschungsstelle für Personal- und Arbeitsrecht neu eingerichtet.

Im Rahmen der Rechtsvorschriften regelt die Fakultät ihre Angelegenheiten selbst. Um ein ordnungsgemäßes Lehrangebot gewährleisten zu können, handeln für die Fakultät der Fakultätsrat, in dem auch vier Vertreter der Studierenden und eine Verwaltungsmitarbeiterin mitwirken, sowie der Fakultätsvorstand mit Dekan und zwei Prodekanen. Der laufende Studienbetrieb wird im Wesentlichen von den Studiendekanen organisiert, die auch jeweils eine Studienkommission in dem von ihnen betreuten Studiengang leiten.

2.1.2. Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst (Innenverwaltung)

Der Studiengang Gehobener Verwaltungsdienst ist generalistisch geprägt und soll sowohl auf die kommunale als auch die staatliche innere Verwaltung vorbereiten. Die inhaltliche Konzeption des bisherigen Diplom-Studienganges, für den im Berichtsjahr zum letzten Mal das Grundstudium durchgeführt wurde, folgt einem Y-Modell. Nach einem einheitlichen Grundstudium differenziert sich der Studiengang in einen klassisch- generalistischen V-Zweig und einen spezialisierten (aber insgesamt immer noch generalistischen) W-Zweig. Die einzelnen rechtswissenschaftlichen Fächer sind im V-Zweig mit ca. der Hälfte und im W-Zweig mit ca. 1/3 der Lehrveranstaltungsstunden vertreten, während die Fächer des wirtschafts-, sozial- und kommunalwissenschaftlichen Bereichs im V-Zweig die andere Hälfte und im W-Zweig ca. 2/3 des Lehrangebots abdecken.

Die interdisziplinäre Ausgestaltung des Studiengangs erfordert an sich schon eine disziplinübergreifende Zusammenarbeit. Zum anderen werden vor allem in den sozialwissenschaftlich und den wirtschaftsorientierten, aber auch bei den rechts- und wirtschaftsorientierten Fächerangeboten auf eine solche interdisziplinäre Zusammenarbeit Wert gelegt. Durch die Einrichtung der fächerübergreifenden Wahlpflichtfächer ist für die Studierenden wie auch für die Dozentinnen und Dozenten die permanente Auseinandersetzung mit der jeweils anderen Disziplin vorprogrammiert.

Der Diplomstudiengang gehobener Verwaltungsdienst wird in den Studienjahren 2008/09 und 2009/10 mit den letzten beiden Hauptstudiumsjahrgängen zu Ende geführt werden.

Mittlerweile wurde der Diplomstudiengang gehobener Verwaltungsdienst in einen Bachelor-Studiengang „gehobener Verwaltungsdienst - Public Management“ umgestaltet. Die weitere Vorbereitung und erstmalige Durchführung des neuen Bachelor-Studiengangs hat die Dozentinnen und Dozenten im Berichtszeitraum erneut und zu einem großen Teil in Anspruch genommen: Seit 3.3.2008 (und damit parallel zum zweiten Grundstudiumssemester des Diplom-Vorgängerjahrganges) befindet sich der erste Jahrgang der künftigen Bachelor of Arts (B.A.) nach dem sechsmonatigen Einführungspraktikum im Grundlagenstudium, das jetzt – im Gegensatz zum 2-semesterigen Grundstudium beim Diplom – drei Semester dauert. Nach einem 14-monatigen Aufenthalt in der Praxis, an deren Ende die Bachelorarbeit zu fertigen ist, folgt ein einsemestriges Vertiefungsstudium in mehreren unterschiedlichen Vertiefungsschwerpunkten, in denen dann eine an verschiedenen Aufgabenbereichen der öffentlichen Verwaltung orientierte Spezialisierung stattfindet. Durch das drei Viertel der Studienzeit umfassende gemeinsame Grundlagenstudium wird aber weiterhin am Generalistenmodell festgehalten.

Der schon bisher beim Diplom verfolgten (s. oben) interdisziplinären Ausrichtung folgt das Bachelormodell verstärkt durch seine modulare, an zu erwerbenden Kompetenzen orientierte Struktur. Durch laufendes Abprüfen am Ende der 1 – 2 Semester dauernden Modul-Lehrveranstaltungen wird nunmehr eine laufende Leistungskontrolle erreicht und die Staatsprüfung durch eine Vielzahl von über die gesamte Studienzeit verteilte Einzelprüfungen abgelegt.

Der erste Bachelor-Jahrgang wird diese Staatsprüfung am Ende des Wintersemesters 2010/11 ablegen, ein halbes Jahr nach dem letzten Diplom-Jahrgang.

2.1.3. Studiengang Allgemeine Finanzverwaltung

Im Studiengang Allgemeine Finanzverwaltung werden für den gehobenen nichttechnischen Dienst der Allgemeinen Finanzverwaltung im Grund- und Hauptstudium jedes Jahr ca. 80 Regierungsinspektorenanwärterinnen und -anwärter zusammen mit den Ausbildungsbehörden (Landesbetrieb Vermögen und Bau sowie Landesamt für Besoldung und Versorgung) betreut. Die Zahl der von den Ausbildungsbehörden zugewiesenen Studierenden wird auch in den nächsten Studienjahren konstant bleiben.

Im Berichtszeitraum wurde die Umstellung des Diplomstudienganges auf einen Bachelorstudiengang zum 1.9.2008 erarbeitet. Die neue Ausbildungs- und Prüfungsordnung des Finanzministeriums (APrOFin gD) ist zum 1. September 2008 in Kraft getreten.

Die schon bisher sehr gute Stellensituation für die Absolventen des Studienganges hat sich im Berichtszeitraum nochmals verbessert. Einerseits ist weiter eine steigende Nachfrage bei den Ausbildungsbehörden selbst zu beobachten, andererseits nehmen die schon bisher sehr guten Berufschancen in anderen Bereichen der öffentlichen Verwaltung und in der Privatwirtschaft weiter zu. Insbesondere in den anderen Verwaltungsbereichen (z.B. Hochschulen, Immobilienverwaltung des Bundes, kirchliche Einrichtungen) und ist ein steigender Bedarf an den den Studiengang prägenden Ausbildungsschwerpunkten Immobilien, Personal und Finanzen zu beobachten. Da künftig im Bachelorstudiengang die praktische Ausbildung auch außerhalb der Ausbildungsbehörden durchgeführt werden kann, wird sich dieser Trend vermutlich noch verstärken.

2.1.4. Studiengang Rentenversicherung

Im Studiengang Rentenversicherung wird der gehobene nichttechnische Dienst für die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg ausgebildet. Die Ausbildungs- und Prüfungsordnung von 1996, geändert im Jahr 2000, bildet das Fundament des Diplom-Studienganges. Im letzten Jahr wurden auch die Vorbereitungen für den Bachelorstudiengang Rentenversicherung abgeschlossen. Mit Datum vom 19./20. Mai 2008 wurde der Studiengang mit dem Hochschulgrad „Bachelor of Arts (B. A.)“ als Abschluss durch die Zentrale Evaluations- und Akkreditierungsagentur Hannover (ZEvA) akkreditiert. Das Grundlagenstudium beginnt zum kommenden Studienjahr. Die Akkreditierung ist zeitlich befristet bis zum 31. August 2013.

Die Einstellungszahlen werden von der Ausbildungsbehörde festgelegt und lagen in jedem Studienjahr bei 40 – 45 Studierenden. Danach konnten jeweils im Grund- und Hauptstudium gut zwei Arbeitsgemeinschaften ausgebildet werden. Mit einem Ansteigen der Studierendenzahl ist allenfalls mittelfristig zu rechnen.

Der Studiendekan bereitet mit den Fachkoordinatoren den Einsatz der Dozenten für das Fachrecht, das sonstige öffentliche Recht, die Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und das Zivilrecht vor. Mitarbeitersintensive Lehrveranstaltungen (Proseminare, Kolloquien, Wahlpflichtfächer) werden, soweit sie nicht studiengangspezifisch sind, für alle Studiengänge hochschulweit ausgeschrieben. Unsere Studenten wählen auch mitarbeitersintensive

Lehrangebote, die nicht studiengangspezifisch sind (z.B. Krankenhausmanagement, Personalrecht) und von Dozenten angeboten werden, die ihre Lehrleistung überwiegend in anderen Studiengängen erbringen. Das erhöht die Flexibilität unserer Studenten auf dem Arbeitsmarkt. Im Angebot der mitarbeitsintensiven Veranstaltungen werden verstärkt Qualifizierungsangebote für berufliche Tätigkeiten außerhalb der Deutschen Rentenversicherung gemacht.

Die besten Absolventen erhielten sofort das Angebot einer Beamtenstelle. Den übrigen Absolventen, soweit sie die Staatsprüfung mit der Note „befriedigend“ oder besser bestanden hatten, wurden von der Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg Übernahmeangebote im 1-jährigen Angestelltenverhältnis gemacht. Danach wurde als Beamte(r) übernommen, wer sich bewährt hatte. Die Bewährung wird gemessen an der Bewertung in der Praxis.

2.2. Fakultät II

Prof. Dr. Ekkehard Bächle, Dekan

2.2.1. Studiengang Steuerverwaltung - Diplomstudiengänge - Bachelorstudiengang

Im Studienjahr 2007/2008 studierten an der Hochschule die Einstellungsjahrgänge 2005, 2006 und 2007 im fachtheoretischen Teil des Steuerstudiums. Das Steuerstudium der Jahrgänge 2005 und 2006 erfolgte im Diplomstudiengang, während für den Jahrgang 2007 bereits das künftige Regelungskonzept für Bachelorstudiengänge angewendet wurde. Der Studienbetrieb für alle Jahrgänge wurde weiter optimiert.

2.2.2. Bachelorstudiengang

Mit der Umstellung des Diplomstudiengangs auf einen Bachelorstudiengang werden die politischen Zielsetzungen der Hochschule und der Fakultät sowie des fachaufsichtsführenden Finanzministeriums umgesetzt. Das Steuerstudium für den Einstellungsjahrgang 2007 wurde auf der Grundlage einer vorläufigen Bachelorordnung ab 01.10.2007 aufgenommen. Noch vor Studienbeginn wurde das Akkreditierungsverfahren bei der Zentralen Evaluations- und Akkreditierungsagentur (ZEvA) in Hannover eingeleitet; es wurde mit einer positiven Entscheidung der ständigen Akkreditierungskommission der ZEvA am 8. Juli 2008 abgeschlossen. Den erfolgreichen Studierenden wird am Ende des Studiums der Hochschulgrad Bachelor of Laws (LL.B.) verliehen. Die Akkreditierung erfolgte für fünf Studienjahre. Die Hochschule wird der ZEvA die von den Hochschulgremien noch zu beschließende endgültige Bachelorordnung vorlegen.

Das Akkreditierungsverfahren band bis zur endgültigen Entscheidung in nicht unerheblichem Umfang die Arbeitskraft des Fakultätsvorstands. Die Anpassung des Lehr- und Prüfungsbetriebs an die Bachelorregelungen wird zu Mehrbelastungen des Lehr- und Verwaltungspersonals führen. Wichtige Aufgabe der Fakultät wird es sein, die Studierenden durch Information und Beratung auf die An- und Herausforderungen der Bachelorisierung einzustellen.

2.2.3. Lehrversorgung

Im Berichtszeitraum standen der Fakultät 29,5 Professorenstellen zur Verfügung. Die Reduzierung der Zahl der Professorenzahlen im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum ist Folge der Prüfungsfeststellungen des Landesrechnungshofs und den daraus resultierenden politischen Entscheidungen des Finanzausschusses des Landtags von Baden-Württemberg. Die Lehrversorgung konnte trotz dieser empfindlichen Maßnahme im Berichtszeitraum sichergestellt werden. Die Zahl der Arbeitsgruppen wurde in den verschiedenen Studienabschnitten des Steuerstudiums verringert. Dies bedeutete, dass sich

die Studierendenzahl pro Arbeitsgruppe erhöhte. Dass derartige administrative Entscheidungen in der Lage sind, die Lehr- und Lernbedingungen im Steuerstudium zu beeinträchtigen, muss nicht besonders erwähnt werden. Die Lehrversorgung wurde auch durch Bestellung zusätzlicher Lehrbeauftragter sichergestellt.

Im Studienjahr 2007/2008 sind die Professoren Konrad Ruf zum 29.02.2008 und Dieter Völkel zum 31.08.2008 in den Ruhestand verabschiedet worden; beide Professoren haben seit dem Jahr 1977 und damit über viele Jahre hinweg ihre Studienfächer fachlich und pädagogisch in hervorragender Weise vertreten. Wegen der Stellenreduzierungen konnten diese beiden Professuren nicht wieder besetzt werden.

Die Leitung der Fachgruppe Verkehrssteuern/Umsatzsteuern hat Prof. Joachim Heinz von Prof. Dieter Völkel übernommen.

Im Hinblick auf die im künftigen Studienjahr 2008/2009 wegen Pensionierung frei werden den zehn Professorenstellen hat die Fakultät entsprechend dem künftigen Lehrbedarf in den einzelnen Modulen bzw. Studienfächern Funktionsbeschreibungen vorgeschlagen; diese wurden von den Gremien der Hochschule beraten bzw. beschlossen und vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst genehmigt. Im Mai 2008 wurden sechs Professuren für Besitz- und Verkehrssteuern mit spezifischen Schwerpunktfächern in den dafür in Frage kommenden Fachmedien ausgeschrieben. Die vom Rektorat im Benehmen mit der Fakultät eingesetzte Berufungskommission wird im ersten Teil des Studienjahrs 2008/2009 die Berufungsverfahren für die zu besetzenden Professuren durchführen.

Zum Ende des Studienjahres 2007/2008 hat der nach seiner Emeritierung noch zwei Jahre lehrende Professor Manfred Hebler der Fakultät mitgeteilt, dass er für das von ihm betreute Studienfach (Informations- und Kommunikationstechnik in der Finanzverwaltung) nicht mehr zur Verfügung stehe. Die Hochschule und die Fakultät haben mit dem Landeszentrum für Datenverarbeitung bei der Oberfinanzdirektion Karlsruhe vereinbart, dass die Lehrversorgung in den genannten Studienfächern von pädagogisch geschulten Experten des Landeszentrums sichergestellt wird. Mit dieser Regelung wird die besonders in diesem Bereich unverzichtbare Praxisorientiertheit des Steuerstudiums nachhaltig gestärkt. Die Fakultät nimmt diese Verwaltungshilfe sehr dankbar entgegen.

2.2.4. Export von Lehrleistungen und Internationalität

Auch im Studienjahr 2007/2008 ergaben sich Lehrimporte und Lehrexporte zwischen den beiden Fakultäten bzw. den diesen zugeordneten Studiengängen.

Mehrere Dozenten der Fakultät haben im Berichtszeitraum wesentliche Teile der Lehre im Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement (EMPA) bestritten. Weitere Lehraufgaben wurden im Kontaktstudiengang Kulturmanagement erfüllt, der von der Pädagogischen Hochschule und der HVF gemeinsam betreut wird. Mehrere Dozenten der Fakultät haben sich in dem von der Stadt Ludwigsburg ins Leben gerufene Projekt Kinderuniversität engagiert. An den vielfältigen Aktivitäten des Auslandsamts der Hochschule haben sich Dozenten und Dozentinnen und erfreulicherweise viele Studierende der Fakultät beteiligt. Prof. Dr. Bächle und Prof. Dr. Horschitz haben beispielsweise gemeinsam mit dem Akademischen Auslandsamt die Exkursion von Studierenden und Dozenten zur Summerschool 2008 an der Universität Wuhan/China (South Central University for Nationality) geplant und durchgeführt. Dozenten und Studierende haben der Universität Wuhan einen namhaften Betrag gespendet, mit dem persönlich von der Erdbebenkatastrophe betroffene Mitglieder der Universität unterstützt werden konnten.

Im Rahmen der Wahlpflichtveranstaltungen der Fakultät zum Europäischem Steuerrecht wurden Besuche bei den Institutionen und Organen der Europäischen Union und bei der Landesvertretung Baden-Württemberg in Brüssel organisiert und durchgeführt.

2.2.5. Verzahnung von Theorie und Praxis

Zahlreiche Beamte der Steuerverwaltung von Baden-Württemberg übernahmen regelmäßig Lehraufträge an der Fakultät und betätigten sich als Mitveranstalter von Wahlpflichtfächern.

Die Professorinnen und Professoren der Fakultät nahmen regelmäßig an den Referentsitzungen des Finanzministeriums Baden-Württemberg und an den steuerfachlichen Veranstaltungen und Fortbildungen der Oberfinanzdirektion Karlsruhe teil. In nicht unbedeutendem Umfang belegten die Professorinnen und Professoren der Fakultät die Fortbildungsveranstaltungen an der Bundesfinanzakademie in Bonn/Brühl.

Der Rektor der Hochschule und die Mitglieder des Fakultätsvorstands nahmen an den Tagungen der Personalreferenten für den Geschäftsbereich des Finanzministeriums, an den Sitzungen der Referenten für Aus- und Fortbildung und an den Zusammenkünften der Ausbildungsleiter/innen bei den Finanzämtern teil.

Regelmäßig sind Arbeits- und Wahlpflichtgruppen zu Gast bei Verfassungs-, Verwaltungs- und Finanzgerichten des Bundes und des Landes. Die Hochschule und die Fakultät pflegen mit ihren Studierenden seit Jahren einen intensiven wissenschaftlichen Kontakt zu wichtigen und großen Unternehmen der Wirtschaft und der Steuerberatung.

Im Januar 2008 hat die Fakultät und die von Professor Wendland und Professorin Dr. Hänel betreute Fachgruppe Sozialwissenschaften die von den Studierenden im Team konzipierten Projektarbeiten der Hochschulöffentlichkeit und der Steuerverwaltung vorgestellt. Insgesamt wurden 42 Arbeiten mit unterschiedlichem Inhalt auf hohem Niveau präsentiert. Behandelt wurden beispielsweise spezifische Steuerproblematiken (Umsatzsteuerbetrug durch Karussellgeschäfte, Steuervereinfachung), Fragen zum Studium (Studienwahl, Bewerbungsverfahren für das Steuerstudium, Lehrmethoden, Evaluation, Qualitätssicherung) und Themen zur finanzamtlichen Praxis (elektronische Steuererklärung, Genderproblematik, Finanzverwaltung als Arbeitgeber, Gesundheitsmanagement in den Finanzämtern).

2.2.6. Qualität der Lehre

Nach der Evaluationssatzung der Hochschule sind sämtliche Lehrveranstaltungen aller hauptberuflich tätigen Dozenten/innen in einem Turnus von zwei Jahren zu evaluieren. Im Studienjahr 2007/2008 hat die Fakultät darüber hinaus den Lehrbeauftragten die Möglichkeit angeboten, ihre Lehrveranstaltungen zu evaluieren. Von diesem Angebot wurde fast ausnahmslos Gebrauch gemacht. Die Evaluationsbeauftragte der Hochschule, Professorin Dr. Hänel, und der Evaluationsbeauftragte der Fakultät, Professor Hottmann, haben über die Durchführung, die erfreulichen Ergebnisse und die Optimierung des weiteren Evaluationsverfahrens den zuständigen Gremien schriftlich und mündlich berichtet.

2.2.7. Prüfungsergebnisse, Übernahmesituation für Studierende

An der Laufbahnprüfung 2008 haben insgesamt 240 Studierende teilgenommen. 42 Studierende haben die Prüfung nicht bestanden; dies entspricht einer Quote von 17,5 v.H.

Die Hochschule und die Fakultät gehen davon aus, dass die Übernahmesituation sich für die Absolventen/innen des Prüfungsjahrgangs 2008 im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren wesentlich verbessert. Es ist zu erwarten, dass jene Absolventen/innen, die ein befriedigendes Laufbahnergebnis (8,0 Punkte oder besser) erreicht haben, in ein Beamtenverhältnis auf Probe bzw. in ein befristetes Arbeitsverhältnis übernommen werden können. Dies sind 81 % derjenigen, welche die Prüfung bestanden haben. Wie bisher werden nicht wenige Absolventen/innen nach ihrer Laufbahnprüfung in weiterführende Studiengänge (Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft, Rechtswissenschaft usw.) einsteigen.

Viele Absolventen/innen haben Stellenangebote aus der Privatwirtschaft, insbesondere bei größeren Unternehmen und Steuerberatungsgesellschaften, angenommen.

2.2.8. Rückblick und Ausblick

Mit der erheblichen Reduzierung der Professorenstellen ist für jede hauptamtliche Lehrkraft eine Verschlechterung des Lehrumfelds und eine deutliche Mehrbelastung im Prüfungsbetrieb verbunden. Die Studenten/innen bedauern, dass die rechnerische Betreuungsrelation zwischen Dozentenschaft und Studierenden verschlechtert worden ist. Die haushaltspolitischen Entscheidungen belasten die Fakultät zu einem Zeitpunkt, in dem mit der Akkreditierung des Steuerstudiums als Bachelorstudiengang weitere Arbeitsbelastungen bei Dozenten/innen und Studierenden eintreten. Die zusätzlichen schriftlichen und mündlichen Prüfungen im Bachelorstudiengang und die qualitativ und quantitativ zeitaufwändigere Beratungs-, Betreuungs- und Prüfungstätigkeit für Bachelorarbeiten müssen mit deutlich weniger wissenschaftlichem Personal bewältigt werden. Hinzu kommt, dass der Prüfungsbetrieb für die Bachelorstudiengänge administrativ und EDV-technisch neu organisiert werden muss.

Die Vielzahl der im Studienjahr 2008/2009 erfolgenden Pensionierungen führt dazu, dass die Professorenschaft zu einem Drittel mit neuen, jungen Kollegen/ Kolleginnen ergänzt wird. Die Hochschule und die Fakultät sind zuversichtlich, dass der personelle Umbau der Dozentenschaft so bewältigt werden kann, dass der Ruf der Hochschule und die Qualität des Steuerstudiums weiterhin als exzellent eingestuft werden können.

3. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Prof. Ute Vondung

3.1. Statistik Studienjahr 2007/2008

Frauenanteil bei den Studierenden im Studienjahr 2007/2008

Studiengänge	Insgesamt	Frauen	Männer	Frauenanteil in % 07/08 (06/07)
Innenverwaltung	502	358	164	71,6 (68)
Steuerverwaltung	673	441	232	66,15 (66)
Rentenversicherung	113	90	23	79,2 (81,5)
Allgemeine Finanzverwaltung	105	67	38	63,65 (61,1)
Masterstudiengang	18	14	4	77,77

Der grundsätzlich hohe Anteil der Studentinnen - auch im Masterstudiengang - hat sich seit dem letzten Bericht nicht geändert; beim Studiengang Innenverwaltung ist sogar eine ansteigende Tendenz zu erkennen. Es ist also nicht gelungen, den Anteil der männlichen Studierenden zu erhöhen. Die Gründe für das rückläufige Interesse männlicher Studienbewerber an den Studiengängen der öffentlichen Verwaltung sind bislang nicht erhoben worden, so dass lediglich Spekulationen darüber bleiben wie z.B. die relativ geringe Eingangsbesoldung unserer Absolventen, was von Frauen möglicherweise wegen der Vorteile der Vereinbarkeit von Beruf und Familie im öffentlichen Dienst eher hingenommen wird.

Frauenanteil der Studierenden in den Gremien im Studienjahr 2007/2008

Gremien	Insgesamt	Frauen	Männer	Frauenanteil in %	
				07/08	(05/06)
ASTA Vorsitz	7	3	4	42,85	(57,1)
			1	0 %	
StuRA	23	10	13	43,47	(60,8)
Senat	4	1	4	25,0	(50,0)
Studienkommissionen:					
Fakultät I					
• Masterstudiengang	4	2	2	50,0	
• Innenverwaltung	4	3	1	75,0	
• Rentenversicherung	4	3	1	75,0	
• Allgemeine Finanz- verwaltung	4	3	1	75,0	
Fakultät II	4	1	3	25,0	(25,0)

Der hohe Anteil von Studentinnen an unserer Hochschule spiegelt sich auch in diesem Berichtszeitraum nur bedingt bei ihrer Vertretung in den Hochschulgremien wider, ja es ist sogar in der Regel eine rückläufige Entwicklung des Engagements von Studentinnen in den Gremien des StuRa und ASTA zu verzeichnen. Insbesondere ist auch die Leitungsfunktion im AStA männlich besetzt.

Erfreulicherweise entspricht die studentische Besetzung der Studienkommissionen der Fakultät I in drei von vier Studiengängen in etwa den Geschlechterverhältnissen der Studierenden. Lediglich in der Studienkommission der Fakultät II sind Studentinnen, gemessen am Anteil an den Studierenden, unterrepräsentiert.

Frauenanteil bei Professuren, Lehraufträgen, Funktionsstellen und in Gremien der Hochschule

	Insgesamt	Frauen	Männer	Frauenanteil in %	
				07/08	(05/06)
Professuren	67	9	58	13,43	(12,6)
Lehrbeauftragte	441	115	326	26,08	(25,4)
Leitungsfunktionen					
Rektorat Dekanate	4	0	4	0,00	(0,00)

Fakultät I	2	0	2	0,00	(0,00)
Fakultät II	2	0	2	0,00	(0,00)
Senat (Professoren)	13	2	11	15,38	(15,38)
Fakultätsräte (Professoren)					
Fakultät I	11	1	10	9,09	(11,1)
Fakultät II	11	0	11	0,00	(0,00)
Studienkommissionen (Professoren)					
- Fakultät I					
• Masterstudiengang	6	0	6	0,0	
• Innenverwaltung	6	1	5	16,0	(16,6)
• Allg. Finanzverw.	5	0	5	0,00	
• Rentenversich.	4	1	3	25,0	(25,0)
- Fakultät II	6	0	6	0,0	(0,00)
Hochschulrat	9	2	7	22,2	(22, 2)

Der **Frauenanteil bei den Professuren** ist seit dem letzten Bericht von 12,6 % auf 13,43 % leicht gestiegen. Dies lässt sich jedoch nicht auf die weitere Berufung einer Frau zurückführen, sondern darauf, dass zwischenzeitlich mehrere männliche Professoren in den Ruhestand getreten sind.

Mit dem Anteil an Professorinnen liegt unsere Hochschule derzeit lediglich geringfügig über dem landesweiten Durchschnitt in Baden-Württemberg von 12,8 %. Die vielen anstehenden Berufungsverfahren in den kommenden Jahren sind daher eine Chance, den Anteil der Professorinnen zu erhöhen.

Der **Frauenanteil bei den Lehrbeauftragten** ist erfreulicherweise höher als beim hauptamtlichen Lehrkörper; dies liegt möglicherweise an den Lehrbeauftragten im Praxisunterricht des Studienganges der Innenverwaltung, da sich hier der hohe Anteil von in der Praxis tätigen Diplomverwaltungswirtinnen niederschlägt.

Die größten Defizite im Hinblick auf die Gleichstellung an der Hochschule finden sich nach wie vor bei der **Repräsentation von Frauen in Funktionsstellen**, bei denen Professorinnen weder im Rektorat noch in den Dekanaten zu finden sind.

3.2. Eigene Aktivitäten

Implementierung von Gleichstellungsthemen in neue Bachelor- Studiengänge

Wie bereits im letzten Bericht erläutert, haben die Gleichstellungsbeauftragten der beiden Hochschulen für öffentliche Verwaltung Kehl und Ludwigsburg bei der Konzeption des neuen Bachelor Studienganges Innenverwaltung ein sog. Gender Modul im Umfang von 2 Credit Points entwickelt, das im Vertiefungssemester von allen Studierenden als Pflichtveranstaltung zu belegen ist.

Wir bedauern sehr, dass dieses Pflichtmodul in die Konzeption des Bachelors der Studiengänge Steuer, Rentenversicherung und allgemeine Finanzverwaltung keinen Eingang gefunden hat. Lediglich im Curriculum des Studiengangs Allgemeine Finanzverwaltung finden sich im Modul Personalmanagement Ansätze für eine Berücksichtigung von Gleichstellungsaspekten.

Außerhalb der Pflichtlehrinhalte besteht daher für die Studierenden dieser Studiengänge nur die Möglichkeit, das Thema Gleichstellung, das auch für die künftigen Arbeitsfelder der Studierenden der Studiengänge Steuer und Rentenversicherung relevant ist, in einzelne der sonstigen Pflichtveranstaltungen einzugliedern. Dafür bietet sich z.B. das Personalmanagement an. Die Gleichstellungsbeauftragten regen daher an, bei den konkreten Stoffplänen Gleichstellungsinhalte aufzunehmen.

Darüber hinaus sollte das Themenfeld auch im Wege freiwilliger Veranstaltungen präsentiert werden. Dafür eignet sich unseres Erachtens vor allem das Studium Generale.

Vortragsreihe zu Gleichstellungsthemen im Alltag

Im WS 2007/2008 wurde eine Vortragsreihe angeboten, die sich mit folgenden konkreten Gleichstellungsthemen beschäftigte: Familienfreundlichkeit von Unternehmen; Chancen für Frauen in der Verwaltung, Gewalt im sozialen Nahbereich. Im Anschluss an die gut besuchten Veranstaltungen gab es jeweils eine Diskussionsrunde, die für die Studierenden die Gelegenheit bot ihre Sicht der Dinge einzubringen.

Exkursionen für Studierende

Im relevanten Zeitraum wurden folgende Exkursionen angeboten, die ebenfalls von den Studierenden gut angenommen worden sind: Strafvollzugsmuseum – Geschlechterverhältnis bei Deliktbegehung und im Strafvollzug; Stadtmuseum Ludwigsburg – Frauen in der Geschichte der Stadt. Studentinnen und Studenten wurden außerdem an auswärtige Vortragsreihen und Diskussionsrunden zu Themen wie Häusliche Gewalt, Frauen in der Kommunalpolitik, Rollenbilder im Wandel herangeführt.

Gleichstellungsinhalte in Veranstaltungen des Studiums

In folgenden studentischen Veranstaltungen sind im Berichtszeitraum Gleichstellungsthemen behandelt worden:

- Wahlpflichtfach „Gesellschaft im Wandel“
- Gender Mainstreaming in Zahlen und Statistiken
- Proseminar „Frauen in Recht und Gesellschaft.“

Rhetorik-Kurse für Studentinnen

Im Studienjahr 2007/2008 haben 60 Studentinnen in drei Kursen an jeweils vier Nachmittagen Rhetorik-Kurse zu vier Stunden absolviert. Die Kurse erfreuen sich einer großen Nachfrage bei den Studentinnen. Die von männlichen Studierenden teilweise monierte Ungleichbehandlung wird in der Regel kompensiert durch Angebote des Kollegen Prof. Vollmer für weibliche und männliche Studierende.

Beratung von Studierenden

Im Berichtszeitraum haben die Gleichstellungsbeauftragten sowohl männliche als auch weibliche Studierende mit Familienpflichten beraten.

Auswertung und Analyse einer empirischen Erhebung bei den Studierenden der Hochschulen Kehl und Ludwigsburg

Die im Rahmen des Forschungsprojekts Gender Mainstreaming im Studium des gehobenen Verwaltungsdienstes erfolgte Erhebung bei den Studierenden der Hochschulen Kehl und Ludwigsburg zur Frage der Chancengleichheit ist mittlerweile von den Gleichstellungsbeauftragten der beiden Hochschulen mit Unterstützung einer Sozialwissenschaftlerin ausgewertet und analysiert worden. Die Ergebnisse dieser Umfrage zeigen auf, dass

tradierte Geschlechterrollen bei den Studierenden noch sehr präsent sind, dass sich die Studentinnen jedoch bereits in Richtung Gleichstellung bewegen. Im Gegensatz zu ihnen haben die Studenten noch eher Schwierigkeiten, diese Umstellung anzuerkennen und empfinden gesetzliche Gleichstellungsbemühungen teilweise als Diskriminierung. Zu den Ergebnissen der Erhebung im Einzelnen wird auf den in der Zeitschrift BW Aktuell veröffentlichten Text verwiesen.

Erhebung des Geschlechterverhältnisses bei der Zulassung zum Studiengang Innenverwaltung

Eine Auswertung des Zulassungsverfahrens 2006/07 für den Studiengang Innenverwaltung in Kehl und Ludwigsburg ergab folgende Zahlen

Schon bei der Antragstellung zeichnet sich ein weitaus geringeres Interesse von Männern an diesem Studiengang ab. Diese geringe Quote von 35 % sinkt dann beim Dienstantritt sogar auf lediglich 32 % ab.

Erhebung der Chancengleichheit der Absolventinnen/Absolventen beim Berufszugang

Anlässlich der mündlichen Staatsprüfung 2007 wurde eine Befragung unter den Absolventen und Absolventinnen durchgeführt, die darauf zielte festzustellen, wer bereits zu diesem Zeitpunkt eine Anstellung gefunden hatte. Die Erhebung erbrachte, dass sich trotz des durchschnittlichen Notenvorsprungs der Absolventinnen im Examen dieser Umstand nicht in der Anstellungssituation widerspiegelte. Mehr Absolventen (60,0 %) als Absolventinnen (53,4 %) hatten eine Anstellung gefunden und insbesondere eine unbefristete (64,4 % gegen 49,7 %). Bei der Verbeamtung indes hatten die Absolventinnen die Nase vorn (47,2 % gegen 44,4 %).

Teilnahme am Frauenwirtschaftstag 2007

Unsere Hochschule hat im November 2007 erstmalig an den seit drei Jahren stattfindenden Frauenwirtschaftstagen mit einer eigenen Veranstaltung teilgenommen. Die Frauenwirtschaftstage, an denen landesweit Veranstaltungen zum Thema Chancengleichheit von Frauen am Arbeitsplatz stattfinden, werden vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg initiiert und gefördert. Unsere Veranstaltung mit zwei Vorträgen an der Hochschule hat Eingang in ein Programmheft des Wirtschaftsministeriums gefunden, so dass insoweit auch Öffentlichkeitsarbeit betrieben wurde.

Gendertraining für Lehrende und Funktionsträger

Im Wintersemester 2007 ist an der Hochschule für Lehrende und Funktionsträger ein sog. Gendertraining durchgeführt worden. Das eintägige Seminar wurde von Sabine Brommer, Referentin für Frauen und Personalentwicklung beim Paritätischen Wohlfahrtsverband in Stuttgart, geleitet. Die Veranstaltung verfolgte das Ziel, die Teilnehmer und Teilnehmerinnen dafür zu sensibilisieren, dass neben vielerlei anderen Faktoren unser Miteinander, unsere Kommunikation, die sozialen Gestaltungsprozesse sowie die Erziehungs- und Bildungsprozesse von den sozialen Geschlechterverhältnissen geprägt werden. Die Veranstaltung hat bei den Teilnehmern mit einer Ausnahme eine positive Resonanz gefunden. Es darf allerdings nicht verschwiegen werden, dass die Rekrutierung insbesondere männlicher Teilnehmer für den Kurs auf große Schwierigkeiten gestoßen ist.

3.3. Kommissionsarbeit

Kommissionsarbeit der Gleichstellungsbeauftragten hat stattgefunden durch

- Teilnahme an Berufungsverfahren der Fakultät I und II,
- Teilnahme an Senats- und Hochschulratssitzungen
- sowie durch Teilnahme an Tagungen der Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten an Fachhochschulen.

4. Akademisches Auslandsamt

Prorektor Prof. Wolfgang Rieth
Diplom-Verwaltungswirtin Stephanie Forscht

Das Interesse unserer Studierenden der HOCHSCHULE LUDWIGSBURG an internationalen Veranstaltungen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Auf der einen Seite nehmen immer mehr Studierende die Möglichkeit eines Auslandspraktikums wahr, auf der anderen Seite ist auch das Interesse an Studienfahrten an unsere Partnerhochschulen stets zahlenmäßig um ein Vielfaches größer als das Angebot an Plätzen, so dass ein Losverfahren entscheiden muss.

Aus diesem Grund wird das Angebot an Seminaren und Kolloquien mit unseren Partnerhochschulen im Ausland laufend weiterentwickelt. Dies ist nur möglich, weil die Hochschulleitung und der Senatsausschuss „Auswärtige Beziehungen“ die Arbeit des Akademischen Auslandsamts (AAA) nachhaltig fördern und sich viele Studierende und der AStA engagieren. Unter den Professoren liegt die Bereitschaft für die Begleitung und Organisation von Studienfahrten bei einer kleinen Gruppe von sehr engagierten Kollegen, und wir hoffen, gerade im jüngeren Professorenkreis das Interesse und die Begeisterung für die Auslandskontakte der Hochschule in der Zukunft noch stärker wecken zu können.

Vielfach unterstützt werden die Internationalen Beziehungen der Hochschule Ludwigsburg auch durch das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg. Hierdurch konnte es zahlreichen Studierenden und Professoren ermöglicht werden, ausländische Verwaltungssysteme und Ausbildungseinrichtungen kennen zu lernen, Erfahrungen und Wissen auszutauschen und persönliche Verbindungen zu knüpfen.

Das AAA war zusammen mit den jeweiligen Projektleitern zuständig und verantwortlich für alle Auslandsaktivitäten der HOCHSCHULE LUDWIGSBURG und Anlaufstelle für Gaststudenten, -praktikanten und -dozenten sowie zahlreiche ausländische Delegationen, die sich über den Studienbetrieb der Hochschule informierten. Auch wandten sich die Studierenden der Hochschule, die ein Auslandspraktikum absolvieren wollten, Hilfe suchend an das AAA.

Die Koordination der einzelnen Delegationsbesuche, sowie die Organisation der Auslandsaufenthalte von der Werbung und Auslosung der Teilnehmer, über die Visabeschaffung und detaillierten Reisevorbereitungen bis hin zur Verarbeitung der Reiseberichte für die weitere Veröffentlichung, laufen beim AAA zusammen.

4.1. Partnerschaften mit Hochschulen und Institutionen im Ausland

Auf der Basis von Kooperationsverträgen besteht eine enge und fruchtbare Zusammenarbeit mit

- der South-Central University for Nationalities (SCUN), Wuhan, Provinz Hubei / V.R. China
- der Hogeschool Gent, Belgien
- der Technischen Universität Gabrovo, Gabrovo/Bulgarien
- der Stiftung Slaviani, Sofia/Bulgarien
- der Universität Orléans, Institut Universitaire Professionnalisé Faculté de Droit, Economie e Gestion (IUP), Orléans/Frankreich
- dem Istituto Regionale Lombardo di Formazione per l'Amministrazione Pubblica (IREF), Mailand/Italien

- der Universität Zagreb, Zagreb/Kroatien
- der Thorbecke Academie, Leeuwarden/Niederlande
- der Fachhochschule Liegnitz, Liegnitz/Polen
- der Stolypin-Wolga-Akademie für den Staatsdienst, Saratov/Russische Föderation
- der Escola Galega de Administración Pública (EGAP), Santiago de Compostela/Spanien
- der Corvinus Universität, Budapest/Ungarn
- der Universität Pavel Jozef Safárik, Kosice/Slowakische Republik.

Bereits bestehende Kooperationen sollen zukünftig in Partnerschaftsverträge münden mit

- der Babes-Bolyai-Universität, Cluj/Rumänien
- der Universität Lille, Frankreich.

4.2. International Forum for Public Administration and Management (IFPAM)

Diese im Jahr 1992 gegründete Vereinigung von Verwaltungshochschulen und anderen Ausbildungsinstitutionen für die öffentliche Verwaltung verbindet die Hochschule Ludwigsburg und die mit ihr kooperierenden Auslandspartner zu einem Netzwerk. Der Hochschule Ludwigsburg obliegt die Geschäftsführung. Das IFPAM veranstaltet jährlich eine Sommerakademie, bei der gemeinsam interessierende Themen und Projekte wissenschaftlich behandelt werden.

4.2.1. Fünfzehnte Sommerakademie in Gent/Belgien

Die 15. Sommerakademie wurde von der Hogeschol Gent organisiert und fand vom 12.-16. September 2007 in Gent/Belgien statt. Das Thema lautete: „Mobility in Europe - lifelong learning programmes in the member states“. Teilnehmer von Seiten der Hochschule Ludwigsburg waren Rektor Prof. Maier sowie die Prorektoren Prof. Dr. Hopp und Prof. Rieth. Hauptthema war die Entwicklung gemeinsamer Lehrangebote und eines Joint Master Programms European Public Administration zwischen den Hochschulen Budapest, Gent, Gabrovo, Ludwigsburg und weiteren Partnern.

4.2.2. Sechzehnte Sommerakademie in Legnica/Polen

Die 16. Sommerakademie fand von 17.-20. September 2008 in dem besonderen und symbolischen Ort Krzyzowa (Kreisau) statt und wurde von der Partnerhochschule in Legnica (Liegnitz) ausgerichtet. Teilnehmer von Seiten der Hochschule Ludwigsburg waren Rektor Prof. Maier und Prorektor Prof. Rieth. Hauptthema waren Berichte über die Forschungsaktivitäten der beteiligten Hochschulen aus Belgien, Bulgarien, Deutschland, Niederlande, Polen, Slowakei, und Russland sowie die Planung gemeinsamer Forschungsprojekte auf dem Gebiet Public Administration. Erörtert wurde außerdem der Stand des Joint Master-Projekts European Public Administration der Hochschulen Budapest, Gabrovo, Gent und Ludwigsburg. Der Antrag zur EU-Förderung soll bis Februar 2009 in Brüssel eingereicht werden.

4.3. Aktivitäten im Rahmen der bilateralen Kooperationen

4.3.1. Seminare für Studierende

Partner: Stolypin-Wolga-Akademie für den Staatsdienst, Saratov/RF

Seminar vom 27.10. – 03.11.07 in Saratov

Seminar vom 27.04. – 04.05.08 in Ludwigsburg

Organisation: Prof.in Regine Volk, Prof. Kirschbaum

geplant: Seminar vom 25.10. – 02.11.08 in Saratov

Organisation: Prof.in Regine Volk, Prof. Dieter Kies

Partner: South Central University for Nationalities, Wuhan/China

Seminar vom 05. – 11.04.2008 in Ludwigsburg

Organisation: Prof. Dieter Kies, Prof.in Regine Volk

Summerschool vom 14. – 31.07.07 in Wuhan

Organisation: Prof. Wolfgang Götzenberger

Summerschool vom 10. – 26.05.08 in Wuhan

Organisation: Prof. Dr. Ekkehard Bächle, Prof. Dr. Harald Horschitz

Partner: Corvinus Universität Budapest/Ungarn

14. – 21.10.07 in Budapest

20. – 26.04.08 in Ludwigsburg

12.-18.10.08 in Budapest, Organisation: Prof. Peter Raviol

04. – 07.02.2008: Studienfahrt des Masterstudiengangs nach Budapest

Organisation: Prof. Dieter Kies

Partner: Thorbecke Academie, Leeuwarden/Niederlande

25. – 29.03.08 in Leeuwarden, Organisation: Prof.in Ute Vondung

Partner: IREF, Mailand/Italien

24. –30.03.08 in Mailand, Organisation: Prorektor Prof. Wolfgang Rieth

Sonstige Seminare für Studierende:

31.08.-03.09.2007: Studienfahrt zum Thema *Europäischen Union* in Brüssel

Organisation: Prof. Dieter Kies

24.01. – 05.02.2008: Studienfahrt nach Namibia

Organisation: Prof. Dr. Günther Vollmer

geplant: 23.10. – 02.11.2008: Studienfahrt nach Indien

Organisation: Prof. Dr. Günther Vollmer

4.3.2. Praktika für Studierende

Partner: Corvinus Universität Budapest/Ungarn

01.07.07 – 30.08.07: Praktikum für 7 ungarische Studenten bei Kommunen im Landkreis Esslingen bzw. Göppingen, Organisaton: Prof. Peter Raviol

01.07.08 – 31.08.2008: Praktikum für 7 ungarische Studenten bei Kommunen und Landratsämtern im Kreis Esslingen und Stuttgart

Partner: Stolypin-Wolga-Akademie für den Staatsdienst, Saratov/RF

01.04. – 04.05.2008 Praktikum für 2 russische Studenten bei der Stadtverwaltung und dem Landratsamt Ludwigsburg

Organisation: Prof.in Regine Volk, Akademisches Auslandsamt

4.3.3. Veranstaltungen für Professoren

Partner: IREF, Mailand, Italien

Kolloquium in der Villa Vigoni vom 18. – 20.06.08

Leitthema: „European Core Competences for Public Administration“

Zahlreiche Teilnehmer aus Deutschland und Italien diskutierten in dem jährlich stattfindenden Kolloquium die Auswirkungen des Bologna-Prozesses auf das Studium der Verwaltungswissenschaften und auf die Verwaltungsausbildung. Im Zentrum stand die Erarbeitung europäischer Kernkompetenzen für die öffentliche Verwaltung.

TeilnehmerInnen aus Italien waren Vertreter des I.Re.F., des CEFASS, des Consiglio Regione Lombardia, der Agenzia per il lavoro Lombardia, der Regione Lombardia sowie der Universitäten Bergamo, Milano und Pavia.

TeilnehmerInnen aus Deutschland waren: Frau Isabel Fezer, Leiterin des Referats Europa und Justizariat in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg beim Bund, Frau Melanie Bär, IHK Region Stuttgart, Frau Andrea Tchitchi, MWK Baden-Württemberg, Abteilungsleiter Hans Müller, Klinikverbund Südwest, Sozialdezernent Alfred Schmid, Landratsamt Böblingen sowie die Professoren Maier, Rieth, Kies und Gastdozentin Prof. Gankova von der Hochschule Ludwigsburg.

Partner: Corvinus Universität, Budapest, Ungarn

04. – 05.10.2007: 30-jähriges Jubiläum der Corvinus Universität, die Fakultät für Verwaltungswissenschaften der Corvinus Universität Budapest würdigte Herrn Rektor Prof. Walter Maier mit der Verleihung der "Zoltán Magyary"-Gedenkmünze. Diese hohe Auszeichnung wird einmal im Jahr an Persönlichkeiten verliehen, die sich auf dem Gebiet der Verwaltungswissenschaften internationale Verdienste erworben haben.

Teilnehmer: Rektor Prof. Maier, Prorektor Prof. Rieth, Prof. Raviol, Kanzler Veigel

Auswahl der Erasmus/Leonardo-Praktikanten im Februar 2008

Teilnehmer: Prof. Peter Raviol, Prof. Dieter Kies, Frau Fuchs

03. – 04.10.2008: Internationale Konferenz:

Statutory Session IAB Corvinus Universität

Die Corvinus Universität Budapest begründete zum Zweck der Vertiefung ihrer internationalen Ausrichtung ein International Advisory Board mit ausländischen Experten und berief Rektor Prof. Walter Maier in dieses Gremium. Mit der Fakultät Public Administration der Corvinus Universität verbindet die Hochschule Ludwigsburg eine inzwischen dreißig Jahre dauernde Partnerschaft.

Partner: Hochschule Legnica/Polen

17.-20.09.2008 ausrichtende Hochschule des IFPAM Meeting (siehe oben)

Partner: South Central University for Nationalities, Wuhan, China

Kolloquium einer Delegation der HS Ludwigsburg an der SCUN vom 22.11. – 01.12.2008

Thema: „Wissenschaftlicher Austausch zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland“

Teilnehmer der HS Ludwigsburg: Prof.in Ute Vondung, Prof. Jürgen Kirschbaum, Prof. Klaus Rogler

Geplant ist ein Kolloquium im Winter 2008 in Ludwigsburg. Aufgrund der Ausreisebeschränkungen durch die Olympiade musste ein Termin im Oktober abgesagt werden.

Partner: Technische Universität Gabrovo, Bulgarien

Gastprofessuren in 2007 an der TU-Gabrovo

Prorektor Prof. Dr. Hopp hielt Vorlesungen zum Thema „New Public Management und Organisationsentwicklung“

Gastprofessur im Masterstudiengang der Hochschule Ludwigsburg, Wintersemester 2007

Doz. Dr. Zwetelina Gankova hielt im WS 2007 Vorlesungen zum Thema „Transformationswirtschaft“ und „Wirtschaftsreformen Osteuropas“

22. - 24.11.2007: Wissenschaftliche Konferenz UNITECH an der TU-Gabrovo

Teilnehmer: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp, Prof. Günther Vollmer

Prof. Dr. Hopp hat den Eröffnungsvortrag der Konferenz gehalten. Er sprach zum Thema *Motivation durch Mitarbeiterbeteiligung in konzeptorientierten Veränderungsprozessen*.

Im Jahr 2008 fanden Gespräche in Gabrovo zum Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement in Ludwigsburg und zum Walter-Hallstein-Programm der Landesstiftung Baden-Württemberg statt.

01.02. – 31.07.2008: Gastdozentur an der HS Ludwigsburg

Prof. Dr. Zwetelina Gankova-Ivanova, Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der TU-Gabrovo, hat im Sommersemester 2008 an der Hochschule Ludwigsburg eine vom DAAD geförderte Gastprofessur wahrgenommen. In diesem Zusammenhang hat sie Vorlesungen im Fach VWL sowohl im Diplom-Studiengang als auch im Bachelor-Studiengang durchgeführt. Zudem konnte sie maßgeblich an der Organisation der Konferenz One Stop Europe 2008 mitwirken. Herr Prof. Klaus Dobler hat ihr als Mentor zur Seite gestanden.

Antragstellung und Organisation: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp

10. – 12.07.2008 Besuch HS Ludwigsburg

Der Präsident der Slaviani Foundation Sofia, Herrn Prof. Dr. Zakhari Zakhariiev an der HS Ludwigsburg erörterte mit dem Rektorat die Pläne für die Begründung eines internationalen Studienprogramms zwischen bulgarischen und ausländischen Partnern aus Europa und USA.

15. – 27.09.2008: Forschungsaufenthalt an der HS Ludwigsburg

Erasmus-Mobilität von Frau Svetlana Panajotowa, TU-Gabrovo an der HS Ludwigsburg.

Organisation: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp und Prof. Günther Pfeifer

Partner: Universität Babes Bolyai Klausenburg

10. – 20.12.2007 Gastdozentur an der Universität Klausenburg

Gastvorlesungen von Prof. Dr. Volkmar Kese an der Babes Bolyai Universität Klausenburg. Hierbei führte Prof. Dr. Kese zudem Auswahlgespräche für den Masterstudiengang durch.

Partner: Stolypin-Wolga-Akademie für den Staatsdienst, Saratov/RF

27. – 29.06.2008 Internationale Konferenz: „The Bologna process and civil service officials training: European and Russian experience“

Teilnehmer: Rektor Prof. Walter Maier, Prof. Siegfried Brändle

15. – 27.09.2008: Forschungsaufenthalt an der HS Ludwigsburg

Frau Prof. Dr. Natalia Ermasova der Wolga-Akademie Saratov

Thema: „Public and municipal finance in Theory and Practice in Russia“

Joint-Master-Programm:

Gespräche zum gemeinsamen Joint-Master-Programm vom **07.-09.11.2007**

an der HOCHSCHULE LUDWIGSBURG. TN der Partnerhochschule aus Budapest, Gent und Gabrovo.

09.-12.01.2008 Joint Venture an der Partnerhochschule in Budapest.

15.11.2008 Gastdozentur an der Hochschule Ludwigsburg:

Prof. Robert Kramer von der American University Washington D.C. hielt eine Vorlesung im Masterstudiengang Europäisches Verwaltungsmanagement zum Thema „Leadership in Public Administration“.

4.4. Besuche an der Hochschule Ludwigsburg

Zahlreiche ausländische Delegationen, die sich für die Ausbildung für den öffentlichen Dienst und unsere Studiengänge sowie andere fachspezifische Themen interessierten, waren Gäste unserer Hochschule:

Russische Delegation vom 13. – 20.04.2008

Eine Gruppe von 13 Distriktkommissaren (Landräte) der Wolga-Region und zwei Vertretern der Wolga-Akademie Saratov zum Thema: „Verwaltungspraxis im kommunalen Bereich“

Organisation: Professor Siegfried Brändle

Mittel- und Südamerikanische Delegation am 24.06.2008

Eine Delegation von Kommunalpolitikern aus Mexiko und Kolumbien besuchte die Hochschule Ludwigsburg. Die Gruppe wurde von Rektor Prof. Walter Maier über unsere Hochschule und ihre Studiengänge informiert.

Organisation: Akademisches Auslandsamt

Türkische Delegation am 03.07.2008:

Eine Delegation von Landräten aus der Türkei wurde von Herrn Prof. Altpeter an unserer Hochschule begrüßt. Die Gruppe wurde über die Hochschule informiert, nahm an Lehrveranstaltungen teil und erhielt eine Einführung ins Rechenzentrum.

Prof. Yuji Onishi, Japan, am 04.09.2008:

Prof. der Fakultät für Rechtswissenschaften an der Hokkai Gakuen Universität Sapporo, Japan. Termin zum Thema Aus- und Fortbildung in der öffentlichen Verwaltung. Betreuung durch Prof. Thomas Schad.

4.5. Sitzungen des Senatsausschusses

Die Vorbereitungen der Sitzung des Senatsausschusses „Auswärtige Beziehungen“ wurden im Akademischen Auslandsamt vorbereitet. Die Sitzung fand am 21.11.2007 statt.

4.6. Sonstige Veranstaltungen

Europäischer Hochschultag am 07.12.2007

Der Europäische Hochschultag wurde in Zusammenarbeit mit dem Akademischen Auslandsamt vorbereitet. Für das Jahr 2008 ist der Vierte Europäische Hochschultag in Kooperation mit der Stadt Ludwigsburg am 04.12.2008 geplant.

Informationsveranstaltungen:

Das Akademische Auslandsamt veranstaltete im Herbst 2007 und Frühjahr 2008 Informationsveranstaltungen zu den Auslandspraktika und den Studienreisen der Hochschule Ludwigsburg.

One Stop Europe, E-Government Veranstaltung vom 17. – 18.04.2008

Die Tagung „Mittel- und Osteuropa im E-Government“ wurde in Zusammenarbeit mit dem Akademischen Auslandsamt vorbereitet. Zahlreiche Referenten und Teilnehmer kamen aus den Partnerhochschulen der Hochschule Ludwigsburg. Prof. Dr. Hopp war für die erfolgreiche Planung und Durchführung der Konferenz verantwortlich, die in Zusammenarbeit mit der Alcatel-Lucent-Stiftung abgehalten wurde. Die Stiftung unterstützte die Konferenz nicht nur finanziell, sondern war auch maßgeblich an der Gestaltung beteiligt. 30 Re-

ferenten aus insgesamt zehn europäischen Staaten und etwa 120 Tagungsteilnehmer diskutierten auf der diesjährigen Konferenz mit dem Thema: „Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie“. Evelyne Gebhardt, Mitglied des Europäischen Parlaments war neben zahlreichen Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Ministerien und Verbänden Referentin und Teilnehmerin der Tagung. Die nächste Veranstaltung soll am 23./24. April 2009 stattfinden.

4.7. DAAD

Im Rahmen der Programme des Deutschen Akademischen Austauschdienstes DAAD wurden zahlreiche Praktika und Dozenturen an der Hochschule Ludwigsburg gefördert. Bislang hatten die Projektverantwortlichen für ihre Partnerschaften separat Förderungen beantragt und erhalten. Die Förderung der Ostpartnerschaften der Hochschule konnte im Jahr 2008 erstmals in einem Sammelantrag für die Partnerschaften mit Bulgarien, Polen, Russland und Ungarn beantragt werden. Der Antrag wurde positiv beschieden und gilt für die Förderjahre 2009-2011.

4.8. Erasmus

Florian Kunz

Die Hochschule hat 2007 mit Erfolg bei der EU-Kommission die ERASMUS University Charter (EUC) beantragt. Durch diese Registrierung ist es der Hochschule möglich, Studierende, Dozenten und Verwaltungsmitarbeiter bei Praktika, Lehrtätigkeiten und Arbeitsaufenthalten im Ausland mit Mitteln aus dem ERASMUS-Programm der Europäischen Union zu unterstützen. Die Masterstudenten aus dem Jahrgang 2006-08 kamen als erste in den Genuss dieser Förderung. Ziel ist es, das Programm am eigenen Haus auch in den grundständigen Studiengängen so zu etablieren, dass Auslandsaufenthalte bei Studierenden und Dozenten zur Regel werden. Auf dem Weg dorthin ist die Hochschule 2008 ein gutes Stück vorangekommen: Im Studienjahr 2007/08 haben lediglich sieben Masterstudierende, eine Studentin aus der Innenverwaltung und ein Dozent die Förderung in Anspruch genommen, die mit insgesamt 14.744,47 € gefördert wurden. Für das Studienjahr 2008/09 liegen bereits über 40 Anfragen vor. Die vom DAAD dafür bewilligten Mittel belaufen sich auf 76.990 €. In den kommenden Monaten soll das Programm bei Studierenden und Lehrenden durch spezielle Informationsveranstaltungen bekannter gemacht werden.

4.9. Walter-Hallstein-Programm im Baden Württemberg STIPENDIUM

Projektleiter: Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp und Diplom-Verwaltungswirtin Stephanie Forscht

Die Hochschule Ludwigsburg ist seit 2002 Programmträger des Walter-Hallstein-Programms im Rahmen des Baden-Württemberg STIPENDIUMs der Landesstiftung Baden-Württemberg. In diesem Zusammenhang werden Stipendien an besonders qualifizierte Studierende europabezogener Aufbaustudiengänge an Hochschulen in Baden-Württemberg vergeben, bei denen eine multidisziplinäre europäische Kompetenz vermittelt wird. Dabei werden insbesondere Studierende berücksichtigt, die eingeschrieben sind für den Studiengang Europäisches Verwaltungsmanagement (Master of Arts) der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg und der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl sowie für den Postgraduiertenstudiengang Master of European Studies (MEUS) der Universität Tübingen. Zudem werden jedes Jahr Studierende und junge Berufstätige aus den MOE-Staaten gefördert. Durch das Stipendium für europabezogene Praktika sollen Studierende und Verwaltungsfachleute aus den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas Einblicke in die Verwaltungs-, Rechts- und Sozialstrukturen Baden-Württembergs und der Europäischen Union erhalten. Besonders gefördert werden Studie-

rende der Fachrichtungen Politik, Wirtschaft, Jura und Verwaltung sowie junge Berufstätige aus den Verwaltungen der mittel- und osteuropäischen Staaten. Im Jahre 2008 sind zwölf Studierende des Studiengangs Europäisches Verwaltungsmanagement, etwa 15 Studierende des Studiengangs MEUS und etwa 30 Praktikanten aus den MOE-Staaten gefördert worden.

5. Forschung, Entwicklung, Fortbildung und wissenschaftliche Konferenzen

Prorektor Prof. Dr. Helmut Hopp

5.1. LARS-Projekt Online Dokumente BGB

Projektleitung: Prof.'in Dr. Eleonore Kohler-Gehrig

Die Studierenden der Hochschule können über die Homepage der Hochschule auf die Online-Dokumente zugreifen. Diese umfassen

- Skripte zum BGB und Arbeitsrecht
- Übersichten zum BGB und Arbeitsrecht
- Fälle mit Musterlösungen zum BGB und Arbeitsrecht.

Die Online-Dokumente sollen vorlesungsbegleitend die Fähigkeit zu selbständigem Lernen und systematischem Denken fördern und bei der Prüfungsvorbereitung hilfreich sein. Studierende der Hochschule wirken bei der Zusammenstellung der Dokumente mit und haben Gelegenheit, das Angebot auf ihre Bedürfnisse abzustimmen. Das Projekt wird von der Studienkommission für Hochschuldidaktik finanziell gefördert. Die Online Dokumente werden um die Juristische Methodenlehre erweitert. Das Methodenwissen soll trainiert werden, um mit dem Wissen um die Rechtsfindung von heute die Rechtsfragen von morgen bewältigen zu können.

5.2. LARS- Projekt zur Entwicklung von Schlüsselqualifikationen

Projektleitung: Prof. Dr. Norbert Schäfer

Eckpunkt

Absolventen der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen übernehmen häufig zeitnah nach ihrem Studium Verantwortung für Mitarbeiter. Hierauf werden sie oft nur unzureichend/unsystematisch vorbereitet. Durch das Projekt soll erreicht werden, dass Studierende durch die Diagnose ihres Verhaltens, eines anschließenden (aus der Diagnose abgeleiteten) definierten Trainingsplans und erfolgten Trainings, den Aufgaben einer Führungskraft besser gewachsen sind.

Hochschuldidaktische Projektbegründung

Schlüsselqualifikationen sind, neben der fachlichen Kompetenz, wichtige Kriterien des Berufserfolges. Insbesondere die Führungskompetenz spielt für Hochschulabsolventen eine wichtige Rolle. Die aktuellen Curricula nehmen in der Regel nur geringen Bezug auf diese - im allgemeinen nicht abprüfbaren - Kompetenzen bzw. auf dieses - nicht abprüfbare - Wissen. Hiermit soll versucht werden, das Curriculum zu erweitern und Forderungen der Praxis Nachdruck zu verleihen.

Darüber hinaus soll aufgezeigt werden, dass die Vorgehensweise „Diagnose – Planung eines Trainings – Durchführung eines Trainings – Evaluation“ ein didaktischer Ansatz sein kann, der flexibel auf sich ändernde Bedingungen reagieren kann. Es handelt sich um einen rückgekoppelten Prozess. Dieser kann mehrfach durchlaufen werden.

Projektgesamtziel

- Erstes Ziel ist die Entwicklung eines Instruments, mit dessen Hilfe es möglich ist, die Schlüsselqualifikation „Führungskompetenz“ gezielt zu entwickeln. Neu hierbei ist, dass nicht angebotsorientiert vorgegangen wird (durch das Anbieten von Seminaren), sondern dass zunächst der Status quo jeder Person festgestellt wird und darauf aufbauend individuelle Programme entwickelt werden.
- Die hierbei verwendete Methode ist ein sogenanntes q-sort. Diese Methode bietet gegenüber herkömmlichen Fragebogen-Methoden den Vorteil, dass die Befragten nicht alle Fragen identisch beantworten können, eine Differenzierung demzufolge erleichtert wird. Allerdings führt diese Methode zu rein ipsitiven Werten.

Ablaufplan nach Teilzielen

- Erarbeitung eines Diagnoseinstruments (q-sort) und Herstellung der Materialien
- Durchführung der Diagnosen
 - bei Studierenden,
 - bei in der Praxis tätigen Personen als Vergleichsstichprobe.
- Erarbeitung von Trainingsprogrammen aufgrund der durchgeführten Diagnosen in Zusammenarbeit mit Studierenden,
- Einsatz der Trainingsprogramme in der Hochschule
- Evaluation der Projekts, insbesondere des Diagnoseinstruments und der Trainingsprogramme
- Die Studierenden sind während des gesamten Projekts eingebunden.
- Diagnose (Studierende stellen sich in der diagnostischen Phase als Teilnehmer zur Verfügung)
- Trainingsplanung (die Trainings werden individuell und in Gruppen mit den Studierenden geplant)
- Training (die Studierenden nehmen an den Trainings teil. Die Trainings haben Übungscharakter)
- Evaluation (s. Diagnose)

5.3. Notwendige Kompetenzen und Fachkenntnisse von Führungskräften im gehobenen und höheren Dienst

Projektleitung: Prof. Dr. Günther Vollmer

Im Rahmen des Bachelor-Studiengangs wurde eine Befragung zur Wichtigkeit einzelner Fachkenntnisse/Fachgebiete und erforderlicher Kompetenzen durchgeführt und statistisch ausgewertet. Insgesamt wurden 534 Experten und Expertinnen befragt. Darunter waren 106 Lehrbeauftragte der beiden Hochschulen in Ludwigsburg und Kehl. Die Einschätzung der Bedeutung der Fachkenntnisse gibt wichtige Hinweise für die Gewichtung der einzelnen Fächer, die Einschätzung der Kompetenzen gibt wichtige Hinweise zur Gestaltung der Lehr- und Lernformen im Bachelorstudium. Im Jahre 2008 wird eine weitere Befragung von Praktikern durchgeführt, die sich auf die notwendigen Kompetenzen von zukünftigen Absolventen des Masterstudiengangs Public Management beziehen. Der Studiengang wird zurzeit konzipiert und soll im Oktober 2010 beginnen.

5.4. One Stop Europe 2008 – E-Government und die EU-Dienstleistungsrichtlinie

Projekt des Hochschulkollegs E-Government der Alcatel-Lucent-Stiftung für Kommunikationsforschung

Projektleitung: Prof. Dr. Helmut Hopp

E-Government ist ein Konzept der öffentlichen Verwaltung, das seit etwa zehn Jahren in den Mittelpunkt der Modernisierungsbestrebungen gerückt ist. Die modernen Informations- und Kommunikationstechniken verändern sowohl die Beziehungen zu den Bürgern bzw. Kunden wie auch die internen Prozesse der Verwaltung. Im Jahre 2007 hat das Hochschulkolleg die allgemeinen Entwicklungen in den mittel- und osteuropäischen Staaten in den Blick genommen. Zu diesem Zweck hatte die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen eine Tagung organisiert und durchgeführt, an der neben deutschen Beiträgen vom Innenministerium BW und der Stadt Stuttgart Experten aus folgenden Staaten mit Vorträgen vertreten waren: Niederlande, Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Russland. Die Diskussionen haben ein sehr differenziertes Bild über E-Government-Entwicklungen zutage gefördert. In der Publikation „*One-Stop-Europe: Citizen Centered E-Government*“ der Alcatel-Lucent-Stiftung sind die Ergebnisse zusammengefasst worden. Zum Ende der Konferenz konnte man sich auf eine Fortsetzung verständigen.

Unter dem Titel One-Stop-Europe 2008 wurde am 17. und 18. April 2008 eine weitere internationale Tagung durchgeführt, bei der die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie im Mittelpunkt stand. Dabei wurde deutlich, dass die Zeit drängt: Die Dienstleistungsrichtlinie muss in den EU-Mitgliedsstaaten bis zum 28. Dezember 2009 umgesetzt sein. Die rechtlichen Genehmigungsverfahren für ausländische Unternehmen sollen dann stark vereinfacht sein. Die Richtlinie sieht nämlich vor, dass der jeweilige Anbieter sämtliche Genehmigungsverfahren von seinem angestammten Standort aus auf elektronischem Wege durchführen können soll. Die dafür nötigen informationstechnischen Voraussetzungen müssen jedoch noch geschaffen werden, was die Verwaltungen in den EU-Mitgliedsstaaten vor enorme Herausforderungen stellt.

Im Jahre 2008 haben im Beisein von Evelyne Gebhardt, MdEP und Gunther Krichbaum, MdB 30 Referenten aus zehn europäischen Staaten und etwa 100 Tagungsteilnehmer über den Stand der Umsetzung der EU-DLR diskutiert. Dabei zeigte sich, dass in fast allen vertretenen Ländern Zweifel bestehen, ob die entsprechende IT-Architektur in der verbleibenden Zeit zu realisieren ist. Georg Schäfer vom Innenministerium BW konnte zwar deutlich machen, dass Deutschland bereits wichtige Schritte zur Errichtung einer Infrastruktur unternommen hat. Es wurde in der Diskussion aber die Sorge geäußert, die beteiligten Institutionen könnten sich unter dem wachsenden Zeitdruck mit einer eher defensiven Lösung begnügen und damit das Potenzial zur Vereinfachung und Entbürokratisierung der Verwaltung und zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren weitgehend ungenutzt lassen. Die nächste One-Stop-Europe-Konferenz findet am 23. und 24. April 2009 wiederum in Ludwigsburg statt.

5.5. Die Zukunft der Kommunen in Europa

Projektleitung: Landrat Dr. Rainer Haas, Prof. Dr. Helmut Hopp und Prof. Dr. Volkmar Kesse

Im Juli 2007 hat das Landratsamt Ludwigsburg eine internationale Konferenz mit dem Titel *Die Zukunft der Kommunen in Europa* durchgeführt. Die Hochschule Ludwigsburg hat die Konferenz im Rahmen des *Masterstudiengangs Europäisches Verwaltungsmanagement* wissenschaftlich vorbereitet und begleitet sowie die Workshops der Konferenz moderiert. Die Konferenz endete mit einer Abschlusserklärung der folgenden Landkreise bzw. Regionen:

- Landkreis Ludwigsburg
- Landkreis Chemnitzer Land
- Komitat Pest, Ungarn

- Département de l'Ain, Frankreich
- Provinz Bergamo, Italien

Die Workshops der Konferenz wurden im Vorfeld durch Professoren und Studierende des Masterstudiengangs wissenschaftlich recherchiert und vorbereitet. Die Workshop befassten sich u.a. mit der Finanz- und Strukturpolitik der EU, mit der Rolle der Kommunen und Landkreise im Verfassungsgefüge der EU und mit der Europäischen Wirtschaftsförderung. Bereits am ersten Tage der Konferenz konnte den Teilnehmern eine Beilage der Zeitschrift *apf* mit ausführlichen Darstellungen vorgelegt werden. Die Beiträge der Konferenz selbst sind sorgfältig aufbereitet worden und im März 2008 in einem Tagungsband beim Boorberg Verlag¹ publiziert worden.

5.6. Forschungsstelle für Personal- und Arbeitsrecht

Projektleitung: Prof. Dr. Arnd Diring

Bericht über die Aktivitäten der Forschungsstelle für Personal- und Arbeitsrecht im Zeitraum Januar bis September 2008.

Einrichtung der Forschungsstelle

Auf Beschluss des Senats und des Fakultätsrats der Fakultät I, Management und Recht, wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2008 eine Forschungsstelle für Personal- und Arbeitsrecht an der Hochschule Ludwigsburg eingerichtet. Geleitet wird diese von Prof. Günter Pfeifer und Prof. Dr. Arnd Diring. In den vergangenen Monaten seit Gründung standen zunächst organisatorische Fragen im Mittelpunkt, die wissenschaftliche Arbeit sowie die Projektstätigkeit konnten zum Wintersemester 2008/2009 aufgenommen werden.

Ziele der Forschungsstelle

Zielsetzung der Forschungsstelle ist eine anwendungsorientierte Forschungsarbeit, die sich sowohl mit grundsätzlichen Fragestellungen als auch mit aktuellen Problemen aus dem Bereich des Personal- und Arbeitsrechts befasst. Eine entscheidende Rolle kommt dabei dem Transfer der gewonnenen Ergebnisse in Lehre und Praxis zu. Zugleich wird die Verbindung zwischen Forschung, Praxis und Lehre durch Kooperationen mit Behörden, Verbänden und Unternehmen verstärkt.

Forschungsschwerpunkte

Einen inhaltlichen Schwerpunkt der Forschungsarbeit bilden Fragestellungen, die den öffentlichen Dienst betreffen. Hierzu zählt insbesondere die Tarifreform mit den nun geltenden verschiedenen Tarifverträgen für den öffentlichen Dienst (TVöD, TV-L u.a.) und den darin getroffenen Regelungen zur Einführung neuer Arbeitszeitmodelle und leistungsorientierter Instrumente der Personalentwicklung einschließlich einer leistungsorientierten Bezahlung. Auch die geplante Einführung einer neuen Entgeltordnung für den öffentlichen Dienst steht im Mittelpunkt der Arbeit der Forschungsstelle. Diese tarifvertraglich statuierten Elemente moderner Personalarbeit werden für die Praxis zunehmend von Bedeutung sein und wesentlich die Entwicklung des öffentlichen Dienstes prägen. Entsprechend wichtig ist es, dass anwendungsorientierte Modelle entwickelt und rechtssicher gestaltet werden. Mit der Umsetzung der Föderalismusreform werden die Regelungskompetenzen für Besoldung, Versorgung und Laufbahnrecht der Beamten auf die Länder übertragen. Die damit verbundenen Fragestellungen und Problematiken der Dienstrechtsreformen werden ein weiterer Schwerpunkt sein.

¹ Haas, Hopp, Kese (Hrsg.) *Die Zukunft der Kommunen in Europa*, Stuttgart 2008

Darüber hinaus werden in den Jahren 2009 und 2010 Fragen zum „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“ und zur Umstrukturierung von staatlichen Einrichtungen und Unternehmen Schwerpunkte der Forschungstätigkeit bilden. Beim „Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz“ stehen dabei zum einen die Probleme, die sich seit Inkrafttreten dieses Gesetzes in der Praxis ergeben haben, im Mittelpunkt. Hier sollen mit Kooperationspartnern in Wirtschaft und Verwaltung die aufgetretenen Fragestellungen analysiert und Lösungsansätze für die Praxis entwickelt werden. Konkrete Möglichkeiten der Zusammenarbeit werden derzeit abgestimmt. Darüber hinaus werden grundsätzliche Probleme dieses Gesetzes, insbesondere die Verfassungsmäßigkeit des AGG, untersucht. Bei den Fragen der Umstrukturierung bilden die durch § 613a BGB entstehenden Schwierigkeiten den Schwerpunkt der Forschungstätigkeit. Dabei werden in der Praxis gewonnene Erkenntnisse analysiert und rechtssichere Umsetzungsmöglichkeiten vor dem Hintergrund einer ausufernden Rechtsprechung entwickelt. Geplant ist dabei für 2009 auch eine Projektanalyse anhand einer bereits durchgeführten Unternehmensumstrukturierung und Firmenfusion in der Finanzdienstleistungsbranche.

Bearbeitet werden des Weiteren Themenstellungen, die sich durch religiös intendierten Extremismus im Arbeitsrecht ergeben. Hierzu zählen z.B. Probleme des Frage- und Kündigungsrechts. Dabei kann auf Ergebnisse des 2006 an der Hochschule Ludwigsburg durchgeführten Forschungsprojekts zu „Scientology“ rekurriert werden, dessen wesentliche Ergebnisse in dem 2007 von der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen herausgegebenen Buch „Die Brücke zur völligen Freiheit? – Struktur, Dogmatik und Handlungspraxis der Scientology-Organisation“ veröffentlicht wurden. Vor dem Hintergrund, dass nach Angaben dieser Vereinigung auch namhafte Weltfirmen bereits scientologische Techniken anwenden, zeigt sich insofern die Bedeutung der arbeitsrechtlichen Fragestellungen. Gleiches gilt für die Auseinandersetzungen mit anderen religiös-extremistischen Gruppierungen und Anschauungen, etwa im Bereich des extremistischen Islam.

Publikationen

Die Forschungsergebnisse werden jeweils für Aufsätze in juristischen Fachzeitschriften, Buchbeiträge und Kommentare aufbereitet. Einzelne Publikationen sollen dabei in Zusammenarbeit mit anderen Rechtswissenschaftlern und Vertretern der Praxis gestaltet werden. Bezüglich verschiedener Themen, namentlich zum AGG, findet bereits eine solche Zusammenarbeit statt. Die ersten Veröffentlichungen werden voraussichtlich ab Mitte 2009 erscheinen. Darüber hinaus werden die Ergebnisse der Forschungsarbeit auch durch Vortragstätigkeiten in die Praxis vermittelt. Hierzu bestehen bereits Anfragen aus der Versicherungswirtschaft.

Zu den Publikationen der Mitarbeiter der Forschungsstelle zählen neben Aufsätzen, Urteilsanmerkungen u.ä. derzeit bereits Beiträge zur Kommentierung des TVöD (Altersgrenze, Probezeit, Fürsorgepflicht, vorübergehende höherwertige Tätigkeit) in Bremecker/Hock, Rudolf (Hrsg.), TVöD Lexikon Verwaltung (Rudolf Haufe Verlag), durch Herrn Prof. Pfeifer sowie der von ihm verfasste Beitrag Arbeitsrecht im Kulturbetrieb in Klein (Hrsg.), Kompendium Kulturmanagement – Handbuch für Studium und Praxis (Verlag Franz Vahlen). Ab 2009 wird Herr Prof. Dr. Diringer die Kommentierung des Rationalisierungsschutzabkommen im Kommentar zu den Tarifverträgen für das private Versicherungs-gewerbe übernehmen

Zudem werden künftig auch eigene Skripten der Forschungsstelle für Personal- und Arbeitsrecht gestaltet. Als erstes dieser Skripten wird zur Zeit eine systematische Leitsatz-

sammlung zum Betriebsverfassungsrecht ausgearbeitet, deren erste Auflage voraussichtlich Mitte 2009 erscheint.

Um die Zielsetzung des Wissenstransfers in die Lehre als festen Bestandteil der Arbeit der Forschungsstelle zu verankern werden auch verschiedene didaktisch orientierte Publikationen verfasst. Hierzu zählt zum einen das Buch „Arbeitsrecht leicht lernen“, das von Herrn Prof. Dr. Klink gestaltet wurde und künftig gemeinsam mit Herrn Prof. Dr. Diringen bearbeitet wird. Darüber hinaus ist mit der Zeitschrift „Ausbildung – Prüfung – Fortbildung (apf)“ vereinbart, dass das seit zwei Jahren erfolgreich etablierte „Fallrepetitorium Zivilrecht“, das regelmäßig in dieser Zeitschrift erscheint, durch ein „Fallrepetitorium Arbeitsrecht“ ergänzt wird. Weitere Kooperationsprojekte mit der Zeitschrift „apf“ und anderen Ausbildungszeitschriften sind in Vorbereitung.

Einbindung der Praxis in Forschung und Lehre

Um dem Ziel einer anwendungsorientierten Forschungsarbeit ebenso gerecht werden zu können wie dem Ziel eines fundierten Wissenstransfers in die Lehre, sind Kooperationen mit staatlichen Einrichtungen, Verbänden und Unternehmen unabdingbar. Damit diese Ziele erreicht werden, soll verstärkt versucht werden, hochrangige Vertreter aus diesen Institutionen für die Mitarbeit zu gewinnen.

5.7. BWL/Management-Weiterqualifizierung von Führungskräften der Justiz- und der Justizvollzugsverwaltung

Projektleitung: Prof. Dr. Helmut Hopp

Im Studienjahr 2007/2008 haben 20 Führungskräfte der Justiz- und Justizvollzugsverwaltung von Dezember 2007 bis Oktober 2008 an einer BWL/Management-Weiterbildung teilgenommen. Zum zweiten Mal wurde die Weiterbildung im Rahmen eines Distance Learning-Konzeptes durchgeführt. Bis zum Jahre 2004 erfolgte der Kurs noch vollständig in Form von Präsenzveranstaltungen an der Hochschule. Demgegenüber konnten die Teilnehmer des Jahres 2007/08 lediglich 100 von insgesamt 240 Vorlesungsstunden im Rahmen von Präsenzveranstaltungen absolvieren. Den überwiegenden Teil des Programms mussten sich die Teilnehmer auf einer E-Learning-Plattform im Selbststudium am Arbeitsplatz aneignen. Im Jahre 2004 war die Umstellung der Weiterqualifizierung auf die Distance Learning-Struktur vereinbart worden, weil die insgesamt achtwöchige weiterbildungsbedingte Abwesenheit der Justizbeamten nicht mehr mit den dienstlichen Erfordernissen in den Gerichten, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten vereinbar war. In einem neuen Konzept sollten zwar die gleichen Inhalte im jeweils notwendigen Umfang vermittelt werden, jedoch insgesamt mit weniger Abwesenheit der Beamten vom Arbeitsplatz. Das Team der Hochschule um Prorektor Prof. Dr. Hopp entwickelte in insgesamt sechs Fachgebieten ein Konzept mit Präsenzveranstaltungen und E-Learning-Phasen

5.8. EU-Dienstleistungsrichtlinie

Projektleitung: Prof. Dipl.-Phys. Peter Schilling

Im Verlauf des Forschungssemesters arbeitete Prof. Schilling im Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS der Fraunhofer-Gesellschaft, Berlin schwerpunktmäßig an zwei Themengebieten mit:

- Verzeichnisbasierter Zuständigkeitsfinder
- EU-Dienstleistungsrichtlinie

Außerdem konnte er an weiteren kleineren Projekten mitwirken, die innovative Lösungen für die IT-Unterstützung der öffentlichen Verwaltung zum Ziel haben.

Derzeit laufen in Deutschland Vorarbeiten zur Umsetzung der Behördenrufnummer 115 und der EU-Dienstleistungsrichtlinie. Für diese flächendeckend zu realisierenden Projekte ist es erforderlich, die Auskunftsfähigkeit Front-Offices der öffentlichen Verwaltung auf einem übergreifend elektronisch verfügbaren und aktuellen Stand zu halten. Ein Verzeichnisbasierter Zuständigkeitsfinder erscheint nach den Voruntersuchungen weitaus am besten geeignet, die resultierenden Anforderungen zu erfüllen. Mit den damals bestehenden Vorarbeiten wurden in einem internen Projektbericht² wesentliche Grundlagen erarbeitet. Auf dieser Grundlage sind inzwischen weitere Veröffentlichungen bei FOKUS erstellt worden.

Die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie erfordert darüber hinaus weitere erhebliche Anstrengungen. Die rechtlich bindende Forderung, dass alle einschlägigen Verfahren für eine Abwicklung „elektronisch und aus der Ferne“ angeboten werden müssen, erfordert erstmals zwingend die Realisierung elektronischer Verfahren. Außerdem muss durch den „Einheitlichen Ansprechpartner“ eine behördenübergreifende Bearbeitung i.S. eines Front-Office möglich sein.

Dies erfordert eine interdisziplinäre Erarbeitung von Lösungen. FOKUS hat auf der Basis der Grundlagenarbeiten zu Konzepten und Prototypen, an denen Prof. Schilling intensiv beteiligt war, unter anderem eine in der Fachwelt vielbeachtete Veröffentlichung zu IT-Architektur³ des EAP erstellt.

Auf Wunsch des Instituts wurde die Zusammenarbeit mit Prof. Schilling im Sommersemester 2008 fortgesetzt und wird auch im kommenden Studienjahr fortgeführt.

Aus der Tätigkeit entstanden auch folgende Veröffentlichungen von Prof. Schilling:

Schilling, Peter (2008): Compliance bei der Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie - Die Anforderungen an die Verfahren der Behörden (Vortrag bei der FTVI 2008, 10.-11.04.2008 - Veranstalter Univ. Potsdam, Fachgruppe Verwaltungsinformatik der GI); außerdem veröffentlicht auf http://moderne-verwaltung.de/fach_lang/FLNR0018.pdf

- Schilling, Peter (2008): Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie als Chance (Vortrag auf der Tagung One Stop Government - Ludwigsburg 17./18.04.2008 - Veranstalter Alcatel-Lucent Stiftung HÖV Ludwigsburg)
- Schilling, Peter (2008) mit Beiträgen von Tobler, Christa (U Basel und U Leiden) und Delli, Chantal (U Basel), Eckert, Klaus-Peter, (FhG-Institut FOKUS Berlin): Neuland EU-Dienstleistungsrichtlinie - Eine strategie- und lösungsorientierte Übersicht für Unternehmen, Behörden und ihre IT-Berater – Buchveröffentlichung im Herbst 2008.

² Klessmann, Jens; Lucke, Jörn von; Schilling, Peter (2008): Verzeichnisbasierter Zuständigkeitsfinder (VZF). Projektbeschreibung. (Interner Bericht. Fraunhofer Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS. Berlin)

³ IT-Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie: Gestaltungsoptionen, Rahmenarchitektur und technischer Lösungsvorschlag - Version 2.0 (August 2008) - http://www.fokus.fraunhofer.de/de/elan/publikationen/Infomaterial/white_paper/DLR_2_0/index.html

5.9. Gender-Mainstreaming - Chancengleichheit der Studierenden

Projektleitung: Prof.'in Uta Vondung, Prof.'in Dr. Eleonore Kohler-Gehrig

Auswertung und Analyse einer empirischen Erhebung bei den Studierenden der Hochschulen Kehl und Ludwigsburg

Die im Rahmen des Forschungsprojekts Gendermainstreaming im Studium des gehobenen Verwaltungsdienstes erfolgte Erhebung bei den Studierenden der Hochschulen Kehl und Ludwigsburg zur Frage der Chancengleichheit ist mittlerweile von den Gleichstellungsbeauftragten der beiden Hochschulen mit Unterstützung einer Sozialwissenschaftlerin ausgewertet und analysiert worden. Die Ergebnisse dieser Umfrage zeigen auf, dass tradierte Geschlechterrollen bei den Studierenden noch sehr präsent sind, dass sich die Studentinnen jedoch bereits in Richtung Gleichstellung bewegen. Im Gegensatz zu ihnen haben die Studenten noch eher Schwierigkeiten, diese Umstellung anzuerkennen und empfinden gesetzliche Gleichstellungsbemühungen teilweise als Diskriminierung. Zu den Ergebnissen der Erhebung im Einzelnen wird auf den in der Zeitschrift BW Aktuell veröffentlichten - Text verwiesen.

5.10. Dritter Europäischer Hochschultag

Projektleiter: Prof. Dr. Helmut Hopp

Am 07. Dezember 2008 konnte der *Dritte Europäische Hochschultag* an der Hochschule Ludwigsburg stattfinden. Das Generalthema lautete: *Europa in Baden-Württemberg*. Als Hauptredner sprach Ministerpräsident a.D. Dr. Erwin Teufel. „Europa in eine bessere Verfassung bringen“ – so lautete der Titel einer überaus engagierten Rede des überzeugten Europäers. Des Weiteren waren Dr. Andreas Weber, Landesstiftung Baden-Württemberg, Dr. Alexandra Zoller, Staatsministerium Baden-Württemberg und Peter Martin, Vertretung der Europäischen Kommission mit Referaten vertreten. Das Europäische Hochschultag ist inzwischen zur einen Institution geworden. Er wird unter der Federführung von Prof. Dr. Helmut Hopp und der Koordination von Diplom-Verwaltungswirtin Stephanie Forscht von aktuellen Masterstudierenden geplant und organisiert. Der Vierte Europäische Hochschultag wird am 15. Dezember 2008 zusammen mit der Stadt Ludwigsburg durchgeführt. Dieses Mal geht es um das „EU-Wettbewerbsrecht“, als Hauptredner konnte Herr Präsident Heinrich Haasis, Deutscher Sparkassen- und Giroverband, gewonnen werden.

6. Bericht der Didaktikbeauftragten

Frau Prof. Dr. Eleonora Kohler-Gehrig

6.1. Hochschuldidaktische Grundlagenkurse für Lehrbeauftragte

Die Zahl der Lehrbeauftragten an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg steigt noch immer an. Ständig kommen neue Lehrbeauftragte hinzu, da erfahrene Lehrbeauftragte altershalber ausscheiden. Für die Lehrbeauftragten wurde in Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle der Studienkommission für Hochschuldidaktik in Karlsruhe am 27.09.2007 ein hochschuldidaktischer Basiskurs und am 02.10.2007 ein hochschuldidaktischer Aufbaukurs angeboten. Wegen der überaus positiven Resonanz fand am 08.11.2007 kurzfristig ein weiterer Basiskurs statt.

6.2. Themenveranstaltungen für Professoren, Professorinnen und Lehrbeauftragte

Die Einführung der Bachelor-Studiengänge führt zu einer deutlichen Zunahme an mündlichen und schriftlichen Prüfungen. Deshalb wurde am 21.11.2007 ein Workshop zum Thema „Schriftliche Prüfungen stellen und auswerten“ für Lehrbeauftragte, Professoren und Professorinnen veranstaltet unter Leitung von Prof. Roloff von der Fachhochschule Offenburg. In der Evaluation drückten Studierende den Wunsch nach mehr Schwung in den Vorlesungen aus. Um dieser Anregung nachzukommen, führte die Theaterpädagogin Hedwig Golpon am 17.03.2008 einen Workshop zur Präsentationsdramaturgie durch.

Die Beschäftigung mit lern- und gedächtnispsychologischen Forschungsergebnissen der Erwachsenenbildung ist erforderlich zur Optimierung des Lehr-Lern-Prozesses. Am 23.04.2008 stellte der Psychiater Dr. Nenad Vasic die Neurowissenschaftliche Grundlagen und Erkenntnisse zum Thema Lernen vor.

6.3. Teilnahme ans auswärtigen Veranstaltungen

Die Hochschule ist in der Studienkommission für Hochschuldidaktik und am Tag der Lehre vertreten. In Zusammenarbeit mit Kollegen und Kolleginnen anderer Hochschulen sollen neue Wege in der Lehre entwickelt werden, um die Schlüsselqualifikationen der Studierenden zu erhöhen und den Weg in ein lebenslanges Lernen durch Erhöhung der Selbstlernkompetenzen der Studierenden vorzubereiten.

6.4. e-Learning

Für die Hochschulen für öffentliche Verwaltung wurde die gemeinsame Lernplattform Ilias entwickelt. Zahlreiche Kolleginnen und Kollegen unserer und anderer Hochschulen haben auf Ilias eigene Lernmaterialien eingestellt. Insofern bietet Ilias die Funktion einer Online-Bibliothek.

Im Zuge der Einführung der Bachelor-Studiengänge wird es von zunehmender Bedeutung, die Selbstlernkompetenz der Studierenden zu stärken und deren Studienerfolg flexibel zu begleiten. Proseminare und Projekte sollen die Fähigkeit der Studierenden zu selbständigem und eigen gesteuertem Lernen und zur Teamarbeit fördern. Dies macht neue Formen der Lehre, der Zusammenarbeit und der Kommunikation erforderlich. Ilias bietet die Möglichkeit zu gemeinsamem Administrieren und Kommunizieren in Kursen und Gruppen. Die Kommunikation unter den Gruppenmitgliedern kann durch Foren und Chats und den Austausch von Lernmaterialien erfolgen.

Die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen ist aktiv an der Entwicklung und Erprobung neuer e-learning-Angebote beteiligt. Daneben wird das erprobte Angebot an Lernmaterialien in der Dokumenten-Daten-Bank ddp sowie der Skripte und Links auf der Homepage der Hochschule ständig gepflegt und erweitert.

7. Ethikbeauftragter

Prof. Dr. Hans-Dieter Rath

Die Tradition der Ethikreihe wurde im Berichtszeitraum fortgesetzt.

WS 2006/07

- "Glück und Gesundheit" waren die Leitthemen der Ethikreihe im W2006/07. Nach der einführenden Vorstellung der Spielarten von Glück durch Prof. Dr. Michael Würz, Hochschule für Technik, Karlsruhe in seinem Vortrag „Glück – was ist das ? Philosophische Konzepte eines gelingenden Lebens“ referierte Heinz-Peter Ohm, Dipl. Sozialwirt, Gesundheitsamt der LHS Stuttgart über den (neuen) Begriff und das Verständnis von Gesundheit : „Salutogenese – oder wie entsteht Gesundheit ?“ Einen weiteren Baustein zu Gesundheit und der Frage, was hält gesund, beschrieb die Veranstaltung "Resilienz – Gesund bleiben in Veränderungsprozessen" mit Angelika Feurer, Diplompädagogin im Haupt- und Personalamt der LHS Stuttgart (und dort vor allem als Konfliktberaterin tätig). Als ein Höhepunkt erwies sich die Veranstaltung mit Prof. Dr. Wilhelm Schmid aus Berlin, der die Philosophie der Lebenskunst „wiederentdeckt“ und in vielen Publikationen in der speziellen Reihe der >Bibliothek der Lebenskunst< bekannt gemacht und fortgeführt hat. Sein spannender und alle Teilnehmer beeindruckender Vortrag „Gesundheit und Lebenskunst“ verknüpfte gelungen die gespannten Fäden zwischen Glück und Gesundheit.
- Anwendungsorientiert referierte nochmals Holger Gehlenborg, Dipl. Sozialpädagoge und Koordinator der betrieblichen Gesundheitsvorsorge beim Haupt- und Personalamt der LHS Stuttgart zum Thema „Gesundheit im öffentlichen Dienst“.
- Wiederaufgelegt wurde für die Studierenden „als erfolgreicher Klassiker“ das Blockseminar „Konfliktmanagement“, Grund- und Aufbaukurs, mit Angelika Feurer.

WS 2007/08

In Fortsetzung der Ethikreihe war Leitthema im WS 2007/08 die Frage „Was eigentlich heißt <gerecht>“?

- Die Veranstaltungsreihe eröffnete im Oktober Hans-Jörg Gittler mit dem Thema "Die Grundlagen und Auswirkungen des Wettbewerbstärkungsgesetzes", so der Name des Gesetzes zur Gesundheitsreform, die nach langwieriger und kontroverser Diskussion zum 1. April 2007 in Kraft trat. Der Referent, Vorstandsvorsitzender der Bahnbetriebskrankenkasse, selbst als Gesundheitsexperte im gesundheits-politischen Diskurs in Berlin involviert, informierte sachkundig und engagiert über Schwächen und Perspektiven der Gesundheitsreform. Dabei gelang ihm auch, einen kleinen Einblick in das Interessendickicht von Ärzten, Verbänden und Kassen unseres Gesundheitssystems zu vermitteln. Was bleibt ist die Hoffnung, dass der eingeschlagene „Gesundheitspfad“ von heute nicht die Sackgasse von morgen wird.
- Mit der Frage nach Gerechtigkeit befasste sich dann grundsätzlich das anschließende Thema von Prof. Johann Bader „Recht und Gerechtigkeit“. Mag auch die Gerechtigkeit des Rechts ein Dauerproblem moderner Gesellschaften darstellen, ist das Recht in seiner gegenwärtigen Gestalt entscheidend durch die Positivierung des Rechts geprägt. Diesen Sachverhalt spitzte Prof. Bader zu der provokanten These zu, dass Recht und Gerechtigkeit grundverschiedene Kategorien bezeichnen, die in keinem Zusammenhang stehen. Die dem Vortrag folgende Diskussion fand damit und dem Problem des „gerechten Rechts“ ihre Themen.
- Eine andere Lesart von Gerechtigkeit stellte Dr. Meinrad Limbeck, Akad. Oberrat i.R. an der theologischen Fakultät der Universität Tübingen, mit seinem Vortrag „Gerech-

tigkeit aus biblischer Sicht“ vor. Beeindruckend war hier der weite, theologisch fundierte, gleichwohl nicht religionsdogmatisch verengte Blick auf die Gerechtigkeitsfrage. „Gerecht“ in diesem Gott und damit dem Menschen zugewandten Verständnis ist nicht, wer vorgegebenen Normen folgt, sondern dem Leben, einer Beziehung, einer Aufgabe oder Verpflichtung gerecht wird und in Verantwortung für die anderen hilft, jenen Recht zu verschaffen, die rechtlos sind. Vielleicht finden sich in dieser von Dr. Limbeck vorgestellten biblischen Sicht auf die Gerechtigkeit Perspektiven „christlicher Nachhaltigkeit“.

- Schließlich widmete sich die letzte Veranstaltung der Gerechtigkeitsfrage „im Lichte“ der Verfassung, des Grundgesetzes. Die Referentin, Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, Richterin des Bundesverfassungsgerichts, thematisierte in ihrem Vortrag den Zusammenhang von „Gerechtigkeit und Sozialstaatsgebot“. Bekanntlich ist der Sozialstaat die Antwort auf das historische Defizit der klassischen Rechtsstaatskonzeption, die die Realisierungsbedingungen von Freiheit und mithin die soziale Frage ausblendet. Nachdem in der Gegenwart sozialstaatliche Errungenschaften unter dem Diktat der Ökonomie zunehmend als Auslaufmodell betrachtet werden, war der verfassungsrechtliche und insbesondere verfassungsgerichtliche Blick auf die grundgesetzlichen Vorgaben von hoher Aktualität. Die Referentin, die sich nach ihrer beruflichen Biographie in unterschiedlichen Funktionen – als Richterin am Sozial- und Landessozialgericht, Sozialdezernentin einer Großstadt, Ministerin für Justiz sowie Wissenschaft und Kunst -- mit der sozialen Realität auseinander zu setzen hatte, bezog eine begründete Position für das sozialstaatliche Verfassungsgebot und seinem Leitgedanken der sozialen Gerechtigkeit. Die Prinzipien Freiheit und Gleichheit werden dabei nicht - wie heute wieder (auch bei Verfassungsrechtlern) geläufig – als konkurrierende Gegensätze sondern als ein gegenseitiges Bedingungsverhältnis begriffen. Soll die Gesellschaft nicht (weiter) auseinanderdriften, ist Einsicht geboten in das, was eine Gesellschaft zusammenhält und reale Freiheit ermöglicht.
- Im Rahmen der Ethikreihe wurde außerdem wieder das stark nachgefragte „klassische“ Blockseminar „Konfliktmanagement“ mit Angelika Feurer, Diplompädagogin und Konfliktberaterin bei der Landeshauptstadt Stuttgart durchgeführt. Der Grundkurs „Trotz Konflikten gesund bleiben“ wie der Aufbaukurs „Führen und Leiten in Konfliktsituationen“ geben Strategien und Techniken an die Hand, Konflikte im privaten Lebenswie im Berufsumfeld zu analysieren und zu lösen.

8. Ringvorlesungen

Prof. Dr. Volkmar Kese

Aufgrund zahlreicher berufsbedingter und gesundheitlicher Absagen von Referenten sind die beabsichtigten und schon eingeplanten Vorträge und Workshops leider ausgefallen. Vorgesehen war die Abarbeitung folgender Themen:

- „Strategische und rechtliche Probleme der Interkommunalen Zusammenarbeit“,
- „Umsetzungsstand und Probleme der Dienstleistungsrichtlinie“,
- „Reform oder Revolution des europäischen Beihilfewesens“,
- „Der Europäische Sozialfonds – Modifikation seiner Grundlagen infolge des Übergangs zum neuen Planungszeitraum 2007 bis 2013“,
- „Kommunales Wirtschaften im Spannungsfeld zwischen europäischer Wettbewerbs- und Industriepolitik“.

Die meisten Referenten haben die Nachholung ihrer Vorträge angekündigt.

9. Funktionen des Hochschulsports

Stl Günter Lauer; Hochschulbeauftragter für den Sport

Hochschulsport

Um den Hochschulalltag abwechslungsreicher zu gestalten, konnten wir in den vergangenen Jahren den Studierenden und Lehrkräften ein attraktives und vielseitiges Sportprogramm anbieten. Die in unmittelbarer Nähe liegenden Sportanlagen teilen wir uns mit 3 weiteren Institutionen. Nach Absprache mit deren Sportbeauftragten, hatten wir auch die Gelegenheit, die Sporthallen und Rasenplätze für interne Turniere zu belegen.

Unter dem Motto „Schlanke Verwaltung“ war für jeden etwas dabei:

- Das von Montag bis Freitag zugängliche *Kraftstudio* im Hause der PH Ludwigsburg.
- Die Begeisterten des *Tennisports* konnten von April bis September auf 3 Hartplätzen der Tennisanlage ihr Racket schwingen.
- Tägliches *Schwimmen* vor Beginn des Unterrichts und Allgemeiner Badetag am Dienstag und Donnerstag für alle Schwimmer und Nichtschwimmer.
- Der einmal wöchentlich stattfindende *Lauftreff* auf unserem Sportgelände, mit begleitender Unterstützung geschulter Übungsleiter der Staatlichen Sportakademie und des Staatlichen Gesundheitsamtes Ludwigsburg.

Speziell den Studierenden wurden die Sporthallen montags, dienstags und donnerstags ab 18:00 Uhr angeboten, die man mit breitgefächerten Sportarten belegen konnte:

montags Handball und *Aerobic*
dienstags Fußball und *Skigymnastik*
donnerstags Badminton und *Volleyball*

Zielsetzung des Allgemeinen Hochschulsports

Der AHS bietet im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten allen Angehörigen ein möglichst vielseitiges Sportangebot. Über verschiedene Bereiche und Sportarten sollen möglichst viele Studierende und Hochschulangehörige zur aktiven Teilnahme motiviert werden.

- In breitensportlich orientierten Angeboten sollen die unterschiedlichen Interessen, Erwartungen und Voraussetzungen der Teilnehmer berücksichtigt werden.
- In Angeboten, die sich am Wettkampfsport orientieren oder auf ihn hinarbeiten (z.B. ADH Turniere, Hochschulvergleichskämpfe) werden entsprechende Leistungsvoraussetzungen und -erwartungen der Beteiligten aufgegriffen.

Wettkampfsport

Für die meisten Teilnehmer unseres AHS-Sportangebots ist die Teilnahme an Wettkämpfen sicher kein vorrangiges Motiv zum Mitmachen. Viele aktive Sportler unter unseren Studierenden haben ihren festen Platz in heimischen Vereinstams und somit genügend Gelegenheit zur Teilnahme am Wettkampfsport.

10. Jahresbericht LIP – Projekte 2007/2008

Ludwigsburger Institut für innovative Projekte in Verwaltung, Wirtschaft und Recht
Prof. Dr. Joachim Klink, Vorsitzender LIP e.V.

LIP – Projekt: GEMEINDEHAUSHALTSANALYSEN, in Kooperation mit der IHK Stuttgart und weiteren IHKs

LIP e.V. übernahm für die 12 Industrie - und Handelskammern in Baden-Württemberg - federführend sind die IHKs Stuttgart und Konstanz - seit 2001 in den Jahren 2007 und 2008 bereits zum 7. und 8. Mal die wissenschaftliche Durchführung des Projektes „Erstellung eines Gutachtens zur Analyse der Haushalte für 99 große Kreisstädte und kreisfreie Städte in Baden-Württemberg“. Die von den Professoren Prorektor Wolfgang Rieth und Klaus Ade vom LIP wahrgenommenen Arbeiten beinhalten die Erfassung (= empirische Sammlung von Fakten wie Kennzahlen usw.), mathematische Auswertung der gesammelten Fakten in Tabellen und Zahlenkolonnen, die Vergleichsmöglichkeiten eröffnet, sowie eine übersichtliche Darstellung mitsamt begleitendem Text. Die Untersuchung/Analyse erstreckt sich auf den Kernhaushalt und auf Eigenbetriebe.

Zusatzauswertungen für einzelne Landkreise und Städte ermöglichen diesen noch weitere Transparenz.

LIP – Projekt: BÜRGERMEISTERKANDIDATEN- SEMINAR

Die Fachhochschulen Kehl und Ludwigsburg, bzw. deren Fortbildungseinrichtungen, die Kehler Akademie und das LIP e.V., Ludwigsburger Institut für innovative Projekte haben im Oktober 2007 in Ludwigsburg zum achten Mal ein gemeinsames dreitägiges Seminar für Bürgermeisterkandidatinnen und Kandidaten durchgeführt. Seit der erfolgreichen ersten Kooperation im Oktober 2000 wird das Seminar abwechselnd in Kehl und in Ludwigsburg angeboten.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren 18 interessierte Bürgermeisterkandidatinnen und Kandidaten nicht nur aus dem Land Baden-Württemberg, sondern darüber hinaus auch aus einer Reihe anderer Bundesländer, die mittlerweile fast alle die Volkswahl des Bürgermeisters eingeführt haben.

Ausgewählte Referenten berichteten „aus erster Hand“ über ihre praktischen Erfahrungen im Wahlkampf, bei dessen Vorbereitung und im Amt, sind aber auch stets in der Lage gewesen, die vermittelten Themen wissenschaftlich zu begründen. Dazu hin gab es viele Informationen und Hintergrundwissen zu Themen wie Rechtsstellung und Sozialprofil des Bürgermeisters, dessen Besoldung und Versorgung, das Kommunalwahlsystem, rechtliche Grundsätze, die es bei der Kandidatur zu beachten gilt, Vermeidung von Wahlanfechtungsgründen u.v.m. Ein Schwerpunkt waren Übungsmöglichkeiten für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer: so wurden Vorstellungsreden, Hausbesuche, Vorstellungen bei örtlichen Gruppierungen, Vereinen und Persönlichkeiten, Vorstellungen in Gaststätten und Versammlungsräumen vor laufender Videokamera geübt, das Ergebnis gemeinsam analysiert und diskutiert sowie die entsprechende Videokassette anschließend jeder Teilnehmerin und jedem Teilnehmer zu häuslichen Nachbereitung mitgegeben. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten neben interessanter Literatur auch jeweils einen Leitfaden zu den einzelnen Themenblöcken.

Das Referententeam setzte sich zusammen aus: Frau Bürgermeisterin Dorothea Bachmann sowie den Herren Ex-Bürgermeister Peter Dietz, Prof. Konrad Faiß, Prof. Dr. Berthold Löffler, Prof. Dr. Hans-Georg Wehling, Prof. Paul Witt und Hauptamtsleiter Lars Brügner. Die Leitung des Seminars hatte Prof. Dr. Joachim Klink.

Das Seminar wurde von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern herausragend evaluiert, die einzelnen Beiträge / Referenten wurden im Durchschnitt mit Votierungen zwischen

sehr gut und gut bewertet, das Gesamtseminar mit Orga, Moderation und Betreuung insgesamt mit sehr gut!

LIP – Projekt: SEMINAR KOMMUNALE VERKEHRSSICHERUNGSPFLICHTEN; gesteigerte haftungsrechtliche Pflichtenanspannung für Städte und Gemeinden. Für Führungskräfte und MitarbeiterInnen von Kommunen.

Die Verantwortlichkeit der Städte und Gemeinden für die von ihnen betriebenen öffentlichen Einrichtungen, aber auch für eine ganze Reihe von natürlichen Gefahrenquellen, wirft immer wieder hochbrisante Haftungsfragen auf.

Grundsätzlich können sich unsere Kommunen der Schadensersatzpflicht für Unglücksfälle nicht entziehen, die sich bei der Benutzung derartiger Einrichtungen bzw. Gefahrenquellen durch Bürger ereignen.

Um Inhalte und Grenzen dieser Haftung und die neueste Entwicklung in der Rechtsprechung ging es in diesem Seminar, ein Trend zum Anlegen strengerer Maßstäbe wurde erkennbar. Schwerpunktmäßig wurde insbesondere aufgezeigt, bei Erfüllung welcher Pflichten und Treffen welcher Vorkehrungen durch unsere Kommunen das Haftungsrisiko minimiert werden kann.

Dargelegt und diskutiert wurde die Problematik praxisnah an Beispielen wie dem Badeunfall im gemeindlichen Schwimmbad (Ertrinken von Kindern, Rutschbahnunfall), im Baggersee oder im Löschwasserteich, dem Einbrechen in die Eisdecke beim Schlittschuhlauf, dem tödlichen Unfall durch Kontakt mit Starkstromleitungen, dem Unglücksfall an Fußgängerüberwegen- und -brücken, Bodenwellen, Vertiefungen oder Belüftungsschächten an Bürgersteigen, Schadensereignissen auf Kinderspielflächen und Trimm-Dich-Pfaden, der Haftung für den gemeindlichen Baumbestand im Wald und am Straßenrand sowie Fragen zur winterlichen Streupflicht.

Seminarreferent der am 7.05.2008 stattfindenden Veranstaltung war Prof. Dr. Joachim Klink.

**LIP – Projekt: BETREUUNGSEINRICHTUNGEN FÜR KINDER
Beratung des Personalrats des Jugendamts der Stadt Stuttgart zu Fragen der Er-
richtung eines Eigenbetriebs in dem genannten Bereich**

Einzelheiten über das Vorhaben waren der Tagespresse zu entnehmen.

LIP – Projektbetreuer war Herr Professor Heinz Kölz.

11. Personelle Veränderungen

11.1. Neue Professorinnen und Professoren

ab 01. September 2009

Prof. Walter Buttler, Öffentliche Finanz- und Betriebswirtschaft

Prof. Günter Maus, Steuern von Einkommen u. Erträgen, Bilanzsteuerrecht, Wirtschaftswissenschaft, Öffentliches Recht

Prof. Dr. Oliver Sievering, Öffentliche Finanz- und Betriebswirtschaft

Berufung erfolgt zum 01. März 2009

Prof. Dr. Claudia Schneider, Organisations- und Personalmanagement

11.2. Ruhestand

29. Februar 2008, Prof. Dr. Gerd Kirchhoff, Fakultät I

29. Februar 2008, Prof. Eike Mußmann, Fakultät I

29. Februar 2008, Prof. Konrad Ruf, Fakultät II

31. August 2008, Prof. Fritz Hieber, Fakultät I

31. August 2008, Prof. Dieter Völkel, Fakultät II

11.3. Ausgeschiedene Verwaltungsmitarbeiter

31. Januar 2008, Beschäftigte im Studentensekretariat Celia Böhm

11.4. Neu eingestellte Verwaltungsmitarbeiter

01. Dezember 2007, Beschäftigter im Bereich Öffentlichkeitsarbeit Florian Kunz

17. März 2008, Beschäftigte im Studentensekretariat Julia Griese

01. Mai 2008, Beschäftigte im Studentensekretariat Christine Pflüger

11.5. Dienstjubiläum

18.12.2007 Prof.'in Regine Volk 25- jähriges Dienstjubiläum

24.02.2008 Prof. Schad 40-jähriges Dienstjubiläum

27.03.2008 Prof. Dr. Alber 40-jähriges Dienstjubiläum

06.07. 2008 Prof. J. Schmitt 40-jähriges Dienstjubiläum

29.07.2008 Prof. Heinz 40-jähriges Dienstjubiläum

11.6. Ehrungen

Die Technische Universität Gabrovo/Bulgarien hat Herrn Prorektor Prof. Dr. Hopp die Ehrendoktorwürde verliehen.

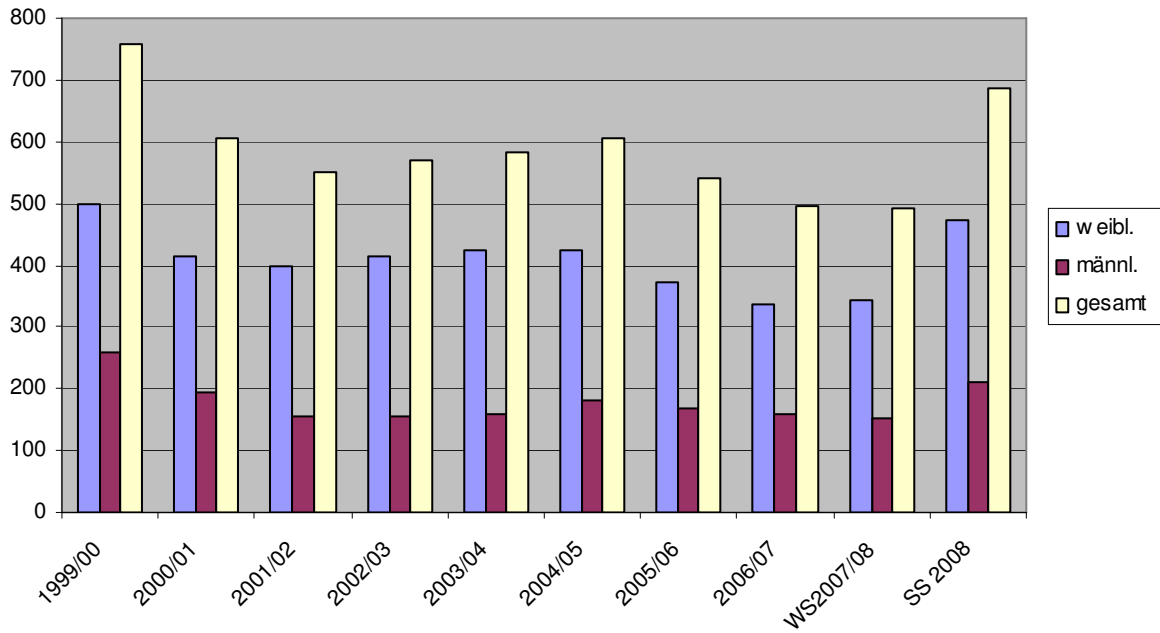
Prof. Walter Maier, Rektor der Hochschule Ludwigsburg, ist von der Fakultät für Verwaltungswissenschaften der Corvinus Universität Budapest mit der "Zoltán Magyary"-Gedenkmünze ausgezeichnet worden.

12. Statistiken

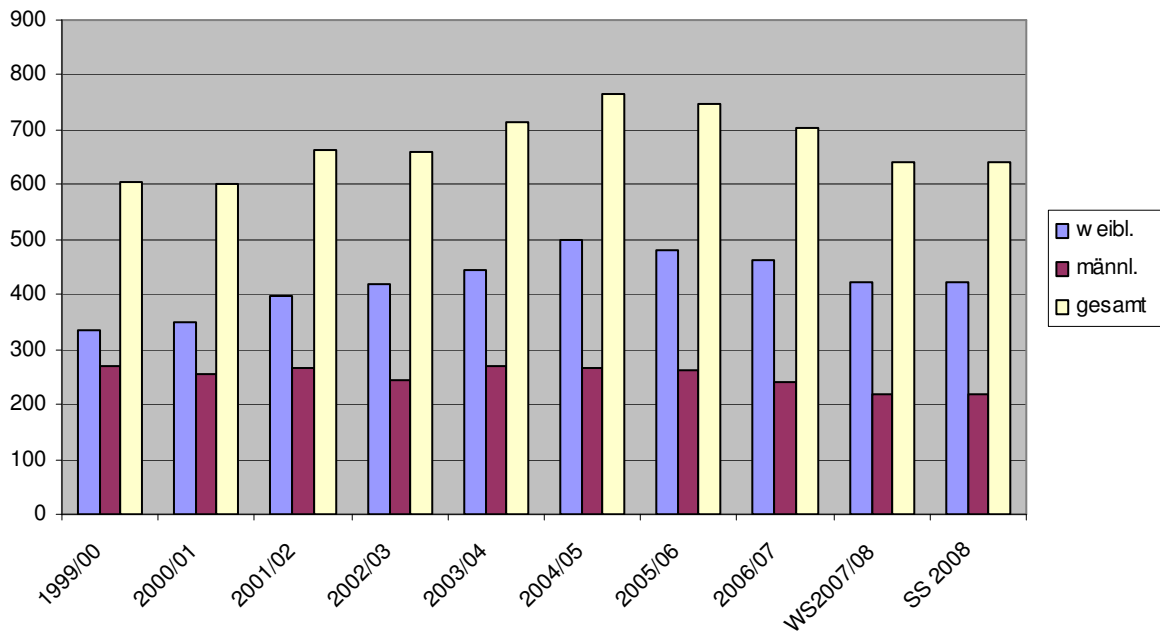
12.1. Entwicklung der Studierendenzahlen

Studienjahr	Innenverwaltung			Rentenversicherung			Allg. Finanzverwaltung			Steuerverwaltung			Fachbereiche insgesamt		
	weibl.	männl.	gesamt	weibl.	männl.	gesamt	weibl.	männl.	gesamt	weibl.	männl.	gesamt	weibl.	männl.	gesamt
1999/00	500	258	758	89	53	142	73	26	99	336	269	605	998	606	1604
2000/01	413	194	607	87	54	141	68	31	99	349	254	603	917	533	1450
2001/02	397	154	551	104	47	151	76	32	108	398	266	664	975	499	1474
2002/03	416	154	570	118	51	169	80	30	110	418	243	661	1032	478	1510
2003/04	424	159	583	124	45	169	79	36	115	445	269	714	1072	509	1581
2004/05	424	182	606	123	42	165	66	43	109	498	266	764	1111	533	1644
2005/06	371	170	541	114	31	145	65	44	109	482	264	746	1032	509	1541
2006/07	336	158	494	99	25	124	62	40	102	464	241	705	961	464	1425
WS2007/08	342	151	493	87	23	110	66	38	104	423	218	641	918	430	1381
SS 2008	474	212	686	87	23	110	66	38	104	423	218	641	1050	491	1541

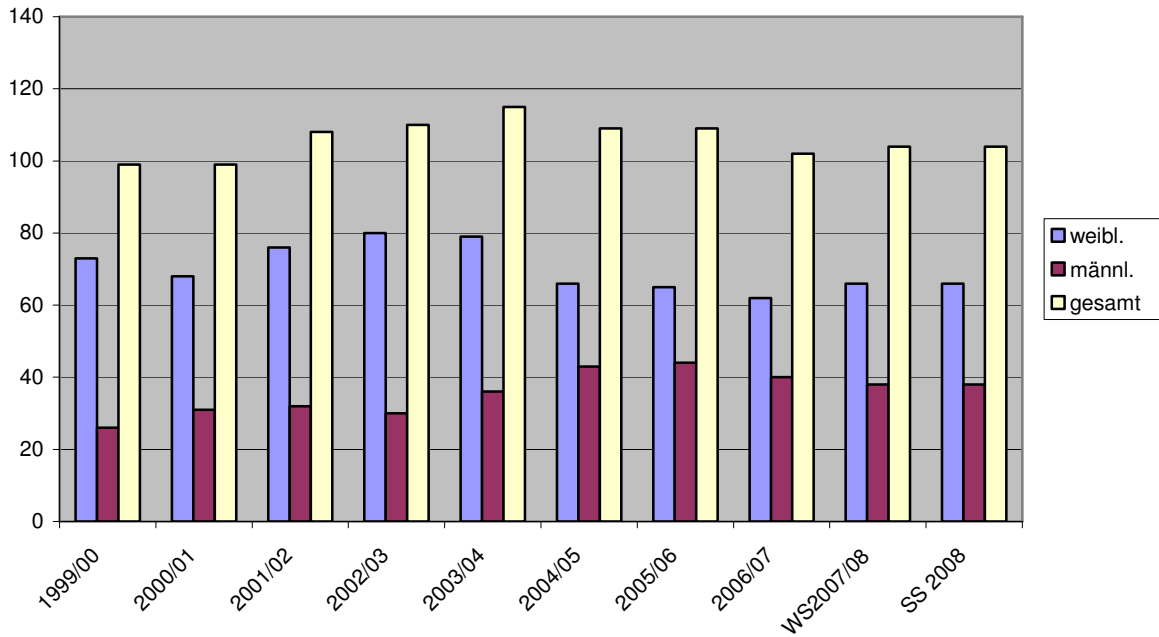
Entwicklung der Studierendenzahlen in der Innenverwaltung



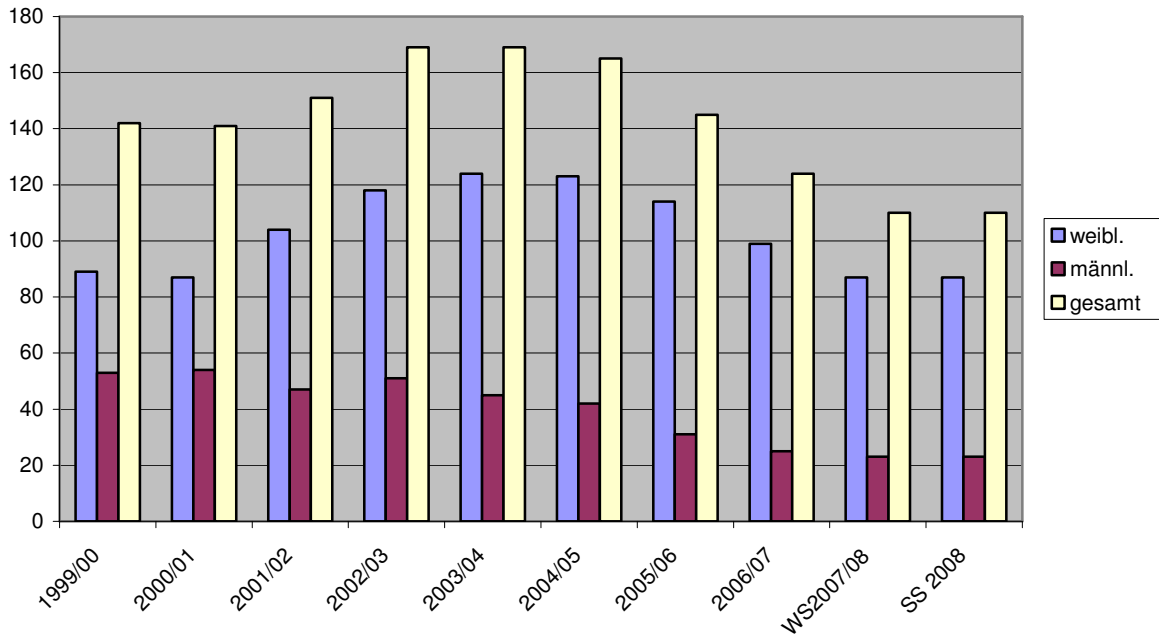
Entwicklung der Studierendenzahlen in der Steuerverwaltung



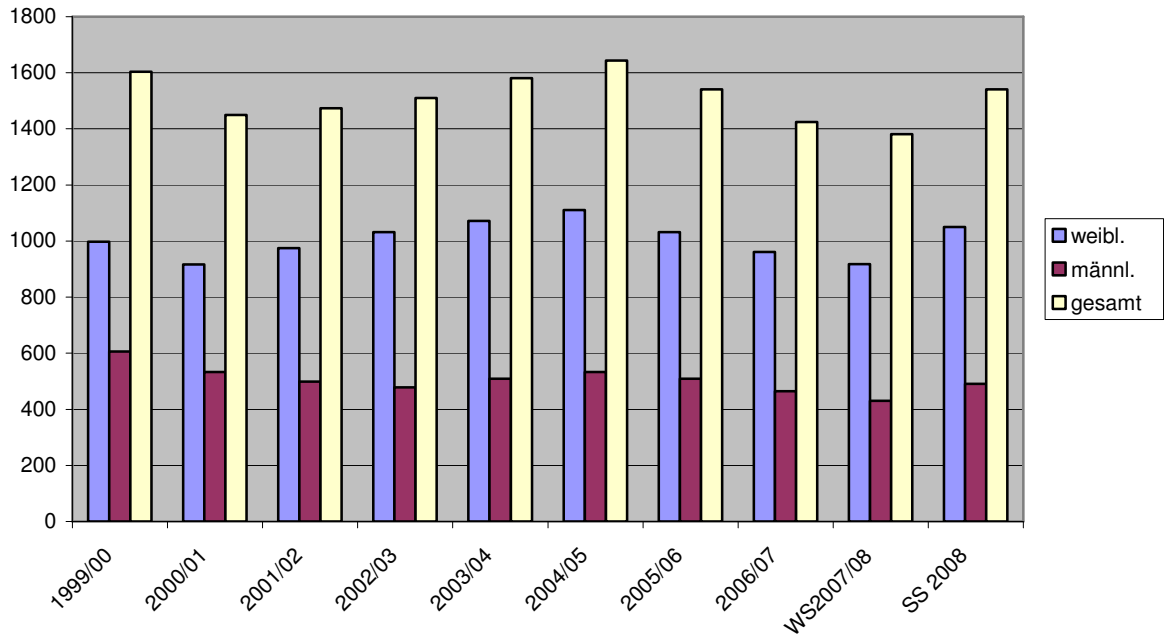
Entwicklung der Studierendenzahlen in der Allg. Finanzverwaltung



Entwicklung der Studierendenzahlen in der Rentenversicherung



Entwicklung der Studierendenzahlen in den Fachbereichen insgesamt



12.2. Entwicklung der Zahl der Lehrbeauftragten

Studienjahr 05/06

	weiblich	männlich	insgesamt
FB I	40	73	113
FB II	20	85	105
FB III	19	60	79
FB IV	15	45	60
insgesamt	94	263	357

Studienjahr 06/07

	weiblich	männlich	insgesamt
Fakultät I	81	220	301
Fakultät II	9	37	46
insgesamt	90	257	347

Studienjahr 07/08

	weiblich	männlich	insgesamt
Fakultät I	109	288	397
Fakultät II	6	39	45
insgesamt	115	327	442

13. Anlagen

13.1. Professoren

Name	Lehrfach	Fak.
Ade , Klaus	Kommunales Wirtschaftsrecht, Steuerepflicht öffentliche Betriebe, Öffentliche BWL, Kommunalverfassungsrecht	I
Alber , Dr. Peter-Paul	Grundlagen des Verwaltungsrechts, Öff. Dienstrecht	I
Altpeter , Wolfgang	Grundlagen des Verwaltungsrechts, Baurecht	I
Bächle , Dr. Ekkehard	St.v.Eink.u.Ertr., Internat. SteuerR, Öff. R., UmsatzSt.	II
Becker , Günther	StaatsR, Allg. VerwR, Privatrecht	I
Berndt , Margarethe	Buchführung, BilanzsteuerR, UmsatzSt, WirtschaftsWiss., öff. Recht	II
Brehm , Bernhard	PrivatR, Umsatzsteuer, VerfahrensR	II
Buchfink , Rolf	Staatsrecht, Grundlagen des VerwR	I
Büchner , Dr. Hans	Grundlagen des VerwR, Baurecht	I
Buttler , Walter	Öffentliche Finanz- und Betriebswirtschaft	I
Dehner , Klaus	Bewertg., öff. Recht, PrivatR	II
Diebold , Annemarie	Allg. VerwR, SozialR, insbes. SGB I und X, SGG	I
Diringer Dr., Arnd	Privatrecht	I
Erwe , Dr. Helmut	SozVersRecht, RentenversR, Staatslehre/Staatsrecht, IK Öffentliche Betriebe, Krankenhauswesen	I
Fanck , Bernfried	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr., Umsatzsteuer	II
Fellmeth , Peter	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr., Umsatzsteuer	II
Götzenberger , Wolfgang	UmsatzSt., VerfahrensR, PrivatR	II
Grobshäuser , Dr. Uwe	St.v.Eink.u.Ertr., WirtschWiss., Internat. Steuerrecht, öff. Recht	II
Haas , Rudi	Bewertung, Erbschaft- und SchenkungsSt., St.v.Eink.u.Ertr.	II
Hänel Dr. , Kathrin	St. v. Einkommen und Ertrag	II
Hahn , Volker	St.v.Eink.u.Ertr., EuropaR, Internat. SteuerR, öff. Recht, Umsatzsteuer	II

Heinz , Joachim	UmsatzSt., St.v.Eink.u.Ertr., Lohnsteuer	II
Hopp , Dr. Helmut	Management: Organisation und Personal	I
Horschitz , Dr. Harald	Bewertung, St.v.Eink.u.Ertr., BilanzsteuerR, WirtschaftsR	II
Hottmann , Jürgen	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr.	II
Hübner , Dr. Claudia	Privatrecht, Zivilprozessrecht, Kulturmanagement	I
Hufnagel , Hans	Staatl. Liegenschaftswesen	I
Karg , Helmut	UmsatzSt., VerfahrensR, Vorlesungsplanung	II
Kese , Dr. Volkmar	Staatsrecht, Europarecht	I
Kies , Dieter	EuropaR, Umsatzsteuer, VerfahrensR, öff. Recht	II
Kirschbaum , Jürgen	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr., WirtschaftsR	II
Klink , Dr. Joachim	Privatrecht, Zivilprozessrecht, OWi-Recht	I
Knies Dr., Jörg	Privatrecht, Einkommensteuer	II
Kohler-Gehrig , Dr. Eleonora	Privatrecht, Zivilprozessrecht, Arbeitsrecht, OWi-Recht	I
Loos , Dr. Dorit	Statistik, Volkswirtschaftslehre	I
Maier , Walter	St.v.Eink.u.Ertr., Bilanzsteuerrecht, Wirtschaftswis- senschaft, Öffentl. Recht	II
Matjeka , Manfred M.A.	Staats- und Europarecht, Privatrecht, Arbeitsrecht, Zivilprozessrecht	I
Maus , Günter	Buchführung, Bilanzsteuerrecht, Ertragsteuern	II
Mergenthaler , Henner	VerfahrensR, Bewertung, Internat. SteuerR	II
Pfeifer , Günter	Öffentl. Dienstrecht, Staatliches Liegenschaftswesen	I
Rath , Dr. Hans-Dieter	Staatslehre/Staatsrecht, Allg. Verwaltungsrecht, Umweltrecht	I
Raviol , Peter	Öffentliches Dienstrecht, insbesondere Besoldungs-, Versorgungs-, Beihilfe- und Personalvertretungsrecht, Kindergeldrecht und Verwaltungslehre	I
Reimer Dr., Monika	Allg. BWL, Schwerpunkte Rechnungswesen, Betriebli- che Steuerlehre und Controlling	II

Reinhardt , Helmut	Sozialversicherungsrecht, Rentenversicherungsrecht, SGB I, IV und X	I
Reschl , Dr. Richard	Soziologie der Öffentlichen Verwaltung, Kulturmanagement	II
Rick , Eberhard	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr., PrivatR	II
Rieth , Wolfgang	Komm. Wirtschaftsrecht, Komm. Abgabenrecht, EDV-Anwendung im kommunalen Finanzwesen	II
Rogler , Klaus	Verwaltungsinformatik	II
Sauter , Jürgen	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr.	II
Schad , Thomas	Verwaltungsrecht, insbes. Bau-, Boden-, Planungsrecht, Staatliches Liegenschaftswesen, Umweltrecht	I
Schaeberle , Jürgen	St.v.Eink.u.Ertr.	II
Schäfer , Dr. Norbert	Organisationspsychologie	II
Scheel , Thomas	PrivatR, Umsatzsteuer, VerfahrensR, Öff. Recht	II
Schilling , Peter	Verwaltungsinformatik	I
Schmitt , Hans-Peter	Buchführung, BilanzsteuerR, St.v.Eink.u.Ertr.	II
Schmitt , Jürgen	Jurist. Methodenlehre, VerfahrensR, PrivatR	II
Schnur , Peter	Bewertungs- / Erbschaftsr. / Umsatzsteuer	II
Sievering , Dr. Oliver	Öffentliche Finanz- und Betriebswirtschaft	I
Steck , Bernd	Kommunales Wirtschaftsrecht, Kommunales Abgabenrecht	II
Volk , Regine	St.v.Ein.u.Ertr., Bilanzsteuer, PrivatR, Vollstreckung	II
Vollmer , Dr. Günther	Psychologie	I
Vondung , Ute	Grundlagen des Verwaltungsrechts, Sozialrecht	I
Walter , Volkmar	St.v.Eink.u.Ertr.	II
Wendland , Dietrich	Rhetorik, SozialPsych. Gruppentraining, Umsatzsteuer, Privatrecht, Vorlesungsplanung	II
Ziegler , Eberhard	Privatrecht, Zivilprozessrecht, Familienrecht	I

13.2. Honorarprofessoren

		Fak
Bader, Johann Richter am VGH	Staatsrecht	I
Beerweiler, Dr. Dietrich Finanzpräsident a. D.	Öffentliches Dienstrecht	II
Birk, Dr. Hans-Jörg Rechtsanwalt	Komm. Abgabenrecht, Seminar	I
Dobler, Klaus Ministerialrat	Volkswirtschaftslehre	I
Giebler, Peter Erster Bürgermeister a.D.	Komm. Wirtschaftsrecht, Seminar	I
Hauffe, Ingo Rechtsanwalt	Privatrecht	I
Hilbertz, Hans-Joachim Vorstand der KGSt	Management: Organisation und Personal	I
Hoss, Dr. Hans Oberbürgermeister a.D.	VerwLehre, KommunalVerfR	I
Katz, Dr. Alfred Erster Bürgermeister a.D.	Staatsrecht	I
Quaas, Dr. Michael Rechtsanwalt	Staatsrecht, Wahlpflichtfach „Bauen in BW“	I
Rotberg, Konrad Freiherr von Ministerialdirigent	Kommunalverfassungsrecht	I
Schlotterbeck, Karlheinz Vors. Richter am VG	Baurecht, Seminar	I
Seeger, Richard Hauptgeschäftsführer a. D.	Kommunalverfassungsrecht	I
Trumpp, Eberhard Hauptgeschäftsführer	Kommunalverfassungsrecht	I

13.3. Professoren im Ruhestand

Bähr, Uwe
Bauer, Horst
Brändle, Siegfried
Faiß, Konrad
Fröhle, Hubertus
Geppert, Manfred
Goller, Jost
Groß, Walter
Grotz, Elmar
Hebler, Manfred
Helmschrott, Hans
Hieber, Fritz
Jenetzky, Dr. Johannes
Jourdan, Rudolf
Kirchhoff, Dr. Gerd
Kölz, Heinz
Kopp, Joachim
Krause, Dr. Hans
Läpple, Roland
Lober, Ernst
Matischiok, Georg
Matschinski, Peter
Meng, Herbert
Mußmann, Eike
Müller-Hedrich, Dr. Bernd
Neunhöffer, Friedrich
Pfander, Dr. Heinz
Plath, Roland
Reyher, Ulrich
Ruf, Konrad
Schapals, Dr. Werner
Schmid, Hansdieter
Steinmetz, Dr. Helga
Thoma, Hans
Treuer, Brigitte
Völkel, Dieter
Waibel, Gerhard
Weidner, Werner
Weiss, Manfred
Wintzen, Wolfgang
Wuttke, Ralf
Zimmermann, Herbert
Zimmermann, Reimar, Prorektor a.D.

Anmerkung:

Professoren, die im Berichtszeitraum in den Ruhestand getreten sind, werden sowohl bei den aktiven Professoren als auch bei den Ruhestandsprofessoren aufgeführt.

13.4. Mitglieder des Hochschulrats

Mitglieder aufgrund von Wahlen:

	Amtszeit 3 Jahre
Landrat Dr. Rainer Haas	11.07.05 – 10.07.08
Wiederwahl	11.07.08 – 10.07.11
Oberbürgermeister Jochen K. Kübler, MdL	01.09.06 – 31.08.09
Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Christian Steger	01.09.06 – 31.08.09
Oberfinanzpräsidentin Andrea Heck	01.09.07 – 31.08.10
Vorsitzender des Vorstands Hans-Joachim Haug	06.12.07 – 30.11.10
Prof. Dr. Harald Horschitz	01.09.06 – 31.08.09
Prof. Dr. Dorit Loos	01.09.06 – 31.08.09
Dipl.Bibl. Michael Söffge	01.09.06 – 31.08.09
Prof. Eberhard Ziegler	01.09.06 – 31.08.09

Teilnehmer nach § 20 Abs. 5 LHG (§ 13 c Abs. 6 FHG)

Prof. Walter Maier, Rektor

Prof. Dr. Helmut Hopp, Prorektor

Prof. Wolfgang Rieth, Prorektor

Kanzler Walter Veigel

Referent Gunter Kalmbach, Nachfolger RD Norbert Pohl

Teilnehmerin aufgrund eines Beschlusses des Hochschulrats:

Prof.'in Ute Vondung, Gleichstellungsbeauftragte

13.5. Mitglieder des Senats

Mitglieder kraft Amtes:

Prof. Walter Maier Rektor (Vorsitzender)	
Prof. Dr. Helmut Hopp Prorektor (1. Stv.)	
Prof. Wolfgang Rieth Prorektor (2. Stv.)	
Walter Veigel Kanzler	Stv. OAR Wendolsky
Prof. Thomas Schad Dekan Fakultät I	Stv. Prof. Wolfgang Altpeter
Prof. Dr. Ekkehard Bächle, Dekan Fakultät II	Stv. Prof. Bernfried Fanck
Prof.in Ute Vondung, Gleichstellungsbeauftragte	Prof.in Dr. Elenora Kohler-Gehrig Stv. Gleichstellungsbeauftragte

Mitglieder aufgrund von Wahlen:

Amtszeit 4 Jahre
01.09.06 - 31.08.10

Prof. Dr. Peter-Paul Alber
Prof. Dr. Arnd Diringer
Prof. Volker Hahn
Prof. Berndfried Fanck
Prof. Dr. Norbert Schäfer
Prof. 'in Regine Volk
Prof. Manfred Matjeka
(Nachfolge ab Juni 07)
RI'in Ulla Gottwald
StOI Günter Lauer
VAe Lore Steinbrenner

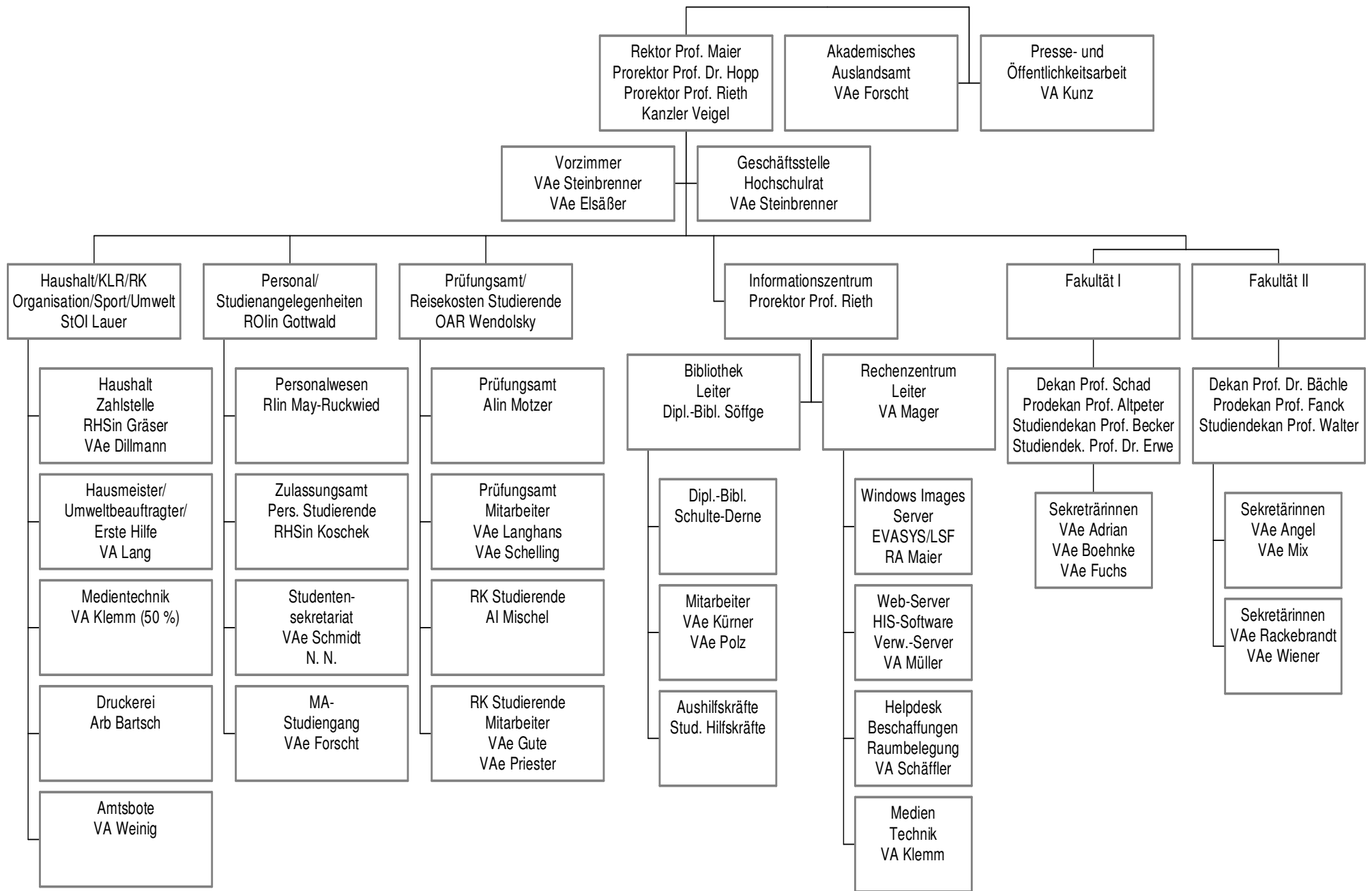
Studentische Vertreter:

Tom Michael (D05),
Vorsitzender
Jochen König (F/07),
stellv. Vorsitzender
Daniel Kienle (B/07)
Sarah Panten (D/07)

Ersatzmitglieder:

Annerose Bernhard (E/07)
Nicole Müssigmann (03/06)
Hansjörg Neumann (E/05)
Katharina Schönian (08/06)

Amtszeit 1 Jahr
07.11.07 – 30.10.08



13. Schluss und Dank

Der Jahresbericht ist aufgeteilt in einen Bericht, den das Rektorat direkt verantwortet, und Berichte, deren Autoren bei der jeweiligen Überschrift gekennzeichnet sind. Für die Mitarbeit am Teil 1 danke ich

Herrn Prorektor Prof. Dr. Dr. h.c. Helmut Hopp

Herr Prorektor Prof. Wolfgang Rieth

Herrn Kanzler Walter Veigel

Frau Prof. Dr. Kathrin Hänel

Herrn Prof. Dieter Kies

Herrn Prof. Peter Raviol

Herrn Prof. Dr. Günther Vollmer

Herrn Prof. Eberhard Ziegler

Frau Stephanie Forscht

Herrn Florian Kunz

Frau ROIn Gottwald

Herrn StOI Günter Lauer

Herrn Bibl. Dipl. Michael Söffge

Herrn OAR Klaus Wendolsky